

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

61. Jahrgang · 31–34/2011 · 1. August 2011



50 Jahre Mauerbau

Günter Kunert

Im Rückspiegel

Hope M. Harrison

Walter Ulbrichts „dringender Wunsch“

Gerhard Wettig

Chruschtschow, Ulbricht und die Berliner Mauer

Hans-Hermann Hertle

„Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten“

Andreas Kötzing

Ein Hauch von Frühling

Daniela Münkel

Mauerbau und Staatssicherheit

Dirk Schindelbeck

Die Mauer und ihre Bilder

Sybille Frank

Der Mauer um die Wette gedenken

Editorial

In der Nacht zum 13. August 1961 geschah mitten in Berlin Unvorstellbares. Mit Stacheldrahtverhauen und Ziegelmauern begannen die Machthaber in der DDR damit, die Grenzen zum Westen zu schließen und eine Millionenstadt zu teilen. Die nachts taghell erleuchteten Sperranlagen, die Spanischen Reiter und das „freie Schussfeld“ wurden bis 1989 zur gruseligen Normalität: für West-Berliner eher eine Unannehmlichkeit, für Ost-Berliner die tägliche Erinnerung daran, dass sie wie in einem streng bewachten Gefängnis lebten.

Mindestens 136 Menschen sind an der Mauer in Berlin getötet worden oder kamen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem DDR-Grenzregime ums Leben. Die SED-Führung behauptete stets, die Errichtung des „antifaschistischen Schutzwalls“ habe dem Frieden gedient. Tatsächlich beendete das monströse Bauwerk die Massenflucht aus der DDR und sicherte der Staatspartei die Macht für weitere fast 30 Jahre.

In den Archiven findet sich eine Fülle von Belegen dafür, dass der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, treibende Kraft bei der schließlich von den Sowjets befohlenen Abriegelung gewesen ist. Kreml-Chef Nikita Chruschtschow hatte lange gezögert. Erich Honecker, ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, setzte den Mauerbau mit den „Freunden“ generalstabsmäßig um. Auch wenn eine „heiße“ Eskalation des Kalten Kriegs vermieden werden konnte: Der brachiale Schritt desavouierte das sozialistische Lager. Mit dem Beginn des Mauerbaus stand aller Welt vor Augen, wie gering die Attraktivität der DDR unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz war. Jene, die unter diesen Verhältnissen lebten, mussten mit Gewalt daran gehindert werden, den Arbeiter-und-Bauern-Staat zu verlassen.

Hans-Georg Golz

Günter Kunert

Im Rückspiegel

Essay

Der Sonntag hatte so schön begonnen. Wunderbares Wetter verlockte zu einer Spritztour an den Müggelsee. Zwar sollte es

Günter Kunert

Dr. h. c., geb. 1929; Erzähler und Lyriker, Präsident des PEN-Zentrums deutschsprachiger Autoren im Ausland; 1979 Ausreise aus der DDR, lebt seitdem in der Nähe von Itzehoe.

zu einer Spritztour kommen, doch anders als gedacht. Draußen in der Straße Stille und kein Passant. Wie friedlich die Welt einem doch vorkommen konnte. Die örtliche Historie schien eingeschlafen zu sein. War doch unser sächsischer Duodezkönig im April mit seiner Aktion, West-Berlin in eine „freie Stadt“ zu verwandeln, glücklich (nicht für ihn) gescheitert. Da durfte man mit Adenauer sagen: Keine Experimente. Und der neue junge Präsident, Liebling der Götter, hatte sich mit dem dicken Chruschtschow im Juni in Wien getroffen, frisch, fromm, fröhlich, frei. Ja, Wien bleibt Wien und Berlin im alten Status.

Wahrscheinlich hatte sich Kennedy für die missglückte Invasion auf Kuba im April entschuldigt und versprochen, solche dummen Späße nie mehr zu wiederholen. Chruschtschow strahlte über das ganze Bratkartoffelgesicht. Für ihn brachte der April nur Triumphe: der erste Mensch im All, unser Gagarin! Neunzehn Orden hatten sie dem Erdumkreiser angeheftet (ich habe sie gezählt!). Und unsere wie stets informationsfreudige Presse ehrte sich selber mit einem Extrablatt: „Kommunismus verwirklicht kühnste Träume der Menschheit!“ Letztere bestand zurzeit gerade mal aus drei Milliarden von Träumern, die jetzt gefälligst ihre kühnsten Träume als verwirklicht anzusehen hatten. Kleinigkeiten wie Elend, Not, Krieg spielten dabei keine Rolle und würden auch künftig keine spielen.

In diese Träumerei klingelte das Telefon, und vorerst verwirklichte sich ein Albtraum. Am Apparat eine aufgeregte Stimme. Karl-Heinz: „Stellt sofort das Radio an ...“, und aufgelegt.

Da hörte man dann, im amtlichen Ton verlesen, die unschöne Bescherung: Heute Nacht haben unsere Sicherheitskräfte (oder so ähnlich) den Schutz der Grenze und so weiter übernommen. Der genaue Wortlaut hat sich mir nicht eingepägt, was auch nicht nötig war; man wusste, was geschehen ist. Und dennoch: Man ist sich über die Konsequenzen und Folgen der sogenannten „Maßnahmen“ in diesem Moment nicht klar gewesen.

Vielleicht handelte es sich nur um eine verstärkte Kontrolle des Innerberliner Verkehrs, vielleicht würde man zwischen Treptow, wo wir wohnten, und Neukölln seinen Ausweis zeigen müssen, vielleicht Taschen öffnen oder einen Obolus entrichten müssen – die Naivität war groß, insbesondere meine. Es war ja unvorstellbar, dass man die Stadt radikal teilen und die Einwohner voneinander separieren könne. Obschon ein durch Erfahrung gebranntes Kind, konnte ich mir nicht vorstellen, was da entstand. Ach, ich kannte aus meiner Kindheit die Sprüche der Erwachsenen: Es wird schon nichts so heiß gegessen wie gekocht, bis sie selber in dem für sie hergestellten Orkus verschwanden. Ich hätte es besser wissen müssen. Viele haben es besser gewusst, die vor diesem Tag sich auf die Socken gen Westen gemacht hatten. Und dann klingelte es an der Wohnungstür.

Karl-Heinz, der Anrufer, erschien, in den Armen irgendwelche Kleidungsstücke, die Augen gerötet, die Nase schniefelnd, aufgeregt, aufgelöst. Im Wohnzimmer, nachdem er die Sachen abgelegt hatte, sank er in einen Sessel, zog sein Taschentuch heraus und tupfte sich das Gesicht ab. Solltest du nicht schon fern in Mainz oder München sein, Karl-Heinz? Und Karl-Heinz gestand den größten Fehler seines Lebens ein. Er und seine Frau und die beiden Kinder sollten heute Vormittag von Tempelhof abfliegen, zu der Familie seiner Frau, die irgendwo im Hessischen eine Textilfabrik betrieb. Flugtickets, Geld, alles da. Und nun sitze seine Gattin nebst Nachwuchs in der Abfertigungshalle des Flugplatzes und warte auf ihn, der nicht mehr kommen könne und – was er kaum ahnte – niemals wieder mit ihr und den Kindern zusammen sein würde.

Erstveröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 3. 1. 2011; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der FAZ GmbH.

Warum bist du denn um Gottes Willen noch einmal zurückgekommen?! Taschentuch, Augenbetupfen. Wieso? Um Abschied zu nehmen. Die letzte Nacht mit Monika ... (Ob er es als Strafe für das sündige Verhältnis zu einer Geliebten empfand, erfuhr ich nie.) Und was sind das für Kleidungsstücke, Karl-Heinz? Die Mäntel von meiner Frau und meinen Kindern, sie hatten sie in Ost-Berlin vergessen ... Sie oder du? Waren die Sachen sein Alibi, noch einmal zurückzukehren? Ihr müsst ihr die Sachen zum Flugplatz bringen. Jetzt? Wie denn? Ihr habt doch die Grüne Karte!

Ja, die Grüne Karte. Das war ein Berechtigungsschein, mit dem Auto nach West-Berlin zu fahren. Manche Ärzte besaßen die Karte, um Patienten (lukrativ) in Charlottenburg oder Dahlem behandeln zu können. Auch Historiker und irgendwelche Wissenschaftler. Ich, als Amateurzeitgeschichtler auf den Spuren der trostlosen deutschen Vergangenheit, beantragte eines Tages frech diese Karte zum Besuch von Bibliotheken und zur Inaugenscheinnahme historischer Stätten, über die ich zu schreiben gedachte. Und das Wunder geschah: Ich, nein, wir bekamen diese Karte, ausgestellt auf das Ehepaar Kunert, also für zwei Personen. Da zu jener Zeit die Grenze ohnehin noch offen war und ich meinen Wartburg kaum in Berlin W. auf den Markt bringen würde, stellte man mir die Karte aus: Übergangsstelle Brandenburger Tor. Ihr habt doch die Karte, versucht es doch einfach! Taschentuch, Augentupfen, bettelnder Blick. Na gut.

Da meinte meine Frau eine glänzende Idee zu haben: Unser Heizlüfter (Siemens-Produkt, Geschenk von Tante X.), der doch kaputt sei, könnte bei dieser Gelegenheit, falls es klappen würde, wir kennten doch Gerd Hoffmann, du weißt doch, der aus dem Elektroladen in Tegel, da könnten wir doch ... Auch der defekte Heizlüfter landete im Kofferraum. Während in der Friedrichstraße russische und amerikanische Panzer aufzogen; während Leute verzweifelt versuchten, sich aus den Fenstern von Grenzhäusern in die Arme West-Berliner Feuerwehrmänner zu stürzen; sich die Schicksale von Millionen Menschen auf einen Schlag änderten, Zukunftspläne erloschen, die ganze Welt gebannt „auf diese Stadt“ starrte, voller Befürchtung, nun könne der berüchtigte Fall X

eintreten, es könne die Weissagung sich bewahrheiten und die Apokalypse ausbrechen, verstaute ich neben Wintersachen den verstorbenen Heizlüfter, als handele es sich um einen kleinen Sonntagsausflug zu Freunden und Bekannten.

Unsere Straße war menschenleer wie auch die folgenden. Durch halb Ost-Berlin bis Unter den Linden kaum Passanten. Hier und da ein Militärfahrzeug, ansonsten eine Reglosigkeit, eine dumpfe Stille, wie man sie auch an sonstigen Sonntagen nicht kannte. Langsam die Linden Richtung Brandenburger Tor. Plötzlich wurde das Plastiklenkrad feucht. Mit jeder Radumdrehung verwandelten sich meine Innereien in einen zusammengeballten Klumpen Gedärm. Schon sah ich aus dem Wachtgebäude rechterhand einen Polizisten kommen und sich in der Mitte der Fahrbahn aufbauen. Außer meinem war kein Privatwagen in Sicht. Vor dem Grünuniformierten hielt ich an und stieg aus.

Wo wollen Sie hin?, wollte er wissen, und ich zog wie ein Zauberkünstler auf der Bühne seinen Stab meine Grüne Karte („Propusk“ auf DDR-Deutsch) aus der Jacke und präsentierte sie dem amtlichen Argusauge. Dann verschwand der Wächter mit der Karte.

Solche Minuten des Wartens kennt jeder, der zwischen Ost- und Westdeutschland die städtische oder die Landesgrenze passierte: Man fühlte sich bereits schuldig, bevor sich überhaupt etwas ereignet hatte. Wer erinnert sich nicht an den stechenden Blick des Zerberus, der das Gesicht des Bittstellers (und potentiellen Klassenfeindes) und sein Konterfei im Ausweis verglich. Ich erlebte Einsteins Relativitätstheorie am eigenen Leibe. Nach offenkundig wenigen Minuten, die für mich Tage dauerten, kehrte der Wächter zurück: Sie können fahren, Ihre Frau aber nicht! Oho! Dieser Mensch, dieser Ordnungshütejunge – der kannte meine Frau nicht! Sie sprang aus dem Wagen, hielt dem Kerl die Grüne Karte unter die Nase: Können Sie nicht lesen? „Mit Frau“ steht da! Ein Befehlsempfänger wagt keine Widerrede. Er legte verlegen die Hand an die Mütze und wünschte in seiner totalen Verlegenheit und Verwirrung uns noch: „Gute Fahrt!“ Dann rollten wir zum letzten Male für die nächsten Jahrzehnte durch das Berliner Wahrzeichen. Im Schrittempo. Den Blick starr geradeaus gerichtet.

Hinter dem Tor eine Reihe grauer Gestalten, die auseinander traten, so dass ich an ihnen vorbeifahren konnte. Im Rückspiegel sah ich, wie sich die Reihe wieder schloss. Die Tour nach Tempelhof überstanden wir schweigend: Was sollte man dazu noch sagen, es war doch eindeutig, was geschehen war. Ich hatte das Empfinden, mich in einer langen Filmsequenz zu befinden, als sähe ich mir selber zu, abgetrennt von dem Ich hinter dem Lenkrad; desgleichen erlebt man nur in seinen Träumen. Automatisch schalten, bremsen, kuppeln, weiter bis zum Luftbrückendenkmal, wo wir in einer Seitenstraße parkten.

Mit den Mänteln über dem Arm zur Abfertigungshalle. Da hockte Karl-Heinzens Familie in einer Bankecke, verstört, reglos. Nach Übergabe der Kleidungsstücke belanglose Worte voller falschem Trost. Die „Maßnahme“ werde sicher Ausnahmen zulassen, Karl-Heinz würde schon eine Möglichkeit finden nachzukommen, und was des Unsinn mehr war, an den man weder beim Reden noch beim Zuhören wirklich glaubte. Den wahren Grund seiner Abwesenheit verschwieg ich. Die Situation war ohnehin katastrophal genug. Dann die hastige Trennung, eine von vielen Trennungen, die ich erleben musste. So erreichten wir über Reinickeendorf, Tegel endlich das wie eh und je vor sich hin dämmernde Heiligensee. Eine übersonnte Nekropole.

Am Ziel angekommen, öffnete uns Gerhard H., der Stromspezialist, die Gartenpforte mit ungläubiger Miene, überrascht und verwundert. Und als ich den Heizlüfter aus dem Kofferraum vorführte, hielt er mich wahrscheinlich für geistesgestört. Und genauso kam ich mir danach auch vor. Und wie der Offizier in Stendhal „Schlacht von Waterloo“, der abseits des Gemetzels durch die Fluren reitet, ohne sich zurechtzufinden. In einem Zustand von starker Gespanntheit und Realitätsverknennung versprach ich, das reparierte Stück nächste Woche abzuholen. Ich besaß ja die Grüne Karte: Da sie heute gewirkt hatte, warum sollte sie nicht auch morgen gelten? Doch ich hatte die soeben von der DDR-Führung exemplifizierte Perfektion der Abriegelung überschätzt. Honecker, der „Maßnahme“-Meister, hatte bloß vergessen, die Grünen Karten einzuziehen. Dergestalt gelangten an diesem Sonntag noch eine Anzahl von Ärzten und Wissenschaftlern von Ost nach West.

Nun drängte die Zeit. Abfahrt zurück zu meinen Eltern und zu Mariannes Brüdern.

Je mehr wir uns dem Tiergarten näherten, desto belebter wurden die Straßen und Alle-en. Wo die Siegestsäule stand, ballte sich bereits eine Menschenmasse zusammen. Ich musste den Platz umrunden, um auf die „Straße des 17. Juni“ zu kommen, aber das war leichter gedacht als getan. Die Menge umschloss unser Auto, meine Bänglichkeit wuchs, obzwar niemand den Wagen berührte. Aber ich kam nur zentimeterweise voran, die Gesichter rund um mich wirkten nicht gerade freundlich, und ich konnte mir denken, was in den vielen Köpfen vorging.

Mehrere Male kroch ich im Schnecken-tempo im Kreis durch die unübersehbare Flut von Leuten, die sich zögernd vor mir öffnete und hinter mir, wie ich im Spiegel bemerkte, wieder massiv schloss. Es schien keinen Ausweg zu geben. Da ertönte von ferne eine unüberhörbare Lautsprecherstimme: Den Ostwagen durchlassen! Und es öffnete sich eine Schneise, durch die ich meinen Mitberlinern entkam. Außerhalb des dichten Zirkels der Retter: ein Polizeiwagen, aus dem Anweisungen ertönten. Das restliche Wegstück ohne Neugierige, Zornige, Verzweifelte, von der „Maßnahme“ schockierte Bürger. Bis zum Brandenburger Tor nur noch Niemandesland, an dessen Ende sich Bewaffnete abzeichneten, ein Panzerwagen, Zivilisten. Wie mit einem Kamerazoom rückte näher, was für die Ewigkeit von den Erbauern erdacht erschien.

Dabei hatte doch noch vor wenigen Tagen der oberste Dienstherr verkündet: Niemand hat die Absicht, in Berlin eine Mauer zu bauen. Vorerst bestand sie aus einem über die ganze Breite des Tores gespannten Stacheldraht. Vor dem stoppte ich. Ein Mann mit einer Maschinenpistole um den Hals ergriff den Stacheldraht und zog ihn hoch und hielt ihn fest. Wir blieben ohne Blickkontakt. Ob er dasselbe dachte wie ich? Unter dem Draht hindurch. Friedrichstraße. Alexanderplatz. „Die Heimat hat uns wieder ...“, hätte jetzt ein Zyniker gesagt, doch zu diesem Charakteristikum fehlte mir das Talent. Man hätte wissen müssen, dass weder die Sowjets noch die DDR-Führung dem sich rapide beschleunigenden Ausbluten des staatlichen Kunstgebildes auf Dauer tatenlos zusehen würden. Und doch und dennoch: Wie viele hatten die zu erwartenden

Konsequenzen verdrängt! Ein bisschen Normalität des Daseins bewahren. Befürchtungen nicht nachgeben. Abwarten. In Deutschland ist immer zu lange abgewartet worden, bis die Ereignisse mit ihrem Eigengewicht nicht mehr aufzuhalten gewesen sind.

Parole: Keine ideologische Koexistenz. Ein Befehl aus dem 19. Jahrhundert. Die wackeren Maurer an der Spitze hatten vergessen, dass nach ihrer Jugend diverse elektronische Erfindungen gemacht worden waren, von deren Macht sie nichts ahnten. Der Versuch, den Leuten auf die Bude zu rücken, um ihre Antennen in die Richtung der glücklichen Zukunft zu drehen, scheiterte; jetzt im Juni hatte der Klassenfeind sogar einen zweiten Fernsehsender geplant. Was tun? Nun, Deutsche sind ein Bastlervolk. Als das ZDF zu senden anhub, bauten geschickte Hände kleine Kästchen, bestückt mit Transistoren, die man vor dem Antenneneingang seines Gerätes einklinkte: Schon war man dem heimischen Augenpulver entflohen.

Der Erfindungsreichtum der Leute erhielt einen enormen Schub. Heimwerker konstruierten Heißluftballons und entschwebten durch die Luft, Benzintanks wurden (im Westen) ausgebaut, um Platz für einen staatsunwilligen Bürger zu schaffen (mit drei Litern über die Grenze und zurück). Und ein besonders Schlauer ließ sich von seiner geschickten Freundin eine amerikanische Uniform schneiden und spazierte gemächlich über die Frontlinie des immer kälter werdenden Krieges. Derlei Eulenspiegelereien waren an jenem berüchtigten Sonntag noch unvorstellbar.

So fuhren wir niedergedrückt heim. Kaum waren wir zurück in unserer Wohnung, tauchte überraschend ein Besucher auf, ein Autor, wohl Mitglied der Parteileitung des Schriftstellerverbandes, ein Jemand, von dem ich nie eine Zeile gelesen und auch nicht das Bedürfnis danach hatte. Er wollte mich abholen, wir seien zusammengerufen worden, wir würden Informationen über die Lage erhalten, Auskunft über weitere Entwicklungen, und unten warte der Wagen. Karl Marx hatte, zwar leichthin aphoristisch, doch nicht ganz stimmig, behauptet, der Tragödie folge unweigerlich die Posse. Nun hatte die Tragödie gerade erst begonnen, und schon wurde man mittels diverser Possen unterhalten, wenn auch mittelmäßig. Ich stieg mit dem Abge-

sandten höherer Provenienz in den Wagen, und wir landeten am Köllnischen Park, nahe dem Märkischen Museum, wo in einem Bärenzwinger ein einsames, ziemlich mottenangefressenes Tier seinen einsamen Lebensabend verbrachte.

Plötzlich entdeckte man überall Symbole. Assoziationen, Anspielungen und Andeutungen zuhauf. Wir liefen zu einem Gebäude, Backsteinbau, Krankenversicherungsstil einer früheren Epoche. Über die Fassade spannte sich ein rotleuchtendes Transparent mit der bewegenden Aufschrift „Achtet auf Agenten, Diversanten und Spionen“. Das hob meine Stimmung. Ganz gewiss würde ich ab sofort auf Spionen achten. Vorausgesetzt, ich bekäme einen entsprechenden Hinweis. Aber den sollten wir ja nun innerhalb des Gebäudes erhalten. Großer Saal, bis auf den letzten Platz gefüllt, natürlich alles Dichter, alles angehende Goethes und Schillers. Vorn auf dem Podium hinter dem Rednerpult ein Zwerg namens Klaus Gysi. Er würde uns informieren und instruieren und sonst wie bepredigen.

Mein bisheriger Reisebegleiter hatte mir bereits im Auto glückstrahlend erklärt, jetzt endlich, da der Klassenfeind zu uns nicht mehr eindringen und wühlen könne, würden wir uns eine größere Offenheit leisten dürfen. Dinge beim Namen nennen, ohne befürchten zu müssen, dem Feind in die Hände zu arbeiten. Ich hatte vordem nie gehant, mit was für Narren ich es einmal zu tun haben könnte. Tatsächlich hatten sich manche Schriftsteller und Künstler dieser Illusion hingegeben, bis die amtlich verordnete Wirklichkeit sie eines Schlechteren belehrte. Mir war doch von den ersten Minuten an klar gewesen, dass gerade jetzt, da wir alle in der Falle saßen, der Dompteur die Dressurakte ausweiten und steigern würde, ohne noch Rücksicht nehmen zu müssen. Der Käfig als Instrument der Disziplinierung.

Als gewohnheitsmäßiger Hinterbänkler in einer der letzten Reihen vernahm ich von dem, was aus des Genossen Gysi Mund quoll, glücklicherweise sehr wenig. Es waren ohnehin nur die tausendmal auch sonst überhörten Phrasen. Eine Vorstellung, für die ich keinen Eintritt bezahlt hätte. Vorläufig entlassen nach draußen, wo es vermutlich keineswegs mehr von Spionen wimmelte, wo der triste Meister Petz in der Sonne den besonderen

Jahrestag verschief, wo sich die Zuhörer teils kopfnickend und befriedigt, teils bedrückt und schweigend zerstreuten. Merkwürdig froh waren jene Autoren, denen es Mühe machte, einen Bleistift zu halten: Sie bekamen Oberwasser, wie die paar kritischen Geister unter den Geistesarmen bald merken würden. Immerhin brachte man mich wieder nach Hause, wo meine Frau irgendetwas zum Essen bereitet hatte, vielleicht war es gekochte Papppe oder gedünstetes Sperrholz: Ich schmeckte nichts, aß kaum etwas, und dann meldeten wir uns bei meinen Eltern an. Auf zur nächsten Fahrt.

Dimitroffstraße 143, früher Elbinger. Eine Ecke weiter hatte ich das Kriegsende erlebt, die Rote Armee begrüßend, ohne deren Einmarsch ich garantiert nicht über alles Folgende hätte rasonieren können. Ich war ja auf der richtigen Seite gewesen. Meine Mutter trat 1919 in die SPD ein, so dass ich schon mit der Muttermilch eine gewaltige Portion sozialistischer Nährstoffe zu mir nahm. Meine Entwicklung lag mit mir zusammen in der Wiege fest. An dieser Wiege stand die Fee Utopia und versprach mir den Himmel auf Erden, der, wie ich mehr und mehr merkte, eher den sich zu Adlern aufplusternden Spatzen gehörte. Mein Vater war der Kontrahent meiner Mutter, und sein tägliches Gebet hieß: Wirtschaft in Ketten ist Tod der Wirtschaft. Er hielt sich nebbich für einen Unternehmer und produzierte in der Kommandantenstraße, Nähe Moritzplatz in einem Stockwerk eines alten Fabrikgebäudes Schreibblocks, Durchschreibebücher, Hefte. Er war sein eigener Chef, sein eigener Arbeitgeber, sein eigener Vertreter und sein eigener Lieferant – alles in Personalunion. Nun saßen wir am Küchentisch zusammen. Über die Zukunft zu sprechen lohnte nicht. Was würde mein Vater machen, wenn er nicht mehr zu seinen paar Maschinen zurück durfte? Meine Mutter war Rentnerin, OdF, ein „Opfer des Faschismus“, und erhielt somithin eine höhere Rente als der Durchschnittsbürger. Davon konnte man leben.

Mein Vater sprach kaum ein Wort, er hatte wohl das Gefühl, recht behalten zu haben: Der Tod der Wirtschaft war nun im Osten mit allen Begleiterscheinungen eingetreten. Die Versager hatten ihren Laden zugemacht: Das war's. Wenig später knöpften sich die Kämpfer für Humanität und Recht alle jene

vor, die in West-Berlin beschäftigt gewesen waren. Mit ihnen wurde entsprechend den Direktiven umgesprungen: wahrscheinlich sowieso alles Spionen! Mein Vater hatte insoweit Glück, als meine Mutter als alte Genossin und Opfer nicht mitbestraft werden sollte: Er durfte einen Laden für Flaschen und Altpapier in eigener Regie führen. Das nennt man doch Vertrauen! Nebenbei: Sein OdF-Status war ihm aberkannt worden, weil er keine DDR-Flugblätter den von ihm hergestellten Heften beilegen wollte. Er würde nie mehr seine „Arbeitsbude“ betreten. (Unter anderen Papieren fand ich nach seinem Tod vor Erreichung des Rentenalters eine Postkarte des West-Berliner Senats des Inhalts, seine Maschinen seien verschrottet worden.)

Am Abend endlose Debatten mit Freunden und Bekannten. Immer aufs Neue der aufflackernde Wahn, irgendetwas werde sich doch so regeln, dass wenn auch eingeschränkte menschliche Bindungen erlaubt bleiben würden. Träumereien an erloschenen preußischen Kaminen. Die Resignation griff erst später epidemisch um sich. Assoziationen an eingemauerte Wohnstätten waren unausbleiblich, aber nicht im Geringsten tröstlich. Karl-Heinz, der am folgenden Morgen erneut aufkreuzte, brachte außer seiner Depression eine Flasche „Hennessy“ mit – diese Marke könnten wir künftig vergessen. Dennoch: Auch er klammerte sich an den Kinderglauben, es würde Sondergenehmigungen geben, Ausnahmen, von Institutionen befürwortet, Familienzusammenführungen – doch bis es viel später zu derartigen Übereinkünften kam, existierte Karl-Heinz nicht mehr. Von einer Reise zurück, ruhte er sich auf einer Treppenstufe zu seiner Wohnung im dritten Stock aus, und zwar für die Ewigkeit.

Im Dezember dieses Jahres ging ein anderes Leben zu Ende, ich muss gestehen, zu meiner Befriedigung. In Jerusalem wurde Adolf Eichmann zum Tode verurteilt und fünf Monate später aufgehängt. Das war zwar im Vergleich zu seinen Untaten kein wirkliches Äquivalent, dennoch: Wenigstens einen von den vielen Eichmännern hatte man erwischt. Wie viele noch an diesem Sonntag vor den Bildschirmen saßen und zufrieden dem Unglück der Zeitzeugen zusahen, wird uns kein Hellseher verraten können.

Hope M. Harrison

Walter Ulbrichts „dringender Wunsch“

Walter Ulbricht, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, war die treibende Kraft hinter der Grenzschießung und dem Mauerbau in Berlin vor fünfzig Jahren. Acht Jahre lang hatte er sich um Zustimmung der Sowjetunion bemüht, die Grenze abzuriegeln, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen, aber die Sowjets hatten sich widersetzt.

Hope M. Harrison
Geb. 1963; Associate Professor of History and International Affairs, Elliott School of International Affairs, George Washington University, 1957 E Street, NW Suite 412, Washington, DC 20052/USA.
hopeharr@gmail.com

Die führenden Köpfe im Kreml wussten, dass die Grenzschießung einer Kapitulation gleichkäme und ihnen selbst und der sozialistischen Sache erheblich schaden würde.

Im März 1953, kurz nach Stalins Tod, teilten dessen Nachfolger im Kreml Ulbricht mit, die Abriegelung der Sektorengrenze sei „politisch unannehmbar und allzu einfach“. Ein solcher Schritt würde „zur Störung der vorhandenen Ordnung des städtischen Lebens führen, die Wirtschaft der Stadt in Unordnung bringen“ und „bei den Berlinern Bitterkeit und Unzufriedenheit hinsichtlich der Regierung der DDR und der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland hervorrufen“. Außerdem würde er „die Beziehungen der Sowjetunion zu den USA, England und Frankreich (...) nur komplizieren, was wir vermeiden können und müssen“.¹ Die Sowjets übten Druck auf Ulbricht aus, dass er sich in seinem unnachgiebigen innenpolitischen Kurs mäßigen und das Leben in der DDR für ihre Bürger lebenswerter gestalten solle. Ulbricht hatte jedoch nicht im Sinn, in der DDR notwendige Reformen durchzuführen. Sein Argument lautete: „Wir stehen an der vordersten Stelle. Wir sind das am weitesten im Westen befindliche Land des sozialistischen Lagers. Wir können uns solche Dinge nicht erlauben.“² Wahrscheinlich

konnte er nüchterner als Nikita Chruschtschow die Gefahr eines persönlichen Machtverlusts einschätzen, und nichts lag ihm näher als der Erhalt seiner Macht.

Ulbricht und Chruschtschow

Ulbrichts Persönlichkeit und die Beziehungen zwischen ihm und Chruschtschow sind sehr aufschlussreich, wenn man die Entscheidung, die Grenze zu schließen, verstehen will. Bei der Lektüre der Akten in den Archiven von Moskau und Berlin springt Ulbrichts Selbstbewusstsein, seine Arroganz, seine Rechthaberei im Umgang mit Chruschtschow ins Auge. Das läuft der weit verbreiteten Annahme zuwider, Ostdeutschland sei nur ein Satellitenstaat Moskaus gewesen. Ganz sicher verhielt sich Ulbricht nicht so, und er wurde von Chruschtschow auch nicht so behandelt.

Chruschtschow beklagte sich oft über Ulbricht, aber er entthob ihn nicht seines Postens. Überhaupt tangierte die Tatsache der Stationierung von fast 500 000 Sowjetsoldaten in der DDR nicht die politischen und persönlichen Beziehungen zwischen Chruschtschow und Ulbricht. Welche Bedeutung Chruschtschow der DDR und der Person Ulbrichts für die Sowjetunion und den gesamten Ostblock beimaß, zeigt sich anschaulich in Bemerkungen von Anastas Mikojan, seines engsten Mitstreiters und stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, gegenüber ostdeutschen Kadern im Juni 1961. Mikojan erklärte: „In der DDR wird sich unsere Weltanschauung, unsere marxistisch-leninistische Theorie beweisen müssen (...). (G)egenüber Westdeutschland können und dürfen wir uns einen Bankrott nicht leisten. Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich nicht als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gesiegt. So grundsätzlich steht für uns die Frage. Deshalb können wir auch bei keinem anderen Land so herangehen. Und das ist auch

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Juliane Lochner, Leipzig.

¹ Archiw Wneschnei Politiiki Russkoi Federazii, Moskau (Außenpolitisches Archiv der Russischen Föderation/AWP RF), fond 06, opis 12, portfel' 283, papka 18, 18. 3. 1953.

² Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/1/163.

der Grund, dass die DDR bei Verhandlungen oder bei Krediten an erster Stelle kommt.“[¶]

Ulbricht gelang es, dem Kreml zusätzliche Hilfen abzunötigen und eine Änderung seiner eigenen Politik zu vermeiden. Ulbricht meinte die Bedürfnisse der DDR weitaus besser zu verstehen als die Sowjets. Er war stolz darauf, Lenin noch persönlich kennengelernt zu haben, im Unterschied zu Chruschtschow. Der ostdeutsche Machthaber war davon überzeugt, Lenins und Stalins treuer Gefolgsmann zu sein, nicht aber Chruschtschows, der es in seinen Augen mit der Kritik an Stalin zu weit trieb. Ulbricht schien zu meinen, dass Chruschtschow letztlich ein Bauerntölpel war, der weder eine Ahnung davon hatte, wie man ein sozialistisches Land führen musste, noch davon, was für die DDR das Beste war. Zudem war Chruschtschow in Ulbrichts Augen zu verständnisvoll gegenüber den Westmächten.

In den Beziehungen zwischen den ostdeutschen und den sowjetischen Spitzenfunktionären gibt es viele Beispiele für Ulbrichts selbstsicheres, zuweilen herrisches Verhalten gegenüber Chruschtschow. Als erstes sei genannt, dass Ulbricht im Herbst 1960 im Alleingang die Prozeduren an der Berliner Sektorengrenze änderte. Er setzte durch, dass westliche Amtsträger beim Außenministerium der DDR eine Genehmigung zur Einreise nach Ost-Berlin und in die DDR beantragen mussten, statt sich auf den Vier-Mächte-Status von Berlin verlassen zu können und es dabei nur mit sowjetischen Repräsentanten zu tun zu haben. Die Sowjets waren „erstaunt“ über diese ostdeutsche Maßnahme und „sehr besorgt“, dass die Westmächte kontern würden, indem sie sowjetischen Amtsträgern den Zugang zu West-Berlin erschweren.[¶] In einem Brief an Chruschtschow tat Ulbricht diese Besorgnis ab. Er formulierte in aller Deutlichkeit, er finde, die Sowjetunion verhalte sich zu nachsichtig – „unnö-

tig duldsam“ – gegenüber dem Widerstreben der Westmächte, die DDR anzuerkennen; er, Ulbricht, wolle ihnen da keine Ruhe geben.[¶]

Ein zweites Beispiel. Bei einem Treffen mit Chruschtschow im November 1960 in Moskau geriet Ulbricht mit Außenminister Andrej Gromyko und mit Chruschtschow in Streit darüber, ob die Bundesrepublik ein souveräner Staat sei. Ulbricht sagte, er sehe die Bundesrepublik nicht als einen von Rechts wegen souveränen Staat an; Gromyko beharrte darauf, dass die Sowjets das sehr wohl täten. Schließlich schaltete sich Chruschtschow ein: „Wie die DDR diese Frage intern sieht, ist ihre innere Angelegenheit. Wir werden bei unserer Position zu diesem Thema bleiben. Wir sind nicht verpflichtet, uns Ihrer Position anzuschließen. Wir unterhalten diplomatische Beziehungen zu beiden deutschen Staaten und denken, dass sie beide souverän sind.“[¶] Dass Chruschtschow betonte, er sei nicht verpflichtet, die ostdeutsche Position zu übernehmen, belegt, wie weit er sich durch Ulbrichts Auftreten in die Defensive gedrängt fühlte, und der angespannte, unnachgiebige Ton dieses Wortwechsels war der einer Unterredung auf Augenhöhe: Ulbricht demonstrierte selbstsicher sein Recht, die ostdeutsche Politik zu bestimmen und die Sowjets auf einen Weg zu drängen, den er für richtig hielt, und die Sowjets wiesen ihn nicht nachdrücklich in die Schranken.

Ein fünfzehnteiliger Brief an Chruschtschow im Januar 1961 kann als drittes Beispiel dienen. Darin stellte Ulbricht eine Reihe von Maximalforderungen auf, insbesondere jene nach „Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin“. Der Ton des Schreibens ist sehr beeindruckend.[¶] Wie üblich bat Ulbricht den Ersten Sekretär auch um mehr wirtschaftliche Unterstützung. Diesmal jedoch formulierte er die Anfrage anders als sonst, indem er das Argument vorbrachte, dass die Sowjetunion auf Grund ihrer har-

[¶] Politbüroprotokoll Nr. 24 vom 6.6.1961, Anlage 2: Niederschrift über die wichtigsten Gedanken, die Genosse Mikojan in einem Gespräch mit dem Genossen Leuschner in kleinstem Kreis (...) äußerte, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/766.

[¶] Der stellvertretende Außenminister Johannes König berichtete Ulbricht von zwei spannungsreichen Unterredungen mit O.P. Seljaninow von der sowjetischen Botschaft: Briefe von König an Ulbricht, 23. und 27.9.1960, in: SAPMO-BArch, DY 30/3497.

[¶] Brief von Ulbricht an Chruschtschow, 18.10.1960, SAPMO-BArch, in: DY 30/3507.

[¶] Sapis bessedy towarischtscha N.S. Chruschtschowa s towarischtschom W. Ulbrichtom, 30 nojabrja 1960 goda, in: AWP RF, f. 0742, op. 6, por. 4, pap. 43; engl. Übs. in: Hope M. Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose“, in: Cold War International History Project, Working Paper No. 5, Washington, DC, May 1993.

[¶] Brief von Ulbricht an Chruschtschow, 18.1.1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/3508.

schen Wiedergutmachungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg den Ostdeutschen Wirtschaftshilfe schuldig sei: „Während wir in den ersten zehn Nachkriegsjahren die Wiedergutmachung leisteten durch Entnahme aus den bestehenden Anlagen und aus der laufenden Produktion, leistete Westdeutschland keine Wiedergutmachung aus der laufenden Produktion, sondern erhielt obendrein von den USA größere Kredite, (...) Milliardenhilfe (...). Das ist der Hauptgrund dafür, dass wir in der Arbeitsproduktivität und im Lebensstandard so weit hinter Westdeutschland zurückgeblieben sind. Der konjunkturelle Aufschwung in Westdeutschland, der für jeden Einwohner der DDR sichtbar war, ist der Hauptgrund dafür, dass im Verlaufe von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen unsere Republik verlassen haben.“ Im Grunde machte Ulbricht die Sowjets für die aktuelle Krise einschließlich der Massenflucht verantwortlich. Der Brief entspricht dem, was Chruschtschows ehemaliger Berater Oleg Trojanowski im Sinn hatte, als er sagte: „Es gab Zeiten, in denen Moskau buchstäblich mit Mitteilungen und Telefonanrufen aus Ostberlin bombardiert wurde.“⁸

In einem Gespräch am 1. August 1961, das als letztes Beispiel genannt werden soll, erörterten Ulbricht und Chruschtschow wieder einmal wirtschaftliche Fragen sowie die Abriegelung der Grenze in Berlin. Chruschtschow bedauerte, dass die DDR sich nicht an einen Vertrag hielt, demzufolge sie der UdSSR Schiffe verkaufen sollte: „Im Vertrag wird vereinbart, was Ihr zu machen habt, und was wir. Ihr verpflichtet euch, den Schiffsmotor in England oder der BRD zu kaufen. Aber Ihr tut es nicht.“ Ulbrichts Antwort: „Dann heißt es, ich sei antisowjetisch.“⁹ Dieser spitze und sarkastische Ton spricht Bände über die Beziehung zwischen den beiden Spitzenfunktionären.

Ulbrichts Alleingänge

Im Laufe der Jahre wurde Ulbricht wiederholt von den Sowjets gerügt, weil er die „Repu-

⁸ Oleg A. Trojanowski, *Tscheres gody i rasstojanija*, Moskau 1997, S. 209.

⁹ Niederschrift eines Gesprächs des Genossen N.S. Chruschtschow mit Genossen W. Ulbricht am 1. 8. 1961, in: Die Welt Online, 30. 5. 2009, online: www.welt.de/politik/article3828831/Das-Gespraech-zwischen-Ulbricht-und-Chruschtschow.html (24. 6. 2011).

blikflucht“ auf die leichte Schulter nehme und sich allzu sehr auf „administrative und repressive Maßnahmen“ stütze, um dem Ausbluten der DDR entgegenzuwirken. Chruschtschow wurde dessen überdrüssig und konzentrierte sich nun darauf, die Westmächte aus West-Berlin hinauszudrängen und/oder einen Friedensvertrag mit beiden Teilen Deutschlands zu unterzeichnen. Mit Chruschtschows Note vom 27. November 1958 begann die Zweite Berlin-Krise (die erste bestand in der Blockade der Westsektoren Berlins 1948/1949 durch Stalin). Darin drohte er den Westmächten, dass, falls diese nicht binnen sechs Monaten mit den Sowjets und den Ostdeutschen in Verhandlung über Berlin als neutrale „Freie Stadt“ sowie über einen Friedensvertrag träten, die Sowjetunion einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen und der ostdeutschen Führung uneingeschränkte Souveränität über ihr Territorium garantieren würde.¹⁰ Die allgemeine Erwartung war, dass damit die DDR dem Flüchtlingsstrom Einhalt gebieten würde. Ulbricht war indes nie davon überzeugt, dass es zu einer Vereinbarung der Westmächte mit Chruschtschow oder gar zu einem Friedensvertrag kommen würde. Er glaubte, Chruschtschow verschwende seine Zeit, eine Ansicht, die er mit dem chinesischen Führer Mao Zedong teilte.¹¹

Während sich Ulbrichts politischer Kurs in der DDR mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ab 1960 verschärfte und sich die Ost-West-Krise in Berlin zuspitzte, schwoll der Flüchtlingsstrom aus Ost-Berlin weiter an. Im letzten Jahr vor dem Mauerbau legte es Ulbricht zunehmend darauf an, an der Sektorengrenze das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Sowjetische Diplomaten in der Botschaft in Ost-Berlin schickten unzählige Warnsignale nach Moskau, Ulbricht habe vor, auf eigene Faust die Grenze zu schließen. Die Ost-West-Krise in Bezug auf Berlin fand ihr Gegenstück in einer Krise zwischen den Verbündeten im Ostblock.

Im Zuge von Ulbrichts Maßnahmen an der Sektorengrenze im September 1960 infor-

¹⁰ Vgl. Note der Sowjetregierung vom 27. 11. 1958 an die drei Westmächte, in: Heinrich von Siegler (Hrsg.), *Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961*, Hauptband 2, Bonn-Wien-Zürich 1961.

¹¹ Vgl. ebd.

mierte Michail Perwuchin, der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, die Führung in Moskau in seinem Jahresbericht, dass die Politik der DDR in Bezug auf West-Berlin „in der Regel einseitig“ und „in erster Linie administrativer Art“ sei und „alle möglichen Beschränkungen des Verkehrs zwischen beiden Teilen der Stadt“ zur Folge habe.¹² Der zweite Sekretär der sowjetischen Botschaft berichtete, die SED wünsche „die Aufhebung der Bewegungsfreiheit über die Sektorengrenze“. Sein Ratschlag lautete, „es wäre angebracht, auf entsprechender Ebene mit unseren Freunden über die Frage des Regimes an der Sektorengrenze in Berlin zu sprechen“.¹³ Daraufhin forderte Chruschtschow von Ulbricht, dass „keine Maßnahmen durchgeführt werden, welche die Situation an der Grenze von Westberlin ändern würden“.¹⁴ Der sowjetische Parteichef strebte ein Gipfeltreffen mit dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy an, bei dem er diesen dazu zu bewegen hoffte, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und West-Berlin in eine „Freie Stadt“ umzuwandeln. Chruschtschow bestand darauf, dass Ulbricht bis zum Gipfeltreffen „keine einseitigen Schritte (...) unternimmt (...). Dies betrifft vor allem das Kontrollregime für die Überquerung der Sektorengrenze in Berlin.“¹⁵

Dessen ungeachtet forcierte Ulbricht Pläne, die Abwanderung der ostdeutschen Flüchtlinge über die „offene Grenze“ nach West-Berlin zu unterbinden. Im Januar 1961 ernannte er eine Politbüro-Kommission, bestehend aus dem Sicherheitschef der SED Erich Honecker, dem Innenminister Karl Maron und dem Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, „die eine Reihe Vorschläge macht, wie die Republikflucht entschieden eingedämmt wird (...). Sie muss zum großen Teil abgestoppt wer-

¹² M. G. Perwuchin, *Otschjot o rabote Possolstwa SSR w GDR sa 1960 god*, 15.12.1960, in: *Rossiskiy Gosudarstveniy Arkhiv Noveyshey Istorii*, Moskau (Zeitgeschichtliches Archiv der russischen Regierung/RGANI), r. 8948, f. 5, op. 49, d. 287.

¹³ *Sapis bessedy s sekretarem berlinskogo okruschkoma SEPG G. Daneliisom*, 17.10.1960, Tagebuch von A. P. Kasenow, 24.10.1960, in: *RGANI* (ebd.), d. 288.

¹⁴ Brief von Chruschtschow an Ulbricht, 24.10.1960 SAPMO-BArch, in: DY 30/3683.

¹⁵ Zusammenfassung des Treffens zwischen Chruschtschow und Ulbricht am 30.11.1960, in: M. G. Perwuchin (Anm. 12).

den.“¹⁶ Im März legte Ulbricht bei einem Treffen der Staaten des Warschauer Paktes in Moskau seinen Genossen dar: „Westberlin stellt (...) ein großes Loch inmitten unserer Republik dar, das uns jährlich mehr als eine Milliarde Mark kostet.“¹⁷ Ungeachtet Chruschtschows Mahnung, vor seinem Treffen mit Kennedy Anfang Juni 1961 in Wien keine weiteren Maßnahmen zu ergreifen, wurde der auf Ulbricht lastende Handlungsdruck immer größer. Am 19. Mai teilte Perwuchin Außenminister Gromyko mit, dass die Ostdeutschen eine sofortige Schließung der Sektorengrenze verlangten: „Unsere Freunde würden gerne jetzt eine Kontrolle an der Sektorengrenze (...) einführen, (um) ‚die Tür in den Westen‘ zu schließen und so die Abwanderung der Bevölkerung aus der Republik zu verringern (...). (U)nsere deutschen Freunde (sind) manchmal ungeduldig und nehmen eine einseitige Haltung zu diesem Problem ein (...).“¹⁸

Als Chruschtschow auf dem Wiener Gipfel mit Kennedy zusammentraf, stimmte der US-Präsident, ganz wie es Ulbricht vermutet hatte, weder Chruschtschows Forderungen nach einer „Freien Stadt“ West-Berlin noch einem Friedensvertrag innerhalb von sechs Monaten zu. Der Gipfel endete damit, dass Chruschtschow seine Forderungen erneuerte.¹⁹ In Laufe der sich nach diesem fehlgeschlagenen Gipfeltreffen verschärfenden Berlin-Krise machte sich Torschlusspanik breit, was den Druck auf Ulbricht verstärkte. Waren im Mai 17791 Ostdeutsche geflohen, so stieg diese Zahl im Juni auf 19198.²⁰ Im ersten Halbjahr 1961 waren über 100000 Menschen aus der DDR geflohen.²¹

¹⁶ Schlussbemerkungen des Genossen Ulbricht, 10.1.1961 (Fortsetzung der Sitzung vom 4.1.), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/743.

¹⁷ SAPMO-BArch, DY 30/3386.

¹⁸ Perwuchin an Gromyko, 19.5.1961, in: AWP RF, fond: Referentura po GDR, op. 6, por. 34, pap. 46; in engl. Übs. abgedruckt in H. Harrison (Anm. 6).

¹⁹ Zu den Protokollen der Wiener Gipfelgespräche vgl. *Foreign Relations of the United States (FRUS)*, 1961–1963, Bd. 14, *Berlin Crisis 1961–1962*, Washington, DC 1993, und Gerhard Wettig (Hrsg.), *Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen*, Bd. 3: *Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960–Herbst 1962)*, München 2011.

²⁰ Vgl. Ann Tusa, *The Last Division. A History of Berlin, 1945–1989*, Reading, MA 1997, S. 252.

²¹ Vgl. Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR, 1945/1949–1961*, Düsseldorf 1994, S. 339.

Ulbrichts Pressekonferenz

In der Folge des Wiener Gipfels wollte sich Ulbricht rückversichern, dass Chruschtschow tatsächlich in Berlin aktiv werden würde. Chruschtschow hatte die Westmächte unter Druck gesetzt und Ulbricht versprochen, dass er einen separaten Friedensvertrag mit der DDR unterzeichnen und ihm die Kontrolle über die Verkehrswege zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin sowie die uneingeschränkte Herrschaft über das Territorium der DDR einschließlich aller Zufahrtswege nach West-Berlin übertragen würde. Doch Ulbricht war noch immer skeptisch. Folglich musste er weiter auf ihn einwirken und die Souveränität der DDR immer wieder auf den Tisch bringen. Zu diesem Zweck startete die SED-Spitze eine groß angelegte Öffentlichkeitskampagne. Kaum war der Gipfel vorüber, legte die Politbürokommision für Agitation am 5. Juni einen Plan „über die Behandlung wichtiger politischer und außenpolitischer Fragen (...) durch die Redaktionen der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens“ vor. Die Kampagne zielte auf West-Berlin und die Landeshoheit der DDR. Die internationale Pressekonferenz am 15. Juni gehörte zu Ulbrichts Plan, den Westmächten und der Sowjetunion vorzuführen, dass es sein Recht war, über alle Teile seines Territoriums einschließlich der Grenzen der DDR zu West-Berlin die Herrschaft auszuüben.

Das wird nicht nur deutlich in seiner weiterhin bekannten Erklärung zu einer „Mauer“. Auf die Frage, ob „die Bildung einer Freien Stadt (West Berlin) Ihrer Meinung nach bedeutet, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird“, erwiderte Ulbricht: „Ich verstehe Ihre Frage so, daß es Menschen in Westdeutschland gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht (...). Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“²² Der Staatsratsvorsitzende ließ indes keinen Zweifel daran, dass es seiner Meinung nach sein gutes Recht sei, die Grenzen zu kontrollieren, und dass dieser Punkt in einem Vertrag geregelt werden könne. Seine Verlautbarungen bei der Pressekonferenz ebenso wie sein vorheriger Austausch mit Chruschtschow belegen, was er vorhatte,

²² SAPMO-BArch, NY 4182/2.

um die Grenzen auch ohne Zustimmung der Westmächte zu kontrollieren.

Seine Entschlossenheit, dem Flüchtlingsstrom einen Riegel vorzuschieben, lässt sich auch aus anderen Äußerungen gegenüber den Journalisten herauslesen. So nannte er die Notwendigkeit, „die sogenannten Flüchtlingslager in Westberlin“ zu schließen. Zwingen müsse man auch „die Personen, die sich mit dem Menschenhandel beschäftigen, West Berlin (zu) verlassen“. Ferner verteidigte er seinen Anspruch, den „Organen der DDR“ die alleinige Befugnis zuzusprechen, „die Erlaubnis (...) die DDR zu verlassen“ zu erteilen oder eben zu verweigern.²³ Ulbricht pochte bei der Pressekonferenz darauf, dass die DDR die Kontrolle über ihr souveränes Staatsgebiet ausüben werde. Er hatte definitiv die Absicht, die Grenze nach West-Berlin zu schließen.

Aktion „Rose“

Als Chruschtschow drohte, er werde einen separaten Friedensvertrag mit Ulbricht abschließen, falls Kennedy einem Friedensvertrag und der Umwandlung West-Berlins in eine neutrale, „Freie Stadt“ nicht zustimmte, erwiderte Kennedy, er werde es nicht zulassen, dass die *Three Essentials* angetastet würden: die Freiheit der West-Berliner Bürger, das Recht der westlichen Alliierten, sich in West-Berlin aufzuhalten, sowie der freie Zugang der Westmächte nach West-Berlin. Kennedy unterstrich, dass jede Beeinträchtigung dieser drei Grundsätze einer Kriegserklärung gleichkäme. Zu den Bevölkerungsbewegungen zwischen Ost- und West-Berlin äußerte er sich nicht.²⁴

Chruschtschow hatte kein Bedürfnis, einen Krieg mit den USA heraufzubeschwören. Also wendete er eine Verzögerungstaktik an und erwog die Optionen. Auch Anfang Juli war sich der sowjetische Machthaber noch nicht sicher, wie er die Flüchtlingskrise in den Griff bekommen sollte. In einem ausführlichen Bericht an Gromyko legte Botschafter Perwuchin die Möglichkeiten dar.²⁵ Man

²³ Ebd.

²⁴ Vgl. FRUS (Anm. 19). Vgl. auch Frederick Kempe, *Berlin 1961. Kennedy, Khrushchev, and the Most Dangerous Place on Earth*, New York 2011, S. 247.

²⁵ Perwuchin an Gromyko, 4.7.1961, in: AWP RF (Anm. 18).

könne „entweder eine wirksame Kontrolle des Verkehrs der deutschen Bevölkerung zwischen Westberlin und der BRD in allen Verkehrsmitteln, einschließlich des Luftverkehrs, einführen oder die Sektorengrenze in Berlin schließen“. Perwuchin gab ersterem den Vorzug, wobei er aber klarstellte, „der Westen werde sich wahrscheinlich nicht stillschweigend mit der Kontrolle der Luftkorridore durch die DDR abfinden“, weshalb der DDR eine Möglichkeit eingeräumt werden müsse, „um den Luftraum verletzende Flugzeuge zum Landen zwingen zu können“. Mit dem Bild von DDR-Militärmaschinen, die westliche Flugzeuge zum Landen zwingen, dürfte Perwuchin erreicht haben, dass Chruschtschow, der einen Krieg vermeiden wollte, die Kontrolle über die Luftkorridore keinesfalls der DDR übergeben würde.

Perwuchin führte an, dass „bei einer Zuspitzung der politischen Lage geschlossene Grenzen notwendig werden könnten. Deshalb ist es notwendig, auch einen Maßnahmenplan für den Fall der Einführung eines Staatsgrenzregimes an der Sektorengrenze auszuarbeiten.“ Er befürchtete, „dass wir im äußersten Fall die Sektorengrenze in Berlin schließen müssen. Es ist offensichtlich, dass wir (...) politische Schwierigkeiten zu erwarten hätten.“ Die Schließung der Sektorengrenze würde „alle Berliner und Deutschen gegen die Sowjetunion und das ostdeutsche Regime aufbringen“. Perwuchin erwähnte auch die technischen Probleme: „Es wäre erforderlich, auf der gesamten Länge der innerstädtischen Grenze (46 km) bauliche Hindernisse zu errichten, eine große Zahl von zusätzlichen Polizeiposten hinzuzufügen und permanente Polizeikontrollen an Stellen einzuführen, wo S- und U-Bahn die Grenze überqueren.“²⁶ Perwuchin hatte möglicherweise Kenntnis davon, dass die DDR-Organen bereits daran arbeiteten.

Da Ulbricht nicht locker ließ, die Flüchtlingskrise eskalierte und Chruschtschow keinen Krieg mit den Westmächten vom Zaun brechen wollte, ging er schließlich auf Ulbrichts Appelle ein und befahl, die Grenze zu schließen. Später erklärte Chruschtschow dem westdeutschen Botschafter Hans Kroll in Moskau: „Die Mauer ist auf dringenden Wunsch Ulbrichts von mir angeordnet worden.“²⁷ Ähn-

²⁶ Ebd.

²⁷ Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln-Berlin 1967, S. 512, S. 526.

lich äußerte sich in einem Interview kürzlich Anatolij Grigorjewitsch Mereschko, stellvertretender Leiter der Operationsabteilung der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und einer der für das Unternehmen der Grenzschießung zuständigen sowjetischen Militärbeamten: „Die Lösung der Aufgabe wurde dadurch erleichtert, dass Ulbricht schon früher diese Frage nach der Einführung der Grenzkontrolle Chruschtschow mehrmals gestellt hatte. Chruschtschow aber wollte diesen Schritt lange nicht tun. Aber die Vorbereitungsarbeiten in den Organen der DDR waren deutlich im vollen Gang.“²⁸

Chruschtschow sicherte schon drei Wochen vor dem 13. August die Vorbereitungen der DDR zur Schließung der Grenze rings um West-Berlin militärisch ab. Die sowjetischen und die ostdeutschen Drahtzieher in Militär und Politik arbeiteten eng zusammen, um dafür gewappnet zu sein, die Pläne in der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 auszuführen.²⁹ Hochrangigen Stasi-Offizieren schärfte Erich Mielke ein: „Gegen die Republikflucht werden Maßnahmen getroffen (...). Die gesamte Aktion erhält die Bezeichnung ‚Rose.‘“³⁰ Chruschtschow befand sich nun in der Situation, die Perwuchin umrissen hatte: „(I)m äußersten Fall müssen wir die Sektorengrenze in Berlin schließen.“

Acht Jahre lang hatten sich der sowjetische Staatschef und seine Genossen dieses Vorhabens erwehrt – in der Hoffnung, dass Ulbricht andere Wege finden würde, es den ostdeutschen Bürgern schmackhaft zu machen, in der DDR zu bleiben. In seinen Memoiren schrieb Chruschtschow: „Hätte es die DDR geschafft, das moralische und materielle Potential (ihrer Bürger) zu erschließen, dann wäre der Übergang zwischen Ost- und West-Berlin in beide Richtungen uneingeschränkt

²⁸ Manfred Wilke/Alexander J. Vatlin, Interview mit Generaloberst Anatolij Grigorjewitsch Mereschko, „Arbeiten Sie einen Plan zur Grenzordnung zwischen beiden Teilen Berlins aus!“, in: DA, 44 (2011) 2, online: www.bpb.de/themen/NAWPSE,0,Arbeiten_Sie_einen_Plan_zur_Grenzordnung_zwischen_beiden_Teilen_Berlins_aus!.html (24. 6. 2011).

²⁹ Vgl. Matthias Uhl/Armin Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, München 2003.

³⁰ Protokoll über die Dienstbesprechung am 11. 8. 1961, in: Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (BStU), ZAIG, 4900; vgl. H. Harrison (Anm. 6).

durchlässig geblieben.“^{P1} Für ihn stand fest: Es war Ulbrichts Schuld, dass dieser Fall nicht eintrat.

Krisenszenarien und Reaktionen

Die ostdeutsche wie die sowjetische Führung brüsteten sich damit, dass die Grenzschießung so erfolgreich und ohne nennenswerten Widerstand der Westmächte über die Bühne gegangen war. Ulbricht berichtete im September: „Die Durchführung des Beschlusses über die Schließung der Grenze um Westberlin ist planmäßig erfolgt (...). Man muss sagen, dass der Gegner weniger Gegenmaßnahmen unternommen hat, als zu erwarten war.“^{P2} Chruschtschow stimmte ihm zu: „Sie haben es alles großartig durchgeführt – schnell und unter strikter Geheimhaltung.“^{P3}

Aus diesem Wortwechsel ergibt sich die Frage, welchen Krisenplan Chruschtschow und Ulbricht in der Hinterhand hatten für den Fall, dass die Westmächte eingegriffen hätten, wenn sie zum Beispiel die Stacheldrähte entfernt oder die Mauer in ihrem Anfangsstadium mit Baggern abgetragen hätten, wie es US-General Lucius D. Clay vorhatte.^{P4} Leider sind die Militärarchive in Moskau weiter unter Verschluss, und wir haben keine Informationen darüber, ob es Krisenpläne gab. Was wir jedoch wissen, ist, dass Kennedy nicht gewillt war, bei der Schließung der Grenze einzugreifen. Eher war er erleichtert, dass auf diese Weise die Flüchtlingskrise ohne einen militärischen Konflikt beendet war. Kennedys Politik in Bezug auf die Geschehnisse in Berlin wird in jüngsten Untersuchungen sehr kritisch beurteilt, denn er verhielt sich allzu zaghaft und sandte den Sowjets etliche Signale, dass sie nach Belieben in Ost-Berlin und an der Grenze schalten und walten könnten, solange sie nicht den Alliierten in West-Berlin in die Quere kamen. Anders als seine Vorgänger beharrte Kennedy

nicht auf den Rechten der Alliierten in allen Teilen Berlins.^{P5}

Im Sommer 1961 äußerte Kennedy vertraulich gegenüber seinen Beratern: „Man kann es Chruschtschow nicht zum Vorwurf machen, dass er aufgebracht ist“ über den Flüchtlingsstrom aus Ostdeutschland. „Er wird etwas unternehmen müssen, um den Exodus zu stoppen. Möglicherweise durch eine Mauer. Wir werden es nicht verhindern können.“^{P6} In Kennedys Augen handelte es sich bei der Grenzschießung um einen defensiven Schritt, um die DDR zu retten, nicht um einen aggressiven Akt gegenüber dem Westen. So äußerte er seinem Freund Kenneth O'Donnell gegenüber: „Warum sollte Chruschtschow eine Mauer errichten wollen, wenn er tatsächlich vorhätte, sich West-Berlins zu bemächtigen? (...) Es ist zwar keine feine Lösung, aber eine Mauer ist immerhin verdammt besser als ein Krieg.“^{P7}

Kennedy war der tiefen Überzeugung gewesen, dass die Verhinderung der Grenzschießung es nicht wert gewesen wäre, einen Krieg zu riskieren. Bei einer Fernsehansprache am 25. Juli, die als verspätete Erwiderung auf Chruschtschows Wiener Drohgebärden bezüglich West-Berlin gedacht war, fügte er Gedanken zum Krieg im Atomzeitalter an. „Dreimal in meinem bisherigen Leben waren mein Land und Europa in Kriege verwickelt, und jedes Mal wurden auf beiden Seiten schwerwiegende Fehleinschätzungen getroffen, die Zerstörungen zur Folge hatten. Jetzt aber könnte durch irgendeine erneute Fehleinschätzung (...) innerhalb weniger Stunden mehr Vernichtung auf uns niederkommen, als wir es je in unserer Geschichte erlebt haben.“^{P8} Chruschtschow nahm diese Botschaft zur Kenntnis. So sagte er zu seinen Genossen beim Treffen der Staaten des Warschauer Paktes Anfang August, der Westen habe sich „als weniger hart erwiesen als (...) angenommen (...). (D)ie bislang stärkste Einschüchterung, das ist die

^{P1} Khrushchev Remembers. The Glasnost Tapes, Boston 1990, S. 456.

^{P2} Ulbricht an Chruschtschow, 15.9.1961, in: SAPMO-BArch, DY 30/3509.

^{P3} Aleksandr Fursenko, Kak byla postrojena berlinskaja stena, in: Istoritscheskije Sapiski, (2001) 4, S. 81.

^{P4} Vgl. Honoré M. Catudal, Kennedy and the Berlin Wall Crisis, Berlin 1980, S. 133; Nikita Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, Reinbek 1992, S. 429.

^{P5} Vgl. F. Kempe (Anm. 24); Fabian Rueger, Kennedy, Adenauer and the Making of the Berlin Wall, 1958–1961, Diss., Stanford University, 2011.

^{P6} F. Kempe (Anm. 24), S. 259, S. 316.

^{P7} Ebd., S. 379.

^{P8} Ebd., S. 308. Zum Text der Rede vgl. Report by President Kennedy to the Nation on the Berlin Crisis, 25 July 1961, in: Documents on Germany, 1944–1985, Washington, DC 1985.

Rede Kennedys (vom 25. Juli).“ Andererseits räumte er ein, „dass niemand die Garantie dafür geben kann, dass es keinen Krieg geben wird“. Man solle besser „vom Schlimmsten ausgehen“.¹³⁹

Auch noch nach Schließung der Grenze beklagten sich Funktionäre wie Marschall Iwan S. Konew, Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Rodion J. Malinowski, dass die ostdeutsche Führung zu eilig und zu häufig auf Menschen schießen lasse, die versuchten, illegal die Grenze zu überqueren; außerdem verweigere man in unangemessenem Maße den westlichen Alliierten den Zugang zu Ost-Berlin. Beides, so fürchteten die Sowjets, könne „unerwünschte und gravierende Folgen haben“.¹⁴⁰ Tatsächlich schrieb Kennedy zwei Monate nach der Grenzschießung an Chruschtschow und äußerte seine Besorgnis darüber, dass Ulbricht noch mehr Macht über die Grenze zugestanden werden würde: „Dieses Gebiet würde (...) weniger friedlich werden, wenn die Wahrung der Interessen der Westmächte zum Spielball eines kapriziösen ostdeutschen Regimes würde. Einige der Ulbricht’schen Äußerungen zu dieser Frage stimmen nicht mit Ihren Zusicherungen, ja nicht einmal mit seinen eigenen überein, und ich glaube nicht, dass einer von uns beiden einen Dauerzustand von Zweifel, Spannung und lauernden Krisen herbeisehnt, der dann ein noch umfangreicheres Aufrüsten auf beiden Seiten nach sich ziehen würde.“¹⁴¹

Treibende Kraft

Seit dem Mauerfall 1989 ist immer wieder versucht worden, die Verantwortung der ostdeutschen Führung für die Mauer in Frage zu stellen. Egon Krenz, der letzte SED-Chef, gab beim Prozess um die Toten an der Grenze den Sowjets die Schuld an dem tödlichen

¹³⁹ Chruschtschows Rede, 4. August 1961, in Bernd Bonwetsch/Alexei M. Filitow (Hrsg.), Chruschtschow und der Mauerbau, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 48 (2000) 1, S. 181, S. 195.

¹⁴⁰ Vgl. Bruce Menning, The Berlin Crisis from the Perspective of the Soviet General Staff, in: William W. Epley (ed.), International Cold War Military Records and History, Washington, DC 1996, S. 49–62.

¹⁴¹ Brief von Präsident Kennedy an Khrushchev, Hyannis Port, 16. 10. 1961, in: FRUS (Anm. 19), Vol. VI: Kennedy-Khrushchev Exchanges, Washington, DC 1996, S. 41.

Grenzregime. Er versicherte, dass die DDR-Führung keinerlei Kontrolle über die Grenze hatte, die seiner Ansicht nach weniger eine ostdeutsche Grenze als vielmehr eine „zwischen zwei Welten“ im Kalten Krieg gewesen sei. Zu seiner Verteidigung erinnerte Krenz an die Worte Ronald Reagans, der 1987 vor dem Brandenburger Tor eben „nicht gerufen (hatte), ‚Honecker oder Krenz, öffnen Sie die Mauer!‘ Er hat gesagt: ‚Gorbatschow, öffnen Sie die Mauer!‘“¹⁴²

Doch selbst wenn der Befehl, die Grenze abzuriegeln, aus Moskau kam, wie Krenz versicherte und einige Wissenschaftler und hohe Militärs der DDR bestätigten, gibt es doch hinreichende Belege in den Archiven, dass nicht die gesamte Verantwortung der ostdeutschen Befehlshaber für den Mauerbau den Moskauer Machthabern zugewiesen werden kann.¹⁴³ Da Ulbricht nicht genügend militärische Rückendeckung hatte, um die geschlossene Grenze allein abzusichern, und ihm klar wurde, dass er die Sowjetunion dafür brauchte, war er es selbst, der die Grenzschießung auf die Tagesordnung setzte und zäh dafür kämpfte. Immer wieder führte er Chruschtschow vor Augen, welche Probleme die offene Grenze verursache, und mehrere Male, wenn er befürchtete, Chruschtschow handle zu zögerlich, agierte er in eigener Regie.

Die Ost-West-Krise über Berlin ging mit einer Krise in den Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR im Zusammenhang mit dem Vorgehen in Berlin einher. Die Sowjetunion widersetzte sich lange der Grenzschießung. „Die Mauer ist auf dringenden Wunsch Ulbrichts von mir angeordnet worden“: Aus diesen Worten Chruschtschows geht hervor, dass die Politik und Persönlichkeit von Ulbricht von entscheidender Bedeutung bei der Errichtung der Berliner Mauer waren.

¹⁴² Spiegel-Streitgespräch, „Grenze zwischen zwei Welten.“ Der letzte SED-Chef Egon Krenz und Staatsrechtler Wolfgang Seiffert über die Frage, ob die DDR ein Rechtsstaat war, in: Der Spiegel, Nr. 34 vom 18. 8. 1997, S. 36.

¹⁴³ Vgl. Krenz-Verteidiger lässt Souveränität prüfen, in: Berliner Zeitung vom 20. 12. 1996; DDR-Forscher enthüllt Mauer-Geheimnis. Berliner Mauer: Waren „die Russen“ 1961 schuld?, in: SUPERIllu vom 24. 3. 2011; Manfred Wilke, Der Weg zur Mauer, Berlin 2011; Heinz Keßler/Fritz Streletz, Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben, Berlin 2011.

Gerhard Wettig

Chruschtschow, Ulbricht und die Berliner Mauer

Am 27. November 1958 richtete die UdSSR das erste Berlin-Ultimatum an die Westmächte: Binnen sechs Monaten sollten sie sich

Gerhard Wettig

Dr. phil., geb. 1934; bis 1999 Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln.
wettigg@web.de

an einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten beteiligen. Demnach hatten sie West-Berlin aufzugeben, das zwar als „Freie Stadt“ weiter das kapitalistische System behalten sollte, aber bezüglich der Verbindungen zur Außenwelt und aufgrund von Wohlverhaltensverpflichtungen völlig der DDR überantwortet werden würde. Falls die Westmächte diese Regelung ablehnten, wollte der Kreml den Friedensvertrag einseitig mit der DDR schließen, um dieser dann ohne westliche Einwilligung die Kontrolle über die Transitwege nach West-Berlin zu übergeben und so die westliche Position in der Stadt unhaltbar zu machen. Sollten daraufhin die Westmächte versuchen, den Zugang durch bewaffnete Konvois oder andere militärische Aktionen zu öffnen, würde die UdSSR das als Aggression gegen ihren ostdeutschen Verbündeten ansehen und ihrer Verpflichtung zur Beistandsleistung nachkommen.¹ Ein Nuklearkrieg, so hieß es, wäre die Folge. Mit dieser Aussicht wollte der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow die USA, von deren Haltung die westliche Reaktion abhing, zum Einlenken bewegen. Der wertlose Außenposten West-Berlin, so betonte er in Gesprächen immer wieder, lohne das Kernwaffendesaster nicht, das Westeuropa völlig vernichten und Nordamerika schwer treffen würde.

Der sowjetische Führer hatte es nicht auf die Stadt als solche abgesehen und auch nicht nur auf die Anerkennung der DDR und der deutschen Zweistaatlichkeit. Er wollte der UdSSR das Übergewicht im Ost-West-Konflikt verschaffen, indem er die NATO „ruinierte“. Er wusste, dass die Verteidigung West-Berlins seit

der Blockade 1948/49 für die Westeuropäer das Unterpfand des amerikanischen Engagements auf dem Kontinent war. Wenn die USA Berlin räumten, würde ihnen kein Vertrauen mehr entgegengebracht werden. Die atlantische Allianz verlöre ihre politische Basis.

Für die DDR trat Chruschtschow nur insoweit ein, als es um die Sicherung ihrer Existenz als Grundlage seiner Position in Europa ging. Alle weitergehenden Interessen des SED-Regimes waren für ihn zweitrangig. Zu Walter Ulbrichts Leidwesen lehnte er stets ab, wenn ihm die Westmächte die Anerkennung der DDR und der deutschen Ostgrenze und die Einstellung aller unerwünschten Einwirkungen aus West-Berlin, ja sogar einen Verzicht auf das originäre Besatzungsrecht anboten, wenn er dafür Präsenz und Zugang akzeptierte. Es kam ihm vor allem auf den Schlag gegen die NATO an; er wollte auch das Flüchtlingsproblem der DDR nicht durch Schließung der Sektorengrenze, sondern durch Kontrolle über die Zugangsstrecken, vor allem die Luftwege, lösen. Anders als Ulbricht, der in Moskau schon seit Langem auf die Sperrung der innerstädtischen Grenze drang, scheute er die gewaltsame Zerreißung einer Stadt, auf die sich die Blicke der Weltöffentlichkeit richteten. Auch fürchtete er zu Recht, man würde einen solchen Schritt als Eingeständnis werten, dass das sozialistische System in Deutschland dem Wettbewerb mit dem Westen nicht gewachsen war.

Chruschtschow drohte zwar mit Krieg, wollte ihn aber auf keinen Fall führen. Er hatte nicht nur die Verwüstungen vor Augen, die sein Land in einem Kernwaffenkonflikt erleiden würde, sondern war sich auch der globalstrategischen Überlegenheit der USA bewusst. Seine

Der Aufsatz fasst Ergebnisse von Forschungen zusammen, die primär auf sowjetischen Archivalien beruhen; vgl. meine Publikationen: Chruschtschows Berlin-Krise, München 2006; Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958, München 2011; Dokumentation: Chruschtschows Westpolitik, Bd. 3: Höhepunkt der Berlin-Krise, München 2011. Vgl. auch meine Texte in Stefan Karner et al. (Hrsg.), Der Wiener Gipfel 1961, Innsbruck 2011. Der Kürze halber wird hier auf Fußnoten verzichtet, soweit ich mich nicht auf andere Publikationen beziehe. Wenn Tagesdaten ohne Fußnoten genannt werden, beruhen die Angaben auf einem Dokument der Dokumentation.

¹ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD), hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, IV. Reihe, Bd. 1/1, Frankfurt/M. 1971, S. 151–177.

Behauptung, die UdSSR sei mindestens ebenso stark, ja, wie er glaube, sogar noch stärker, war ein Bluff. Er meinte aber, dass die Westmächte durch die ihnen zugeschobene Wahl zwischen Krieg oder Frieden zum Zurückweichen veranlasst würden, so dass er kein Risiko eingehe. Das erwies sich als Irrtum. Auch sein Argument, die Westeuropäer seien Geiseln in seiner Hand, die er vernichten könne, wenn die Amerikaner in der Berlin-Frage auf ihrer „aggressiven“ Haltung beharrten, blieb ohne die erhoffte Wirkung: Das Genfer Gipfeltreffen 1959 endete ohne Ergebnis. Chruschtschow hielt aber an seinem Ziel fest und hoffte, Präsident Dwight D. Eisenhower, der ihn in die USA eingeladen hatte, werde zugänglicher sein als Außenminister John Foster Dulles. Das war eine Illusion, schon deswegen, weil die Amerikaner nicht ohne die Verbündeten verhandelten und daher nur einen Gedankenaustausch zuließen. Die Pariser Gipfelkonferenz Mitte Mai 1960 ließ Chruschtschow platzen, als Eisenhower die geforderte, demütigende Entschuldigung für einen Spionageflug über der UdSSR verweigerte. Mit einem solchen Mann könne er sich nicht mehr an einen Tisch setzen. Damit waren die Berlin-Verhandlungen bis zur Wahl des neuen US-Präsidenten Mitte November aufgeschoben.

Wiederaufnahme der politischen Berlin-Offensive

Chruschtschow sah sich 1960 zu einer Neueinschätzung der Lage bewogen. Das beharrliche westliche Festhalten an West-Berlin führte er darauf zurück, dass die östlichen Truppen auf dem europäischen Schauplatz, den er bis dahin als unwichtig erachtet hatte, die Gegenseite offenbar nicht genügend beeindruckt hatten. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse erschienen in neuem Licht. Als Bonn im Herbst auf die Einführung einer Genehmigungspflicht für Besuche in Ost-Berlin mit der Kündigung des Abkommens über den innerdeutschen Handel reagierte, sah er, dass die ökonomischen Verflechtungen zwischen beiden deutschen Staaten nicht die Bundesrepublik, sondern die DDR abhängig machten. Diese konnte ohne Lieferungen aus Westdeutschland nicht auskommen, während Bonn den Warenaustausch nicht benötigte. Chruschtschow war zusammen mit Ulbricht der Ansicht, man müsse sich aus der Abhängigkeit durch „Störfreimachung“ – durch Umstellung auf ein autarkes

Wirtschaften im Rahmen des Sowjetblocks – befreien. Auch wenn sich die DDR zunächst den Bedingungen Bonns fügen musste, sollte sie wirtschaftlich standfest werden, bevor es zur Konfrontation kommen könnte. Chruschtschow war zuversichtlich, dass sich dies erreichen lasse, und meinte auch, dass der zum Präsidenten der USA gewählte John F. Kennedy ein politisches Leichtgewicht sei, mit dem er relativ leicht fertig werde. Am 30. November 1960 teilte er daher dem Ersten Sekretär der SED mit, er werde den Friedensvertrag im nächsten Jahr auf jeden Fall durchsetzen.

Anfang Januar 1961 ließ Ulbricht das Politbüro der SED einen Beschluss fassen, der die Prioritäten festlegte. Wie er Chruschtschow schrieb, sollten vor allem das Besatzungsregime in West-Berlin beseitigt, die von dort in die DDR ausgestrahlten Rundfunksendungen eingestellt und die Tätigkeit der Alliierten Luftsicherheitszentrale beendet werden, die den Verkehr in westlichen Flugkorridoren ermöglichte. Er bezweifelte aber, dass sich die Westmächte zu dieser Totalkapitulation bereit finden würden. Daher griff er auf den früheren sowjetischen Vorschlag einer Zwischenlösung zurück, der zufolge sie die Forderungen zunächst nur teilweise, nach Ablauf einer Frist von ein bis zwei Jahren, aber ohne Einschränkung erfüllen sollten. Da der Flüchtlingsstrom demzufolge vorerst noch nicht durch Kontrolle des West-Berliner Flugverkehrs gestoppt werden würde, wollte er dies auf andere Weise gewährleisten. Daher ließ er das Politbüro den „Kampf gegen die Republikflucht“ und entsprechende „Maßnahmen“ beschließen. Damit waren Vorarbeiten zur Schließung der Grenze in Berlin gemeint. Davon durfte freilich Chruschtschow nichts wissen. Ulbricht klagte zwar am 29. März 1961 auf der Tagung des Warschauer Pakts über die Folgen des Exodus aus der DDR, ließ das Thema aber sowohl bei dieser Gelegenheit² als auch gegenüber dem Kremlchef zwei Tage später unerwähnt.

² Laut Jan Šejna, der im Frühjahr 1968 aus Prag in den Westen überlief, folgte der Rede eine Diskussion, in der Ulbricht gefragt wurde, welche Möglichkeit der Abhilfe er sehe, und antwortete, dass man die Grenze in Berlin schließen könne. Das sei von den versammelten Parteichefs mehrheitlich abgelehnt worden, vgl. Honoré M. Catudal, *Kennedy and the Berlin Wall Crisis, Berlin 1980*, S. 49f. Šejnas Aussagen haben sich sehr oft als unzutreffend erwiesen. Im vorliegenden Fall gibt es in den sowjetischen Akten weder eine Bestätigung noch eine Widerlegung.

Chruschtschow lehnte nach wie vor jede Diskussion über eine Sperrung der Sektorengrenze ab. Wie er am 24. April dem westdeutschen Botschafter Hans Kroll erklärte, den er wegen seiner eigenwilligen, oft von der Bonner Politik abweichenden Haltung schätzte und daher öfters ins Vertrauen zog, könne die DDR zwar „nicht mit offener Tür leben“ und müsse als souveräner Staat „Ein- und Ausreise kontrollieren“, doch müsse die Kontrolle auf den Land-, Wasser- und Luftwegen der DDR durchgeführt werden. „Andernfalls wird es nötig sein, eine Festungsmauer um West-Berlin herum zu bauen oder ein Sonderregime zu errichten. Das ist [aber] unmöglich, weil Berlin ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, die Einwohner Berlins in verschiedenen Stadtteilen arbeiten, Verwandte haben usw.“ Demgemäß war es auf der Tagung des Warschauer Pakts nur um den Friedensvertrag und die Verstärkung und Koordination der verbündeten Streitkräfte gegangen.

Bevor sich Chruschtschow mit Kennedy traf, sondierte er beim amerikanischen Botschafter, ob der Präsident auf seine Forderungen eingehen werde. Die ablehnende Antwort bewertete er als Kriegserklärung der USA. Er führte am 26. Mai intern aus, dass er Kennedy mit aller Härte erklären wolle, der Friedensvertrag werde auch dann abgeschlossen werden, wenn die Westmächte sich verweigerten. Vor einer gewaltsamen Unterbrechung des westlichen Flugverkehrs werde er nicht zurückschrecken. Am 3. und 4. Juni 1961 behandelte er den Präsidenten in Wien von oben herab und erneuerte zum Schluss das Ultimatum. Ende des Jahres werde er den Friedensvertrag so oder so abschließen. Triumphierend kehrte er nach Moskau zurück. Kennedy war deprimiert, denn er fühlte sich in die Rolle eines Schuljungen versetzt. Durch Festigkeit wollte er den Kremlchef künftig davon überzeugen, dass er so nicht mit sich umspringen lasse.

Auf einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 gab Ulbricht auf die Frage einer westdeutschen Journalistin, ob die Bildung einer Freien Stadt die Errichtung einer „Staatsgrenze am Brandenburger Tor“ bedeute, die überraschende Antwort: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“[†] Das war richtig und falsch zugleich. Eine Sper-

rung der Sektorengrenze kam zwar nicht in Betracht, weil Chruschtschow sie nicht zuließ, doch hegte der SED-Chef durchaus diese Absicht. Seine Gedanken kreisten darum, und deswegen hatte er die Frage nach den Rechtsfolgen des für West-Berlin vorgesehenen Status als Frage nach einer physischen Abriegelung missverstanden. Vor Kurzem hatte er überdies dem Kreml unter Hinweis auf die anschwellende Massenflucht die Errichtung von Sperren ausdrücklich nahe gelegt. Nur wenn man die Menschen gewaltsam zurückhalte, ließen sich die Versorgungsschwierigkeiten überwinden. Ende Juni dramatisierte er die Lage. Es müsse etwas geschehen; bei offener Grenze sei der Zusammenbruch nicht zu verhindern. Werde nicht bald gehandelt, lehne er jede Verantwortung ab, denn dann könne er die Kontrolle nicht aufrecht erhalten.

Schließung der Grenze in Berlin

Chruschtschow ignorierte Ulbrichts Appell. Nach wie vor wollte er in Berlin den fatalen Eindruck eines brutalen Grenzregimes vermeiden. Seiner Ansicht nach bauchte Ulbricht die Probleme auf. Erst als Berichte seiner eigenen Leute Anlass zur Sorge gaben, wurde er aufmerksam. Am 20. Juli 1961 meldete der KGB-Vorsitzende Alexander Schelepin, die Lage in der DDR sei bedrohlich, und zog den Schluss, die Massenflucht müsse rasch beendet werden, um ein ökonomisches Ausbluten zu verhindern. Sonst sei ein baldiges Ende des ostdeutschen Staates zu befürchten. Um diese Gefahr zu bannen, müsse sofort etwas getan werden.[†]

Chruschtschow zog widerwillig den Schluss, eine Schließung der Grenze in Berlin lasse sich nicht vermeiden. Diese lasse sich auch benutzen, um zu testen, wie die USA auf den einseitigen Abschluss eines Friedensvertrags reagieren würden. Von seinem Urlaubsort aus wies er den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Michail Perwuchin, an, den Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR, Armeegeneral Iwan Jakubowski, zu beauftragen, sofort Vorbereitungen einzuleiten.

[†] Schelepin an Chruschtschow, 20. 7. 1961, in: Očerki istorii rossijskoj vnešnej razvedki, Bd. 5: 1945–1965, Moskau 2003 (russ.), S. 701–705; Aleksandr Fursenko/Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War, New York-London 2006, S. 373.

[†] Vgl. DzD (Anm. 1), IV, 6/2, Frankfurt/M. 1975, S. 933f.

Dieser bestellte, ohne dass er Ulbricht vorher gefragt oder auch nur unterrichtet hätte, Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, Staatssekretär Erich Mielke und den für die Polizeiorgane zuständigen Innenminister Karl Maron noch am selben Tag zu sich nach Wünsdorf. Als man dort darüber sprach, wie der Auftrag auszuführen sei, stellte er fest, dass seine Gesprächspartner bereits konkrete Vorstellungen hatten und alle Fragen sofort beantworteten konnten. Nachdem man die Planung in groben Zügen festgelegt hatte, übertrug Jakubowski die Ausarbeitung der Einzelheiten dem stellvertretenden Leiter seiner operativen Stabsabteilung, Oberst Anatoli Mereschko.¹⁵

Noch am 18. Juli hatte das SED-Politbüro zur Feier von Karl Liebknechts 90. Geburtstag am 14. August eine Großkundgebung auf dem Potsdamer Platz direkt an der Demarkationslinie zu West-Berlin beschlossen. Die Vorbereitungen dazu liefen zunächst zum Schein weiter, damit es keinen Hinweis auf die nun für den Vortag terminierte Aktion gab. Die militärischen und polizeilichen Dispositionen, die bis dahin räumlich gegen die Bundesrepublik und zeitlich auf das Jahresende ausgerichtet gewesen waren, wurden eilig auf das Gebiet um Berlin und einen baldigen Einsatz umorientiert. Der Bau eines tief gestaffelten, fünf Kilometer breiten Kontrollstreifens an der innerdeutschen Grenze ab Sommer 1960 wurde unterbrochen; die dafür gelagerten „Pioniermaterialien“ – vor allem Betonpfosten und Stacheldrahtrollen – wurden heimlich in die Umgebung von Berlin transportiert. Sie waren zusammen mit ursprünglich für den Wohnungsbau bestimmten Hohlblocksteinen als Baumaterial für die Sperranlagen vorgesehen.

Am 25. Juli gab Kennedy Maßnahmen zur Stärkung der amerikanischen Streitmacht auf dem europäischen Schauplatz bekannt und definierte die drei „wesentlichen“ Erfordernisse (*essentials*), auf denen er in Berlin unbedingt bestehen werde: Präsenz, Zugang und Lebensfähigkeit. Das bezog sich nur auf die Westsektoren; von einer Aufrechterhaltung des Status quo in der Stadt als Ganzer war keine Rede.¹⁶

¹⁵ Interview von Alexander J. Vatlin und Manfred Wilke am 9.9.2010 in Wolgograd mit Generaloberst a. D. A. Mereschko, in: Deutschland Archiv, 44 (2011) 2, online: www.bpb.de/themen/NAWPSE,0,Arbeiten_Sie_einen_Plan_zur_Grenzordnung_zwischen_beiden_Teilen_Berlins_aus!.html (3.6.2011).

¹⁶ Vgl. DzD (Anm. 3), IV, 6/2, S. 1348–1356.

Chruschtschow hatte demnach keinen Widerstand beim Bau von Sperranlagen an der Sektorengrenze zu befürchten. Trotzdem bekundete er gegenüber John McCloy, dem Abrüstungsberater des Präsidenten, am 27. Juli seine heftige Empörung und sprach erneut von einer amerikanischen Kriegserklärung.

Am 1. August erläuterte Chruschtschow Ulbricht im persönlichen Gespräch, wie die Abriegelung durchzuführen sei. Die sowjetischen Truppen würden einen Ring um Berlin legen, während die vorderen Positionen von Polizeikräften der DDR, die hinteren von der Nationalen Volksarmee (NVA) besetzt würden. Die Aktion werde dem Abschluss des Friedensvertrags vorausgehen und ein Druckmittel sein. Man werde der westlichen Seite vor Augen führen, dass man es ernst meine. „(W)enn man uns einen Krieg aufzwingt, wird es Krieg geben.“ Zudem diene die Maßnahme der Verringerung des Exodus. Der Bericht des sowjetischen Generalstabs mache deutlich, dass die UdSSR alles Notwendige unternehme. Sie grabe Panzer an der Grenze zur Bundesrepublik ein und halte das zum Schein geheim, damit der Westen davon Kenntnis nehme. Er hoffte überdies, die Sperranlagen gegenüber der Öffentlichkeit mit der Erklärung rechtfertigen zu können, dass die Gegenseite mit Krieg drohe. Deswegen wolle man sich vor der Entsendung von Spionen schützen.

Es war vorauszusehen, dass eine solche an den Haaren herbeigezogene Begründung kaum überzeugend wirken würde. Chruschtschow war darum bemüht, so wenig wie möglich als Befürworter der Grenzschießung aufzutreten. Daher ließ er Ulbricht das – von ihm vorher geprüfte – Plädoyer auf der Warschauer-Pakt-Tagung in Moskau vom 3. bis 5. August vortragen und erklärte sich bloß einverstanden. Alle stimmten dem vorbereiteten Beschluss zu, doch nur der polnische Parteichef Władysław Gomułka unterstützte ihn ausdrücklich. Chruschtschow nannte Berlin eine „offene Stadt“, denn er wollte nach Abschluss des Friedensvertrags, wenn die Massenflucht durch die DDR-Kontrollen an den Zugangswegen gestoppt sein würde, die Sperranlagen an der Sektorengrenze wieder beseitigen. Das wurde klar ausgesprochen in der am 13. August publizierten Erklärung des östlichen Bündnisses: Die Notwendigkeit der Grenzschießung werde entfallen, „sobald die Friedensregelung mit Deutschland

verwirklicht ist und auf dieser Grundlage die spruchreifen Probleme gelöst sind“.⁷

Trotz inneren Widerwillens stand Chruschtschow zu der Entscheidung. Als Botschafter Kroll ihn am 9. November 1961 aufforderte, die Grenze in Berlin wieder zu öffnen, bekannte er sich unumwunden zu ihrer Schließung. „Ich leugne das nicht. Natürlich hätte die DDR ohne uns die Grenze nicht geschlossen. Wozu sollen wir uns hier hinter dem Rücken von Gen[ossen] Ulbricht verstecken? Der ist doch in diesem Fall gar nicht so breit. Natürlich, wir haben die Grenze geschlossen, das geschah auf unser Betreiben hin. Technisch hat das die DDR durchgeführt, weil das eine deutsche Frage ist.“ Es entsprach der Logik des Kalten Krieges, dass die sowjetische Führungsmacht – und nicht das auf ihren Schutz angewiesene SED-Regime – den Entschluss gefasst hatte, denn nur sie war in der Lage, für die Konsequenzen einzustehen, die sich aus dem Konflikt mit den Westmächten, namentlich mit den USA, ergaben. Sie wollte daher auch die Kontrolle darüber ausüben, wie weit dieser Konflikt getrieben wurde, dessen Risiko sie zu tragen hatte.

Die Westmächte waren auf die Aktion „Rose“ am 13. August 1961 nicht vorbereitet und nahmen die Absperrung der Sektorengrenze widerstandslos hin – aus der Sicht Moskaus und Ost-Berlins ein gewaltiger Erfolg. Kennedy sah freilich keinen Grund zur Sorge; im Gegenteil. Mit dem Stopp der Massenflucht aus der DDR habe die Gegenseite erreicht, was sie wolle. Der Konflikt sei demnach ausgestanden. Erst allmählich stellte sich heraus, dass dies eine Fehleinschätzung war. Der Präsident musste sich zudem von seinen Beratern sagen lassen, dass die Westdeutschen und vor allem die West-Berliner von der Schließung des Tores zu ihren Landsleuten im Osten schwer getroffen waren und sich von den USA allein gelassen fühlten. Durch Bekundungen der Solidarität – wie die Entsendung von Vizepräsident Lyndon B. Johnson und die Ernennung des „Helden der Blockade“ von 1948/49, General Lucius D. Clay, zu seinem persönlichen Beauftragten in Berlin – meisterte Kennedy die Vertrauenskrise. Als sich zeigte, dass die UdSSR die Offensive gegen West-Berlin keineswegs beendet hatte, sondern weiter verschärfte, suchte Kennedy der Herausfor-

derung durch geduldiges Verhandeln zu begegnen. Mit der Verstärkung seines Militärs glaubte er genug Festigkeit bewiesen zu haben, um zu einem Kompromiss zu gelangen. Chruschtschow sah darin einen Hinweis auf einen beginnenden Wandel in seinem Sinne. Um diesen sich weiter entwickeln zu lassen, wollte er, wie er gegenüber dem früheren NATO-Generalsekretär Paul-Henri Spaak am 19. September zu erkennen gab, den Termin für den Abschluss des Friedensvertrags eventuell über das Jahresende hinaus verschieben.

Chruschtschows neue Berlin-Politik

Chruschtschow suchte die Westmächte durch die Demonstration militärischer Stärke einzuschüchtern. Anfang Juli hatte er Nuklearwissenschaftler mit dem Bau einer 100-Megatonnen-Superbombe beauftragt, die der Gegenseite einen gehörigen Schrecken einjagen sollte. Diesem Zweck diente auch das Manöver „Burja“, mit dem die sowjetische Führung erstmals den Nuklearkrieg in Europa übte. Das Ergebnis aber war ernüchternd: Die großflächige Verstrahlung erlaubte kein schnelles Vordringen bis zum Atlantik; bezüglich Organisation und Koordination gab es große Defizite. Washington beantwortete die Drohgebärden mit Hinweisen auf Resultate der neuen Satellitenaufklärung: Die USA waren der UdSSR in quantitativer wie qualitativer Hinsicht globalstrategisch überlegen. Nicht sie, sondern die Russen hatten einen Nuklearkrieg zu fürchten. Sie hatten mit der Vernichtung ihres Landes zu rechnen, während Nordamerika kaum bedroht war.

Chruschtschow sah ein, dass seine Einschüchterungsversuche gescheitert waren. Am 17. und 27. Oktober 1961 ließ er auf dem XXII. KPdSU-Parteitag das Friedensvertragsultimatum fallen, betonte aber die Entschlossenheit, auf der Erfüllung aller Forderungen zu bestehen, und erklärte, einen langen Aufschub der Regelung werde er nicht zulassen.⁸ Als General Clay Ende Oktober am Checkpoint Charlie Panzer auffahren ließ, um, wie es schien, die Sperren an der Sektorengrenze durch Räumgerät zu beseitigen, fürchtete Chruschtschow, die USA wollten im Bewusstsein ihrer Stärke einen militärischen Konflikt

⁷ Neues Deutschland vom 13. 8. 1961.

⁸ Vgl. DzD (Anm. 1), IV, 7/1, Frankfurt/M. 1976, S. 725f, S. 902.

anzetteln. Tatsächlich ging es aber nur darum, ein Gegenangebot zu provozieren, das zeigte, dass die UdSSR – nicht die DDR – für Ost-Berlin verantwortlich war. Als das gelungen war, ließ sich die Konfrontation zur Erleichterung des Kremlchefs beenden.

Nach dem Abrücken vom Ultimatum stand Chruschtschow vor der Frage, wie er seine Ziele anders erreichen konnte. Aufgrund der Abriegelung West-Berlins schien ihm die Lage nun günstig genug, um vorerst keine Änderung anzustreben. Die UdSSR müsse sich nicht um eine Übereinkunft bemühen, sondern könne die anomale Situation einfach bestehen lassen und damit der Welt vor Augen führen, dass die Stadt nur existieren könne, wenn sie sich vom westlichen Besatzungsregime befreie. Auf der Sitzung des ZK-Präsidiiums am 8. Januar 1962 erläuterte er, dass der Knochen im Hals, der vor dem 13. August die eigene Seite geplagt habe, jetzt im Hals der Westmächte stecke. „Sollen sie damit leben. Wir schaffen jetzt Schwierigkeiten für West-Berlin, und sie sagen selbst, dass das zum Absterben führen kann. Und was ist das? Das ist der Knochen. So ist es nicht an uns, diesen Knochen herauszunehmen, um das Leben West-Berlins anzuregen.“

Bei anderer Gelegenheit wies er darauf hin, dass auch wichtige Betriebe nun West-Berlin verließen. Die Stadt trockne zunehmend aus und sei zum allmählichen Absterben verurteilt. Zur Bekräftigung wies er auf die Äußerung eines führenden westdeutschen Industriellen hin, nach der West-Berlin höchstens noch zehn Jahre zu halten sei, und erklärte die Absicht, dem Niedergang durch ständigen Druck nachzuhelfen. Da er nun längere Fristen ins Auge fasste, kam eine baldige Öffnung der Grenze in Berlin nicht mehr in Betracht. Die provisorisch errichteten Sperrn erhielten Dauer und wurden allmählich zu einer festen Mauer. Den ersten Schritt in dieser Richtung genehmigte Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht am 2. November 1961.

Die UdSSR begann bald mit den vorgesehenen Pressionen. Ihr Vertreter in der Alliierten Flugsicherheitsbehörde erklärte ab Anfang Februar 1962 immer wieder die Luftkorridore der Westmächte wegen militärischer „Übungsflüge“ für gesperrt. Als dem Flugverbot, das allen Regelungen widersprach, nicht Folge geleistet wurde, führten sowjetische Jagdflugzeuge mehrfach Beina-

he-Zusammenstöße mit westlichen Zivilmaschinen herbei. Deren Flüge wurden trotzdem fortgesetzt. General Clay, Bürgermeister Willy Brandt und die Bonner Botschafter der USA und Großbritanniens benutzten, jeweils nach öffentlicher Ankündigung, demonstrativ bedrohte Flugzeuge. Nach fast zwei Monaten vergeblichen Bemühens wurden die Störungen eingestellt. Auch Chruschtschows Hoffnung auf zunehmende materielle Strangulierung der Stadt erfüllte sich nicht, denn die Bundesrepublik war stark genug, um die Hilfen im notwendigen Umfang zu erhöhen.

Angesichts des scheiternden Bemühens um die Zerstörung der Existenzgrundlagen West-Berlins suchte Chruschtschow eine sich ihm bietende Chance zur Veränderung der sowjetisch-amerikanischen Kräfteverhältnisse zu nutzen. Im ausgehenden Frühjahr 1962 wurde mit Kuba die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf der Insel vereinbart. Das würde die UdSSR in die Lage versetzen, diese ihr zahlreich verfügbaren Systeme auf wichtige politische und wirtschaftliche Zentren der USA zu richten. Damit sollte der Führung in Washington klar gemacht werden, dass sie sich kein Kriegsrisiko wegen West-Berlin leisten könne, obwohl die Gegenseite nur geringe interkontinentale Fähigkeiten besaß. Die Niederlage in der Kuba-Krise Ende Oktober 1962 machte dieser Erwartung ein Ende. Der Kreml sah sich fortan zu mehr Vorsicht in Berlin veranlasst.

Die Berliner Mauer ermöglichte es zwar dem SED-Regime, sich innenpolitisch zu behaupten, diskreditierte aber das sozialistische System. Chruschtschow hatte sie darum nie gewollt, und doch war sie das einzige Ergebnis, das er erzielte. Er hatte stets alle Zugeständnisse der Westmächte abgelehnt und erhielt nichts, weil er beharrlich auf der Erfüllung aller Forderungen bestand. Das war für Deutschland ein großes Glück. Hätte Chruschtschow die westlichen Kompromissangebote angenommen, wäre die Verhandlungsmasse nicht mehr vorhanden gewesen, auf der die Bonner Ostverträge und die Regelung des Berlin-Konflikts durch die Vier Mächte 1970 bis 1972 beruhten. Zudem hätte die dann erfolgte Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinigung von 1990 zunichte gemacht.

Hans-Hermann Hertle

„Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten“

Am 24. August 1961, elf Tage nach der Abriegelung der Sektorengrenzen mit Stacheldraht und kurz nach der Errichtung der ersten

Hans-Hermann Hertle

Dr. phil., geb. 1955; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam, Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam.
hertle@zzf-pdm.de

Teilstücke der Berliner Mauer aus Hohlblocksteinen, peitschen im Grenzbereich nahe der Charité und unweit des Reichstagsgebäudes Schüsse auf. Transportpolizisten haben von einer S-Bahn-Brücke aus einen jungen Mann entdeckt, der durch den Humboldthafen nach West-Berlin flüchten will. Er hat das westliche Ufer fast erreicht, als ein Grenzposten eine Salve aus seiner Maschinenpistole auf den wehr- und schutzlosen Schwimmer abfeuert. Von einer Kugel in den Hinterkopf getroffen, versinkt er im Kanal. Am frühen Abend wird er tot aus dem Wasser gezogen. Günter Litfin ist der erste Flüchtling, der an der Mauer erschossen wird. Er ist 24 Jahre alt.

Fast 28 Jahre danach, in den späten Abendstunden des 5. Februar 1989, nähern sich zwei junge Männer den Sperranlagen am Britzer Zweigkanal, der an der Sektorengrenze zwischen Trepptow und Neukölln liegt. In der Annahme, der Schießbefehl an der Grenze sei ausgesetzt und hoher Staatsbesuch in Ost-Berlin eine günstige Voraussetzung für eine erfolgreiche Flucht, versuchen die beiden, die Sperranlagen zu überwinden. Den letzten Grenzzaun vor Augen, werden sie von Wachposten entdeckt und aus zwei Richtungen unter Beschuss genommen. Auch ein letzter Versuch, den Zaun zu überklettern, scheitert. Die jungen Männer müssen aufgeben. Mit dem Rücken zum Grenzzaun stehend, wird der 21-jährige Chris Gueffroy aus 40 Metern Entfernung gezielt mit Einzelfeuer beschossen. Ein Schuss trifft ihn direkt ins Herz. Er stirbt innerhalb weniger Minuten.

Litfin und Gueffroy sind der erste und der letzte Flüchtling, die durch Schüsse von

Grenzposten an der Mauer getötet wurden.¹ Die tödliche Bilanz des DDR-Grenzregimes: Von den mindestens 136 Todesopfern an der Berliner Mauer wurden 90 erschossen; unter ihnen waren 67 DDR-Flüchtlinge, aber auch 15 Einwohner und Besucher von West-Berlin und acht DDR-Bürger ohne Fluchtabsichten. An der innerdeutschen Grenze, den Grenzen zu Drittstaaten und in der Ostsee kamen bei Fluchtversuchen mehrere Hundert Menschen ums Leben, von denen mindestens 128 erschossen wurden. Darüber hinaus erlitten mindestens 33 Personen durch Erd- oder Splitterminen tödliche Verletzungen.² Eine bis heute unbekannte Anzahl von Menschen wurde bei Fluchtversuchen in Berlin und an der innerdeutschen Grenze zudem durch Schusswaffen und Minen zum Teil schwer verletzt.

Schießbefehl

Der Schießbefehl auf Flüchtlinge war neben schwer überwindbaren Sperranlagen und einer dichten Staffelung von Grenzposten der dritte und entscheidende Eckpfeiler des DDR-Grenzregimes. Von Beginn an hegte die SED-Führung keinen Zweifel daran, dass nur durch die Androhung des Todes – und in letzter Konsequenz die Tötung – eine ausreichend abschreckende Wirkung zu erzielen war, um die massenhafte Flucht der Bevölkerung dauerhaft zu unterbinden und so den Fortbestand des Regimes zu sichern.

Bereits am 22. August 1961 beauftragte das SED-Politbüro den ZK-Sekretär für Propaganda, Albert Norden, bei der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Volkspolizei (VP) zu veranlassen, dass von Gruppen, Zügen und Kompanien schriftliche Erklärungen darüber abgegeben würden, „dass jeder, der die Gesetze unserer DDR ver-

¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden: Hans-Hermann Hertle/Maria Nooke u.a., Die Todesopfer an der Berliner Mauer. Ein biographisches Handbuch, hrsg. von der Stiftung Berliner Mauer und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Berlin 2009², sowie www.chronik-der-mauer.de.

² Vgl. zur Problematik der Zahlenangaben Hans-Hermann Hertle/Gerhard Sälter, Die Todesopfer an Mauer und Grenze, in: Deutschland Archiv (DA), 39 (2006), S. 667–676; siehe dazu auch Hansgeorg Bräutigam, Die Toten an der Mauer und an der innerdeutschen Grenze und die bundesdeutsche Justiz, in: DA, 37 (2004), S. 969–976.

letzt – auch wenn erforderlich – durch Anwendung der Waffe zur Ordnung gerufen wird“.[¶] Weil Hunderten von Menschen auch noch in den ersten Wochen nach dem Mauerbau die Flucht gelungen war und sich 85 Volkspolizisten in den Westen abgesetzt hatten, bekräftigte Erich Honecker als für die Abriegelungsaktion zuständiges SED-Politbüromitglied am 20. September 1961 noch einmal die Weisung, dass „gegen Verräter und Grenzverletzer (...) die Schusswaffe anzuwenden“ sei.[¶] Im ersten diesbezüglichen Befehl des Verteidigungsministers vom Oktober 1961, der sich in den Folgejahren nur leicht verändert in den Dienstvorschriften wiederfand, hieß es, dass die Schusswaffe anzuwenden sei „zur Festnahme von Personen, die sich den Anordnungen der Grenzposten nicht fügen, indem sie auf Anruf ‚Halt – stehenbleiben – Grenzposten!‘ oder nach Abgabe eines Warnschusses nicht stehenbleiben, sondern offensichtlich versuchen, die Staatsgrenze der DDR zu verletzen und keine andere Möglichkeit zur Festnahme besteht“.[¶] Die Schießausbildung, befahl der Verteidigungsminister 1962, sei so zu organisieren, „dass die Ausbildung jedes Grenzsoldaten zu einem ausgezeichneten Schützen gewährleistet und dieser in der Lage ist, jedes unbewegliche und sich bewegende Ziel mit dem ersten Schuss (Feuerstoß) bei Tag und Nacht zu vernichten“.[¶] In späteren Vorschriften wurde der Schusswaffeneinsatz durch den Hinweis ergänzt, dass „der Gebrauch der Schusswaffe (...) die äußerste Maßnahme der Gewaltanwendung gegenüber Personen (ist). Er ist nur dann zulässig, wenn alle anderen Maßnahmen erfolglos bleiben oder dann, wenn es auf Grund der Lage nicht möglich ist, andere Maßnahmen zu treffen.“[¶]

„Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten“: Mit diesem mündlichen Befehl wurden die Grenzsoldaten bis in die

[¶] Protokoll Nr. 45/61 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 22. 8. 1961, in: Bundesarchiv (BA), DY 30/J IV 2/2/787, S. 1 ff.

[¶] Protokoll über die Lagebesprechung des zentralen Stabes [der SED] am 20. 9. 1961, in: BA, VA-01/39573, Bl. 97.

[¶] Befehl Nr. 76/61 des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR vom 6. 10. 1961.

[¶] Vgl. Befehl Nr. 101/62 des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR vom 23. 11. 1962.

[¶] DV-30/10 des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR vom 1. 5. 1964.

1980er Jahre täglich in den Todesstreifen geschickt. Überall an der Grenze, so Honecker 1974 – inzwischen SED-Generalsekretär und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR –, müsse „ein einwandfreies Schussfeld gewährleistet werden“; nach wie vor „muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen“. An diesen Bestimmungen, fügte er noch hinzu, werde sich „weder heute noch in Zukunft etwas ändern“.[¶] Tatsächlich verschaffte die Volkskammer der Praxis der Todesschüsse mit dem „Gesetz über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (Grenzgesetz)“ vom 25. März 1982 eine gesetzliche Fassade.[¶] Es sollte, so formulierte es das Landgericht Berlin, „der Eindruck einer allen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden Legitimation geschaffen werden, ohne dass dadurch irgendeine Änderung der bisherigen Praxis herbeigeführt werden sollte“.[¶]

[¶] Protokoll der 45. Sitzung des NVR der DDR am 3. 5. 1974, in: BA, DVW 1/39503, Bl. 34.

[¶] Die Anwendung von Schusswaffen war in §27 des Grenzgesetzes geregelt. Er lautete: „(1) Die Anwendung der Schusswaffe ist die äußerste Maßnahme der Gewaltanwendung gegenüber Personen. Die Schusswaffe darf nur in solchen Fällen angewendet werden, wenn die körperliche Einwirkung ohne oder mit Hilfsmitteln erfolglos blieb oder offensichtlich keinen Erfolg verspricht. (...) (2) Die Anwendung der Schusswaffe ist gerechtfertigt, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt. Sie ist auch gerechtfertigt zur Ergreifung von Personen, die eines Verbrechens dringend verdächtig sind. (3) Die Anwendung der Schusswaffe ist grundsätzlich durch Zuruf oder Abgabe eines Warnschusses anzukündigen, sofern nicht eine unmittelbar bevorstehende Gefahr nur durch die gezielte Anwendung der Schusswaffe verhindert oder beseitigt werden kann. (4) Die Schusswaffe ist nicht anzuwenden, wenn a) das Leben oder die Gesundheit Unbeteiligter gefährdet werden können, b) die Personen dem äußeren Eindruck nach im Kindesalter sind oder c) das Hoheitsgebiet eines benachbarten Staates beschossen würde. Gegen Jugendliche und weibliche Personen sind nach Möglichkeit Schusswaffen nicht anzuwenden. (5) Bei der Anwendung der Schusswaffe ist das Leben von Personen nach Möglichkeit zu schonen. Verletzten ist unter Beachtung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen Erste Hilfe zu erweisen.“ Gesetzblatt der DDR, 1982 I, S. 197–202.

[¶] Urteil des Landgerichts Berlin in der Strafsache gegen Heinz Keßler u. a., 2 Js 26/90 Ks (10/92), vom 16. 9. 1993, S. 109f.

„Bearbeitung von Leichenvorgängen“

In vielen Fällen wurden an der Mauer Menschen erschossen, die ihren Fluchtversuch erkennbar aufgegeben hatten und verzweifelt einen Weg zurück aus dem Grenzgebiet suchten. Und nicht wenige wurden getötet, die gar nicht fliehen wollten. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem die politische und militärische Führung der DDR ihre Befehle und Vorschriften bzw. später das Grenzgesetz so ernst genommen hätte, dass Ermittlungen gegen Todesschützen eingeleitet worden wären, um die Rechtmäßigkeit des Schusswaffeneinsatzes zu prüfen. Im Gegenteil: Die Grenzsoldaten wurden für Tötungen in aller Regel ausgezeichnet und belohnt: mit der „Medaille für vorbildlichen Grenzdienst“, mit Geld- und Sachgeschenken und mit Beförderungen.

Anstelle der Todesschützen gerieten die Getöteten und ihre Angehörigen ins Visier und die Fänge der DDR-Untersuchungsorgane. Denn so sehr die SED-Führung das Töten billigend in Kauf nahm, war ihr doch stets auch bewusst, dass Gewalttaten an der Grenze im Westen polizeilich registriert und von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wurden und dass die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter alle bekannt werdenden Fälle in strafrechtlicher Hinsicht untersuchte und dokumentierte. Schüsse an der Mauer erhöhten zudem den Misskredit des SED-Regimes in beiden Teilen Deutschlands und waren der internationalen Reputation der DDR und ihrer sowjetischen Vormacht abträglich. Oberstes Ziel war es deshalb, Todesfälle an der Grenze wann immer möglich zu verheimlichen und zu verschleiern. Politische Schadensvermeidung war gemeint, wenn es im Zusammenhang mit der Tötung des Flüchtlings Michael Bittner an der Mauer im November 1986 in einem Bericht des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) heißt: „Die politische Sensibilität der Staatsgrenze zu Berlin (West) machte die Verschleierung des Vorkommnisses notwendig. Es musste verhindert werden, dass Gerüchte über das Vorkommnis in Umlauf geraten bzw. dass Informationen dazu nach Westberlin oder [in die] BRD abfließen.“¹¹

¹¹ Abschlußbericht des MfS/KD Pankow zur OPK „Morgentau“, 25.7.1988, in: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Ast. Berlin, AOPK Nr. 5895/88, Bl. 118.

Um eine weitgehende Geheimhaltung bei Schüssen und erst recht von Erschießungen zu gewährleisten, war die „Bearbeitung von Leichenvorgängen, soweit es sich um Vorkommnisse an der Staatsgrenze zu Westberlin handelt“,¹² dem MfS übertragen und dort durch „Ordnungen“, „Weisungen“ und „Festlegungen“ geregelt. Die Grenztruppen überführten verletzte oder getötete Flüchtlinge aus dem Todesstreifen nicht ins nächstgelegene Hospital, sondern hatten sie in festgelegte Krankenhäuser einzuliefern – bevorzugt in das VP-Krankenhaus in Berlin-Mitte und in das Armeelazarett Drewitz bei Potsdam, oder eben zur Obduktion in das Gerichtsmedizinische Institut der Humboldt-Universität (Charité) oder das Zentrale Armeelazarett Bad Saarow. Um bei der Grenzbevölkerung kein Aufsehen zu erregen, wurde schon zu Beginn der 1960er Jahre darauf verzichtet, verletzte Flüchtlinge mit Krankenwagen, Blaulicht und Martinshorn aus dem Grenzgebiet abzuholen. Der Transport erfolgte stattdessen in der Regel auch bei Schwerverletzten auf der Ladefläche von Armeelastwagen oder „Kübel-Trabis“ – ohne jede ärztliche Versorgung.

Nach der Ankunft im Krankenhaus oder bei der Gerichtsmedizin übernahm die Staatssicherheit die Regie – zuständig waren die Untersuchungsabteilungen („Linie IX“) der beiden Bezirksverwaltungen in Berlin und Potsdam und in besonders wichtigen Fällen die Hauptabteilung (HA) IX der MfS-Zentrale. Verletzte Flüchtlinge wurden im VP-Krankenhaus in Isolierzimmern abgeschirmt, bewacht und sobald als möglich ins MfS-Haftkrankenhaus oder in die Stasi-Untersuchungsgefängnisse in Berlin oder Potsdam überführt. Über die Toten hatte das MfS die alleinige Verfügungsgewalt: Sie übernahm deren Hab und Gut, Effekten und Asservate; im Fall von Christian Buttkus nahm sie selbst die bei der Obduktion entfernte tödliche Kugel an sich und archivierte sie. Die Stasi allein bestimmte den Umgang mit der Leiche: angefangen von der Obduktion über die Ausstellung des Totenscheins, die Beantragung der Anlegung eines „Leichenvorganges“ bei der Abteilung I A (politische Straftaten) des Generalstaatsanwaltes,

¹² Vgl. Ordnung [des MfS] für die Bearbeitung von Leichenvorgängen, o. O., o. J., in: BStU, MfS, HA IX Nr. 5134, Bl. 10–16. Vergleichbare Anweisungen gab es auch für die innerdeutsche Grenze.

die Führung der Staatsanwaltschaftsakte, die Entgegennahme des Obduktionsergebnisses, die Ausstellung der Sterbeurkunde im Standesamt Berlin-Mitte, die Entgegennahme des Bestattungsscheines, bis hin zur Überführung und Verbrennung der Leiche, die in der Regel im Krematorium Baumschulenweg stattfand. Gegenüber all diesen Einrichtungen – und auch gegenüber den Angehörigen – hatte sich der verantwortliche MfS-Mitarbeiter mit falscher Identität „als im Auftrage der Generalstaatsanwaltschaft von Groß-Berlin handelnder VP-Angehöriger“ auszugeben.¹³

Die Grenztruppen schrieben über jeden Fluchtvorgang Meldungen und Berichte. Bei Todesfällen landeten diese gewöhnlich auch auf dem Schreibtisch von Honecker. Ihre weiteren Untersuchungen konzentrierten sich auf die Beseitigung von Schwachstellen im Grenzsicherungssystem, die den Fluchtversuch begünstigt haben konnten. Die eigentliche Tatortuntersuchung, die Sicherung von Spuren und Beweismitteln sowie die Befragung und Vernehmung von Zeugen einschließlich der beteiligten Grenzsoldaten, oblag federführend den MfS-Abteilungen IX in Berlin und Potsdam, insbesondere deren „Spezialkommissionen“, die dabei eng mit einer weiteren Stasi-Linie, der HA I, kooperierten.¹⁴ Die Abdeckung der Tat und des Tatorortes hatte für diese „Untersuchungsorgane“ jedoch immer dann Vorrang vor der Spurensicherung, wenn dadurch Beobachtungen und Feststellungen auf West-Berliner Seite verhindert werden konnten. Die Mitarbeiter der Abteilungen IX ermittelten regelmäßig konspirativ über die Getöteten und ihre Familien sowie über Motive und Mitwisser. Zugleich hatten sie die Aufgabe, die nächsten Angehörigen der Verstorbenen zu informieren und gegebenenfalls Familie, Verwandte, Freunde, Arbeitskollegen und Nachbarn unter Beobachtung und Kontrolle zu nehmen.

¹³ Ebd.

¹⁴ Die MfS-Hauptabteilung I war in der NVA und in den Grenztruppen unter der Bezeichnung „Verwaltung 2000“ oder auch „Bereich 2000“ tätig und für „Militärabwehr“ zuständig. Dazu gehörte vor allem die Verhinderung von Fahnenfluchten durch die Gewinnung von inoffiziellen Mitarbeitern und eine umfassende Bespitzelung der Armeeinghörigen sowie die Aufdeckung und Untersuchung von Fluchtversuchen. Vgl. Stephan Wolf, Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, MfS-Handbuch, Teil III/13, hrsg. von der BStU, Berlin 2005².

Es sei „nicht ratsam, sofort mit der Tür ins Haus zu fallen“, heißt es in der „Ordnung für die Bearbeitung von Leichenvorgängen“ des MfS. Bei der noch unwissenden Witwe, dem Vater oder der Mutter zunächst mit einem allgemeinen Gespräch zu beginnen, „könne noch manchen wertvollen Hinweis zum Grenzverletzer ergeben“.¹⁵ Der Umfang der dann folgenden Information über den Todesfall erfordere „ebenfalls großes Fingerspitzengefühl“. Bewährt hätten sich folgende Mitteilungen: „a) ... ist durch eine selbstverschuldete Grenzprovokation ums Leben gekommen, b) ... ist durch Selbstverschulden tödlich verunglückt, c) ... ist im Grenzgewässer ertrunken.“ Da bei der Variante b) mit vielen Zusatzfragen über den Ort des Geschehens gerechnet werden müsse, solle von der Variante a) Gebrauch gemacht werden, „da so leichter zu begründen ist, warum über den genauen Ereignisort keine Auskunft gegeben werden kann“. Das „Zeigen der Leiche“ sei den Angehörigen zu verweigern und ihr Einverständnis zu einer Urnenbeisetzung zu erreichen. Die Stasi übernahm die Bestattungskosten, beglich sie jedoch nicht selten mit dem Geld, das sie den Getöteten aus der Tasche gestohlen hatte. Einigen Hinterbliebenen, so der Familie von Karl-Heinz Kube, wurde die Urne gar per Post zugestellt. Einer „Festlegung“ der Potsdamer Bezirksverwaltung des MfS zufolge war den Angehörigen mitzuteilen, dass „eine Trauerfeier grundsätzlich nicht stattfindet“.¹⁶ Erst bei der Urnenbeisetzung dürfe gestattet werden, dass „eine Trauerfeier im engsten Rahmen durchgeführt wird, zu der auch ein Prediger ausgesucht werden kann“.

Durch ihre Teilnahme an fast allen Beisetzungen nahmen MfS-Mitarbeiter selbst dem Abschied von den Toten noch die Privatheit; sie überwachten die Predigten und beschatteten die Trauernden. Im Gespräch mit den Angehörigen sei zu erreichen, „dass über das Vorkommnis nichts an die Öffentlichkeit dringt, wobei geeignete Momente aus den Ermittlungsergebnissen zur Erreichung dieses Zieltes geschickt ausgenutzt werden (moralisch verkommene Personen, kriminell Angefallene u. ä.)“.¹⁶ Was genau den Angehörigen über die

¹⁵ Ordnung (Anm. 12), Bl. 13f.; dort auch die folgenden Zitate.

¹⁶ Weisung des Leiters der BVfS Potsdam, 20. 5. 1970, in: BStU, Ast. Potsdam, BdL Dok. Nr. 400576, Bl. 3–11, Zitat Bl. 10; dort auch die folgenden Zitate.

Ursachen des Todes mitgeteilt werde, sei vom Ergebnis der Ermittlungen abhängig – vor allem davon, was bereits über „westliche Organe und Propaganda, Verletzte und Festgenommene, andere DDR-Bürger“ über das „Vorkommnis“ an die Öffentlichkeit gedrungen sei.

Viele Todesfälle wurden der Öffentlichkeit und den Angehörigen aus den verschiedensten Gründen bekannt. In mehr als 30 Fällen wurden Familienangehörige jedoch – zumeist ohne Angabe der genauen Umstände – zwar über den Tod informiert, aber zum Schweigen oder zum Lügen gegenüber Dritten verpflichtet oder aber schlicht über die Todesursachen belogen:

- Die Mütter von Hans Räwel und Walter Hayn wurden informiert, ihre Söhne seien ertrunken. In Wirklichkeit waren beide bei Fluchtversuchen erschossen worden: Räwel am 1. Januar 1963, Hayn am 27. Februar 1964. Weil dessen Angehörige der ihnen mitgeteilten Version keinen Glauben schenken wollten, wurde ihnen angedroht, „dass sie sich strafbar machten, wenn sie über diese Angelegenheit Gerüchte in Umlauf“ setzten.
- Die Eltern von Joachim Mehr, der bei einem Fluchtversuch am 3. Dezember 1964 erschossen wurde, wurden darauf verpflichtet, den Tod ihres Sohnes nach außen als „Verkehrsunfall“ auszugeben – ebenso die Witwe von Klaus Garten, die Angehörigen des Ehepaares Weckeiser, von Klaus-Jürgen Kluge, von Christian Peter Friese und vielen anderen bis hin zur Ehefrau und den Eltern von Lutz Schmidt.

In einigen Fällen wurden falsche Todesumstände konstruiert und Beweismittel wie Leichenfundberichte, Totenscheine und Sterbeurkunden gefälscht:

- Der 10-jährige Jörg Hartmann und der 13-jährige Lothar Schleusener wurden bei einem gemeinsamen Fluchtversuch am 14. März 1966 in Treptow erschossen. Der Großmutter von Jörg wurde erzählt, ihr Enkel sei ertrunken und mit Schiffsschraubenverletzungen in Köpenick geborgen worden. Der Mutter von Lothar wurde weisgemacht, ihr Sohn sei in Espenhain bei Leipzig durch einen Stromschlag verunglückt. Eine gefälschte Sterbeurkunde des Standesamtes Leipzig sollte dies beglaubigen.

- Getarnt als Kriminalpolizisten unterrichteten MfS-Mitarbeiter die Familienangehörigen darüber, dass Johannes Sprenger am 20. Mai 1974 stranguliert in einem Waldstück nahe des Klinikums Buch aufgefunden worden sei: ein „einwandfreier Selbstmord“, wie sie sagten. Tatsächlich war Sprenger zehn Tage zuvor an der Sektorengrenze zwischen Treptow und Neukölln erschossen worden.
- Herbert Halli, so wurde dessen Angehörigen mitgeteilt, sei stark alkoholisiert in eine Baugrube nahe der tschechoslowakischen Botschaft gestürzt und dort am 4. April 1975 ohne Ausweis tot aufgefunden worden. Die durchgeführten Untersuchungen hätten ergeben, dass er ohne Fremdeinwirkung ums Leben gekommen sei. Tatsächlich war er am Tag zuvor bei einem Fluchtversuch in der Nähe der Wilhelmstraße in Berlin-Mitte erschossen worden.

In mindestens elf Fällen wurde der Tod selbst auf Nachfrage nicht bestätigt und die Namen von Todesopfern – obwohl der Stasi bekannt – geheim gehalten.¹⁷ Mitarbeiter der gerichtsmedizinischen Institute, der Krankenhäuser, der Staatsanwaltschaft, der Volkspolizei, der Standesämter, der Bestattungsinstitute, des Krematoriums Baumschulenweg und der Friedhofsverwaltungen kooperierten mit der Staatssicherheit oder dienten ihr als Instrumente und beteiligten sich auf deren Wunsch oder Anweisung an der Manipulation von Beweismitteln und an der Fälschung amtlicher Dokumente wie Totenscheine und Sterbeurkunden. Nach 1990 bildeten beteiligte Ärzte, Staatsanwälte, Volkspolizisten, Mitarbeiter des Standesamtes, des Krematoriums und der Friedhofsverwaltungen darüber gemeinsam mit den Stasi-Verantwortlichen eine Art Schweigekartell. Das spurlose Verschwinden der Leichname von Dr. Johannes Muschol, Roland Hoff, Siegfried Noffke, Dieter Beilig, Silvio Proksch und Michael Bittner ließ sich bis heute nicht aufklären.¹⁸

¹⁷ Siehe die Darstellungen zu Roland Hoff, Erich Kühn, Paul Stretz, Siegfried Krug, Heinz Müller, Gerald Thiem, Dieter Beilig, Manfred Gertzki, Dr. Johannes Muschol, Silvio Proksch und Michael Bittner, in: H.-H. Hertle/M. Nooke (Anm. 1).

¹⁸ Siehe die Texte über Dr. Johannes Muschol, Roland Hoff, Siegfried Noffke, Dieter Beilig, Silvio Proksch und Michael Bittner in: ebd.

Aufhebung des Schießbefehls, der nie existierte

Die Wahrheit über die Todesumstände ihrer Angehörigen erfuhren viele Familien oft erst in den 1990er Jahren nach der Öffnung der DDR-Archive und im Zuge der strafrechtlichen Aufarbeitung der Gewalttaten an der Grenze. In den Strafverfahren wegen der Todesschüsse gegen Flüchtlinge bestritten die Mitglieder der ehemaligen politischen und militärischen Führung der DDR vehement, dass es jemals einen Schießbefehl gegeben habe. Formaljuristisch betrachtet musste ihnen Recht gegeben werden, denn die Gesetze, Dienstvorschriften und Befehle zum Schusswaffengebrauch begründeten lediglich, so auch die Strafgerichte, einen „Erlaubnistatbestand“, nicht jedoch die Verpflichtung zum Todesschuss.

Doch politische Strafgesetze, die Fluchtversuche unter bestimmten Bedingungen als Verbrechen definierten, eine Ideologie, welche die jungen Soldaten zum bedingungslosen Hass auf den Feind erzog, sowie Belobigungen und Prämien für Todesschützen rückten die „Erlaubnis“ nahe an die Pflicht. Passte es dagegen der SED-Führung politisch nicht ins Konzept, dass an der Grenze geschossen wurde – etwa im Umfeld von Staatsbesuchen –, wurde der Schießbefehl für eine kurze Periode außer Kraft gesetzt, so beim Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der DDR im Dezember 1981.

Vor 1990 schreckten Mitglieder der SED-Führung, waren sie ganz unter sich, nicht davor zurück, den Schießbefehl beim Namen zu nennen. „Der Schießbefehl wird natürlich nicht aufgehoben“, tönte etwa Stasi-Minister Erich Mielke im engsten Kreis bei der Vorbereitung von Sicherheitsmaßnahmen für die Weltjugendfestspiele 1973 in Ost-Berlin. Und Honecker gab dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Hans Otto Bräutigam, am 19. Dezember 1988 bei dessen Verabschiedung mit auf den Weg, Verteidigungsminister Heinz Keßler habe kürzlich erklärt, „dass es keinen Schießbefehl (mehr) gebe. (...) Wenn jetzt noch Schüsse fallen, dann seien es Warnschüsse.“¹⁹

¹⁹ Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Hans Otto Bräutigam am 19. 12. 1988, in: BA, DY 3023/1360 (Büro Günter Mittag).

Es waren jedoch keine Warn-, sondern Todesschüsse, die Chris Gueffroy sieben Wochen später, am 5. Februar 1989, ins Herz trafen. Dem Proteststurm, der danach losbrach, war die SED-Führung politisch nicht mehr gewachsen. Unter massivem Druck der Sowjetunion hatte die DDR Mitte Januar 1989 das Wiener KSZE-Abkommen unterzeichnet. Darin ging sie die Verpflichtung ein, das Recht eines jeden auf Ausreise aus jedem Land, darunter seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt zu achten. Die Sowjetunion ging auf Distanz zum Schießbefehl ihres Verbündeten; die westlichen Staaten hatten ein Instrument, um die DDR auf die Anklagebank zu setzen, und die DDR-Führung fürchtete, ihre Kreditwürdigkeit gegenüber dem Westen zu verlieren.

In dieser Situation hob Honecker klammheimlich den Schießbefehl, der angeblich nie existiert hatte, auf. „Lieber einen Menschen abhauen lassen, als in der jetzigen politischen Situation die Schusswaffe anzuwenden“, ließ der Generalsekretär seinen verblüfften Militärs verbindlich ausrichten.²⁰ Am 3. April 1989 wurden die Grenztruppen angewiesen, „die Schusswaffe (...) zur Verhinderung von Grenzdurchbrüchen“ nicht länger anzuwenden.²¹ Die Aufhebung des Schießbefehls war indes gerade fünf Tage alt, als erneut in Berlin geschossen wurde. Mit einem Warnschuss stoppte ein Passkontrolleur am 8. April 1989 zwei Flüchtlinge, die den Grenzübergang Chausseestraße zu überrennen versuchten. Die Szene wurde von West-Berlin aus fotografiert, die Bilder veröffentlicht und der Vorfall international angeprangert. Hintergrund dieses Zwischenfalls war, dass die Passkontrolleure lediglich als Verkleidung die Uniformen der Grenztruppen trugen, tatsächlich aber Angehörige des MfS waren. Das MfS aber war über die Aufhebung des Schießbefehls nicht informiert worden – was nun schleunigst nachgeholt wurde.²²

²⁰ DDR-Grenztruppen/Chef des Stabes, Niederschrift über die Rücksprache beim Minister für Nationale Verteidigung, i. V. Generaloberst Streletz, am 3. 4. 1989, O. U., den 4. 4. 1989, in: BStU, MfS, HA I Nr. 5753, Bl. 4.

²¹ [MfS-]HA I beim Kommando der Grenztruppen, Niederschrift, Pätz, 12. 4. 1989, in: BStU, MfS, HA VI Nr. 1308, Bl. 27.

²² Vgl. [MfS-]HA VI, Vermerk über eine Beratung mit den Stellvertretern Passkontrolle der Abteilungen VI der BV mit Staatsgrenze zur BRD und Westberlin, Berlin, 13. 4. 1989, in: BStU, MfS, HA VI Nr. 137.

Mielke machte aus seiner menschenverachtenden Haltung auch Wochen später auf einer Dienstkonferenz keinen Hehl: „Ich will euch überhaupt mal etwas sagen, Genossen“, vertraute er seinen leitenden Mitarbeitern Ende April 1989 an, „wenn man schon schießt, dann muss man das so machen, dass nicht der Betreffende noch wegkommt, sondern dann muss er eben dableiben bei uns. (...) Was ist denn das: Siebzig Schuss loszuballern und der rennt nach drüben und die machen eine Riesenkampagne?“ Nur widerwillig beugte sich der Stasi-Chef der neuen, für ihn schlimmen Zeit: „Wo noch etwas mehr revolutionäre Zeiten waren, da war es nicht so schlimm. Aber jetzt, nachdem alles so neue Zeiten sind, muss man den neuen Zeiten Rechnung tragen.“²³ Das Politbüro, so mochte Mielke schon ahnen, war den neuen Zeiten nicht gewachsen.

An die Gestaltung eines politischen Systems, das die Mauer überflüssig gemacht hätte, war kein Gedanke verschwendet worden. Pläne der Grenztruppen von 1988/1989 für den „weiteren pionier- und signaltechnischen Ausbau der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Berlin (West) in den Jahren 1991 bis 1995/2000“ stellten dementsprechend nicht darauf ab, die Grenzsicherung zu lockern, sondern lediglich „die Ansatzpunkte zur Hetze gegen die DDR für den Gegner“ durch den Einsatz moderner elektronischer Technik zu verringern.²⁴ Die Installierung von Infrarotschranken, elektronisch gesteuerten Erschütterungsmeldern und Übersteigerungen sollte die Arrestierung der Bevölkerung auch über das Jahr 2000 hinweg garantieren. Die SED hatte sich an den Besitz der „Staatsinsassen“ (Joachim Gauck) durch die Mauer gewöhnt, nicht aber die Bevölkerung an deren Existenz. Sieben Monate nach der Aufhebung des Schießbefehls fiel in Berlin die Mauer – und kein Schuss störte das Freudenfest.

²³ Referat des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, auf der zentralen Dienstbesprechung des MfS in Berlin am 28.4.1989, in: BStU, MfS, ZAIG/Tb/3/K 1-1 (Tonbandmitschnitt).

²⁴ Zit. nach Wolfgang Rathje, Der Ausbau der Berliner Mauer 1975–1989 und die Perspektivplanung bis zum Jahr 2000 im Spiegel der Grenztruppen-Akten, Magisterarbeit, Kiel 1996, S. 143; siehe dazu auch: ders., „Mauer-Marketing“ unter Erich Honecker, Kiel 2001, S. 769ff.

Andreas Kötzing

Ein Hauch von Frühling

Eine der beliebtesten Metaphern zur Kultur des „Kalten Krieges“ ist das Wetter. So werden die Jahre nach Stalins Tod beispielsweise gerne als Periode des „Tauwetters“ bezeichnet, da den Kunstschaffenden in der Sowjetunion und in anderen Staaten des Ostblocks vergleichsweise große Freiräume eingeräumt wurden. Andere Jahre, die von stärkeren Restriktionen geprägt waren, gelten hingegen als kulturpolitische „Eiszeiten“.

Andreas Kötzing

M.A., geb. 1978; Doktorand am Historischen Seminar der Universität Leipzig, Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig. andreaskoetzing@gmx.de

Überträgt man die Metapher auf die DDR, dann war die Kulturpolitik der SED in etwa so beständig wie das englische Wetter. Gelegentlich schien für die Künstler in der DDR zwar die Sonne, doch zumeist zogen schnell wieder dunkle Wolken auf. Stürmische Winde wechselten die Richtung, regelmäßig gab es krachende Gewitter, welche die aufgeladene Spannung entluden und einen tristen Nieselregen nach sich zogen. Dieser Wechsel von kurzzeitigen „Hochs“ und langanhaltenden „Tiefs“ hat sich als tragfähiges Paradigma für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der SED-Kulturpolitik etabliert.¹ Freizügigere Phasen, in denen die Staatsmacht den Künstlern punktuelle Freiräume gewährte, wechselten sich mit Zeitabschnitten ab, in denen die Kunst stärker ideologisch vereinnahmt wurde. Die ersten Jahre nach dem Mauerbau, um die es im Folgenden gehen soll, gelten dabei gemeinhin als eine Phase größerer Freizügigkeit. Und in der Tat gab es ab 1962 in der DDR Anzeichen für eine – zumindest partielle – Offenheit innerhalb der Kulturpolitik.

Künstlerische Aufbruchstimmung

So entstanden bei der DEFA vermehrt Spielfilme, die sich mit dem individuellen Leben der Menschen in der DDR beschäftigten, da-

runter „Beschreibung eines Sommers“ von Ralf Kirsten.¹² Mit „Ole Bienkopp“ von Erwin Strittmatter und „Der geteilte Himmel“ von Christa Wolf konnten 1963 zwei gesellschaftskritische Romane erscheinen, die in der Öffentlichkeit zum Teil kontrovers diskutiert wurden und große Resonanz fanden. Zu einem kulturellen Großereignis geriet im Mai 1964 das Deutschlandtreffen der Freien Deutschen Jugend (FDJ), an dem über 500 000 Jugendliche teilnahmen, darunter auch mehrere Tausend aus der Bundesrepublik und West-Berlin. Im Dezember desselben Jahres fand in Ost-Berlin ein internationales Schriftstellerkolloquium statt, auf dem Stefan Heym die in der DDR praktizierte Zensur kritisierte. Derartige „Freiheiten“ waren allerdings weniger das Ergebnis einer tatsächlichen Liberalisierung innerhalb der DDR. Sie waren vielmehr taktisch motiviert, hoffte die SED doch, durch die Lockerung ihrer kulturpolitischen Vorgaben die grundsätzliche Akzeptanz ihrer Herrschaft in der Bevölkerung steigern zu können.¹³

Doch unabhängig vom machtpolitischen Kalkül der SED entwickelte sich in der ersten Hälfte der 1960er Jahre bei vielen Intellektuellen und Künstlern in der DDR eine Aufbruchstimmung: Getragen von der Aussicht, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken zu können, thematisierten sie in Büchern, Filmen und anderen Kunstwerken auch die unübersehbaren Probleme innerhalb der DDR.¹⁴ Dahinter verbarg sich – ähnlich wie bei vielen anderen Künstlern in den Staaten des Ostblocks – die Hoffnung, das sozialistische Gesellschaftsmodell reformieren zu können. Allerdings waren die Spielräume begrenzt. Nach wie vor gab es rigide Eingriffe in die Arbeit der Künstler: Grundsätzlich duldete die SED keine

¹² Vgl. Manfred Jäger, *Kultur und Politik in der DDR. 1945–1990*, Köln 1994.

¹³ Vgl. Erika Richter, *Zwischen Mauerbau und Kahlschlag*, in: Ralf Schenk (Red.), *Das zweite Leben der Filmstadt Babelsberg. DEFA-Spielfilme 1946–1992*, Berlin 1994, S. 171 ff.

¹⁴ Ähnlich war die Situation auch in anderen Bereichen, u. a. in der Jugendpolitik. Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962–1972*, Berlin 1997, S. 133–231.

¹⁵ Vgl. hierzu die umfassende Studie von Henning Wrage, *Die Zeit der Kunst. Literatur, Film und Fernsehen in der DDR der 1960er Jahre. Eine Kulturgeschichte in Beispielen*, Heidelberg 2008.

Kritik, die die bestehenden Machtverhältnisse in Frage stellte.

Die Grenzen, innerhalb derer sich die Künstler bewegen konnten, blieben auch nach dem Mauerbau vergleichsweise eng. Stefan Heym konnte seine kritische Kolloquiums-Rede beispielsweise nicht in der DDR veröffentlichen – er publizierte sie stattdessen in der Bundesrepublik. Charakteristisch für die kulturpolitische Phase nach dem Mauerbau ist nicht zuletzt, dass gesellschaftskritischere Kunstwerke zwar entstehen konnten, ihre Veröffentlichung jedoch erheblich eingeschränkt oder gar verhindert wurde. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist der außergewöhnliche Dokumentarfilm „Deutschland – Endstation Ost“, den der Belgier Frans Buyens für die DEFA drehte.

„Deutschland: Endstation Ost“

Frans Buyens wurde im Herbst 1963 das Projekt angetragen, einen Dokumentarfilm über das Leben der Menschen in der DDR zu drehen.¹⁵ Er war zwei Jahre zuvor in die DDR gekommen und hatte in Ost-Berlin den Bau der Mauer miterlebt. Die Initiative zum Film ging vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten aus. Neben der Verbreitung in der DDR sollte der fertige Film auch für Imagekampagnen im Ausland eingesetzt werden. Insgesamt wurde das Projekt von politischer Seite nachdrücklich gefördert: Zu den Unterstützern zählten Werner Lamberz, langjähriger FDJ-Funktionär und innerhalb des ZK der SED verantwortlich für den Bereich „Auslandsinformation“, und Günter Witt, Leiter der Hauptverwaltung Film im Ministerium für Kultur. Buyens willigte ein, allerdings unter der Voraussetzung, den Film ohne politische Einflussnahme realisieren zu können. Die Dreharbeiten begannen im Frühjahr 1964. Buyens reiste mehrfach durch die DDR, interviewte mit seinem Team Passanten in Ost-Berlin, sprach mit Grenzsoldaten an der Mauer, mit LPG-Bauern, mit Arbeitern, mit halbstaatlichen Unternehmern und mit Studenten. Dabei entstanden Interviews mit einer Gesamtlänge von etwa 25 Stunden, wobei einige

¹⁵ Vgl. hierzu und im Folgenden Thomas Heimann, *Wie ein Ausländer die DDR mit eigenen Augen sehen wollte. Frans Buyens bei der DEFA*, in: *apropos: Film 2001. Jahrbuch der DEFA-Stiftung*, Berlin 2001, S. 105–132.

Gespräche nur auf Ton und nicht im Bild festgehalten wurden. Der fertige Film mit dem Titel „Deutschland – Endstation Ost“ hatte am Ende eine Länge von 82 Minuten – das restliche Filmmaterial gilt heute als verschollen.¹⁶

Buyens' Film ist aus heutiger Perspektive bemerkenswert, weil er sich deutlich von anderen zur gleichen Zeit in der DDR entstandenen Dokumentarfilmen unterscheidet. Die wenigen Dokumentationen und Wochenschauen der DEFA, die sich mit dem Mauerbau und seinen Auswirkungen beschäftigen, sind zumeist von ihrer ideologischen Propagandafunktion geprägt. Filme wie „Das Ganze halt!“ von Dieter Mendelsohn (1961), „Schaut auf diese Stadt“ von Karl Gass (1962) oder „Brüder und Schwestern“ von Walter Heynowski (1963) erklären die Mauer zum „antifaschistischen Schutzwall“ und machen allein die „revanchistischen Militaristen aus Bonn“ für die Spaltung Deutschlands verantwortlich.¹⁷ Buyens zeichnet in seinem Film hingegen ein widersprüchlicheres Bild.

Grundsätzlich ist „Deutschland – Endstation Ost“ ein wohlwollendes Plädoyer für die DDR: Die Politik der SED wird nicht in Frage gestellt; positive und negative Meinungsäußerungen sind stets so gewichtet, dass die Zustimmung überwiegt. Bisweilen äußern sich Buyens' Gesprächspartner sogar derart konformistisch und ideologisch korrekt, dass ihre Antworten wie aufgesetzt und auswendig gelernt wirken. Buyens war ein überzeugter flämischer Sozialist und solidarisierte sich mit der politischen Entwicklung der DDR.¹⁸ Deutlich wurde dies nicht zuletzt im Off-Kommentar des Films, den Buyens geschrieben und selbst gesprochen hat. In seinem Schlusswort

heißt es: „Welcher Mensch könnte unberührt bleiben bei der Feststellung, dass sich hier in diesem Land ein Wunder der modernen Zeit vollzieht, das wichtigste vielleicht für die Zukunft Europas: Die Veränderung der deutschen Denkart, die Verwandlung des Ungeistes in Geist.“¹⁹ Neben solchen Äußerungen, die keinen ernsthaften Zweifel am erfolgreichen „Aufbau des Sozialismus“ aufkommen ließen, finden sich in „Deutschland – Endstation Ost“ jedoch bemerkenswert viele kritische Äußerungen von DDR-Bürgern, die von Skepsis, Unzufriedenheit und Ablehnung geprägt sind.

Charakteristisch für den Grundtenor des Films sind beispielsweise die Gespräche mit Ost-Berliner Passanten, die Buyens nach ihrer Meinung zum Bau der Mauer befragte. Insgesamt kommen in dieser Sequenz 13 Menschen zu Wort: Neun befürworten die Schließung der Grenze oder äußern sich zumindest eher wohlwollend über die Mauer, die letztlich doch der Sicherung des Friedens diene. Mehrfach nennen die Befragten die Abwerbung von Arbeitskräften durch die Bundesrepublik als Argument für die Schließung der Grenze. Aber auch die Gefahr, die DDR könne von westlichen Agenten unterwandert werden, kommt zur Sprache. Diese Argumentation entsprach weitestgehend der SED-Propaganda und der öffentlichen Berichterstattung über die Mauer in der DDR. Vier Passanten drücken hingegen ihre eindeutig ablehnende Haltung aus. Ein junger Mann antwortet auf die Frage, was er über die Mauer denkt: „Nüscht Jutes!“ Nach kurzem Zögern fügt er hinzu: „Die Mauer, die hätte hier gar nicht hinkommen sollen.“ Als Buyens ihn nach den Gründen fragt, zögert der Mann, schüttelt mehrfach den Kopf und schweigt mehrere Sekunden. Schließlich ergänzt er etwas resignierend: „Ach, wissen Sie, das ist so eine Sache mit der Mauer. Die hätte von vornherein gar nicht gemacht werden dürfen.“ Ein anderer Mann bleibt anfangs zurückhaltend, ganz offensichtlich aus Angst vor möglichen Konsequenzen. „Man weiß ja gar nicht, mit wem man hier noch sprechen kann“, entgegnet er Buyens auf dessen Frage, was er von der Mauer hält. Auf eine Nachfrage hin äußert er sich dann doch: „Die Mauer passt hier überhaupt nicht her. Wir sind ja hier eingesperrt, sozusagen!“

¹⁶ Der Film trug zunächst den Arbeitstitel „Die DDR mit den Augen eines Ausländers gesehen“. 2008 veröffentlichte die DEFA-Stiftung in Zusammenarbeit mit „Neues Deutschland“ eine DVD-Edition, die über den Verleih „defa spektrum“ bezogen werden kann. Vgl. zu den unterschiedlichen Fassungen des Films Jeanpaul Goergen, Endstation Filmarchiv. Was die überlieferten Kopien zu Deutschland – Endstation Ost (DDR 1964) aussagen, in: Filmblatt, Nr. 35 (Herbst 2007), S. 77–82.

¹⁷ Vgl. Matthias Steinle, Vom Feindbild zum Fremdbild. Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm, Konstanz 2003, S. 193–202 und S. 226–234.

¹⁸ Vgl. „Ich glaube nicht an objektive Wahrheit.“ Ein Gespräch mit dem Regisseur Frans Buyens, in: film (velber), (1965) 11, S. 20f.

¹⁹ Diese und alle folgenden Zitate aus dem Film basieren auf der erwähnten DVD-Fassung (Anm. 6).

Noch deutlicher wird eine Frau, die gerade an einem Gemüsestand einkauft. Sie bemerkt die Dreharbeiten und mischt sich ein: „Nein, die Mauer muss weg! Man kann ja nicht zu seinen Verwandten! Also, ich bin im staatlichen Handel, aber ich würde jedes Wochenende zurückkommen, denn man hatte ja vorher die Gelegenheit zu gehen. Und dann habe ich eine Mutter von 78 Jahren, die würde auch wieder zu ihrer Tochter gehen. Aber mal, so wenigstens alle vier Wochen, müssten wir schon rüber können, ohne Kommentar, denn wir tun ja hier unsere Pflicht, also es müsste sein. Die Mauer muss weg, unbedingt!“ Auf Nachfrage von Buyens, wer schuld an der Mauer sei, entgegnet die Frau: „Na, wissen Sie, einer allein ist nie schuld. Ich sage, wie es ist. Aber was soll ich noch mehr sagen? Kommentar überflüssig! Hoffentlich beschneiden sie das nicht, was ich hier gesagt habe.“ Szenen wie diese wirken authentisch, weil sie offensichtlich spontan und ohne Vorbereitung gedreht wurden. Es entsteht der Eindruck, dass die Menschen ihre kritische Meinung sprichwörtlich „aus dem Bauch“ heraus wiedergeben.

Derartige Ansichten zum Mauerbau sind einzigartig für einen ostdeutschen Dokumentarfilm. Eine vergleichbare Offenheit findet sich zumindest in keiner anderen bekannten Produktion des DEFA-Dokumentarfilmstudios. Buyens' Film ist darüber hinaus auch in ästhetischer Hinsicht ein Unikat: Während in den Produktionen der DEFA und des DDR-Fernsehens kaum Detailaufnahmen von der Grenze zu sehen sind, werden in „Deutschland – Endstation Ost“ gleich mehrfach lange Einstellungen von der Mauer gezeigt. Die (nach innen gerichteten) Sperranlagen und Stacheldrähte sind dabei ebenso im Bild wie die bewaffneten DDR-Grenzsoldaten. Buyens griff die Situation an der Mauer unmittelbar auf, indem er Soldaten zu ihrer Arbeit befragte. Die Interviews, die unweit des Checkpoint Charlie stattfanden, konnten zwar nur nach zähen Verhandlungen mit dem ZK der SED, dem Ministerium für Nationale Verteidigung und der Nationalen Volksarmee (NVA) geführt werden. Aber trotz der eingeschränkten Drehmöglichkeiten sind die Äußerungen, die für den Film verwendet wurden, sehr aufschlussreich. Die Interviewauszüge berühren sensible Themenfelder, wie zum Beispiel die moralische Verantwortung der Wachpos-

ten. Die politische Indoktrination der Soldaten wird ebenso spürbar wie ihre allgemeine Verunsicherung im Umgang mit Flüchtlingen. Bemerkenswert ist, dass die Soldaten bestätigen, notfalls auf DDR-Bürger schießen zu müssen, um sie an einer Flucht zu hindern – auch dies ein Tabu in der DDR-Berichterstattung über die Mauer.

Aus vielen anderen Teilen des Films ließen sich weitere Beispiele anfügen, die den besonderen Charakter von „Deutschland – Endstation Ost“ belegen. Hier soll noch eine Szene detailliert erwähnt werden, die im Hinblick auf den Mauerbau von besonderer Bedeutung ist, weil sie sich auf die eingeschränkten Reismöglichkeiten der DDR-Bürger bezieht. In einer Gesprächsrunde mit Arbeitern wirft Buyens die Frage auf, ob sie sich in der DDR frei fühlen würden. Wiederum sind die Antworten im Film so montiert, dass die wohlwollenden Stimmen überwiegen und das Leben in der DDR insgesamt in einem positiven Licht erscheint. Ein Arbeiter, der im bisherigen Gesprächsverlauf stumm im Hintergrund gesessen hat, durchbricht jedoch das harmonische Bild. „Die Freiheit ist für mich ein Problem“, merkt er mit ruhiger Stimme an. „Ich möchte gerne reisen, mal was von der Welt sehen. Und das kann ich hier nicht. Ich bin zwar im letzten Jahr eine ganze Zeit in Ungarn gewesen, und es hat mir auch sehr gut gefallen, aber ehrlich gesagt, ich möchte zum Beispiel auch mal Belgien kennen lernen oder England. Und die Möglichkeit hab ich hier nicht. Ich möchte mal nach Schweden. Ich würde alles dafür hingeben, was ich habe, aber es geht nicht, ist nicht drin. Darin fühle ich mich in meiner Freiheit beschnitten, ganz schön sogar.“ Wenngleich dieses Statement im Film als Einzelmeinung stehen bleibt, ist seine Aussagekraft doch ungemein groß, da ähnliche Stimmen in anderen Dokumentarfilmen der DEFA oder des DDR-Fernsehens grundsätzlich ausgespart blieben.

Vorweggenommener „Kahlschlag“

Nach der Fertigstellung des Rohschnitts fand im September 1964 die erste Abnahme von „Deutschland – Endstation Ost“ statt. Dabei handelte es sich um einen offiziellen Begutachtungsprozess, den jeder Film durchlaufen musste, ehe er für eine öffentliche Vorführung in der DDR freigegeben wurde. Neben

Buyens nahmen Vertreter aus dem DEFA-Dokumentarfilmstudio daran teil, darunter Inge Kleinert, die Direktorin des Studios. Außerdem waren einzelne Funktionäre aus dem ZK der SED und der Hauptverwaltung Film im Ministerium für Kultur zugegen. Trotz vereinzelter Kritik verlief die Abnahme insgesamt positiv: Buyens erhielt den Auftrag, den Film rechtzeitig zur VII. Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche im November 1964 fertigzustellen. Kleinert schlug sogar vor, den Film am Eröffnungsabend des Festivals vorzuführen.¹⁰ Dies war eine besondere Würdigung, da die Leipziger Filmwoche nicht nur das größte Filmfestival der DDR war, sondern auch international zu den wichtigsten Dokumentarfilmfestivals zählte und zahlreiche ausländische Gäste anzog.

Zu der feierlichen Premiere am Eröffnungsabend kam es jedoch nicht. Im unmittelbaren Vorfeld war innerhalb des ZK der SED eine kontroverse Debatte über „Deutschland – Endstation Ost“ entbrannt, bei der sich eine Mehrheit gegen eine Aufführung des Films aussprach. Daraufhin wurde er kurzfristig aus dem Programm gestrichen. Er sollte nach Möglichkeit gar nicht oder allenfalls im Rahmenprogramm des Festivals gezeigt werden. Die genauen Umstände, die zu dieser Entscheidung führten, lassen sich nicht mehr rekonstruieren. Die Informationen basieren weitestgehend auf den Erinnerungen von Buyens selbst.¹¹ Belegbar ist, dass einzelne Vertreter des ZK der SED harsche Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung des Films übten und sich Werner Lamberz, der sich nach wie vor für den Film aussprach, mit seiner Meinung nicht durchsetzen konnte.¹² Bei der Auseinandersetzung um „Deutschland – Endstation Ost“ machten anscheinend auch DEFA-Regisseure ihren politischen Einfluss geltend, vor allem

¹⁰ Vgl. Vorschlag für das Eröffnungsprogramm der VII. Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche Leipzig 1964: „Die DDR mit den Augen eines Ausländers gesehen.“ Anlage zum Schreiben von Inge Kleinert an Günter Witt, Berlin, 20.10.1964. BArch Berlin, DR 1/4272.

¹¹ Vgl. ausführlich T. Heimann (Anm. 5), S. 122 ff. Heimann hatte 1999 und 2000 die Möglichkeit zu zwei Zeitzeugeninterviews mit Buyens; Frans Buyens starb im Mai 2004.

¹² Vgl. Heinz Kimmel, Information über den Stand der Vorbereitung der VII. Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche vom 14.–21.11.1964. BArch Berlin, SAPMO, DY 30/IV A 2/9.02/74.

Annelie und Andrew Thorndike, die grundsätzlich auf eine stärkere ideologische Ausrichtung des Leipziger Festivals drängten.

Buyens erfuhr erst nach Beginn des Festivals von der Absetzung seines Films. Trotz einer Erkrankung reiste er daraufhin persönlich nach Leipzig und drohte damit, die Auseinandersetzung öffentlich zu machen. Daraufhin wurde am vorletzten Tag des Festivals doch noch eine Vorführung organisiert. Der Film erntete großen Applaus und wurde überwiegend wohlwollend aufgenommen. Buyens erinnerte sich später, dass Inge Kleinert ihn in der Nacht nach der Aufführung telefonisch über die jüngsten Entwicklungen aus dem ZK der SED informiert habe. Demnach habe sich Walter Ulbricht den Film inzwischen persönlich angesehen. Er sei begeistert gewesen und habe vorgeschlagen, den Film überall in der DDR zu zeigen. Ob Ulbricht sich jedoch tatsächlich für den Film ausgesprochen hat, ist fraglich. Zumindest blieb die Stimmung auf dem Leipziger Festival gespalten: Die für den kommenden Vormittag anberaumte Pressekonferenz zu „Deutschland – Endstation Ost“ wurde noch in derselben Nacht wieder abgesagt.¹³

Trotz des Konfliktes in Leipzig arbeitete Buyens zunächst weiter in der DDR. Im Frühjahr 1965 entwickelte er mehrere neue Projekte für die DEFA. Sogar die Einrichtung einer eigenständigen Arbeitsgruppe unter seiner Leitung war im Gespräch. Doch im Verlauf des Jahres 1965 verschärfte sich die kulturpolitische Situation in der DDR, so dass die Handlungsspielräume für kritische Stimmen immer enger wurden. Innerhalb der SED setzten sich die dogmatischen Funktionäre durch, die Reformansätze ablehnten und sich gegen die „liberalistischen“ Tendenzen in der Kultur- und Jugendpolitik stellten, allen voran Erich Honecker und Kurt Hager. Zuvor war es in der Sowjetunion nach dem Machtantritt von Leonid Breschnew bereits zu einer Kehrtwende in der Kulturpolitik gekommen – diese Entwicklung verlieh der Gruppe um Honecker und Hager zusätzlichen Auftrieb.¹⁴

Im Dezember 1965 markierte schließlich das 11. Plenum des ZK der SED das Ende aller freiheitlichen Entwicklungen in der

¹³ Vgl. T. Heimann (Anm. 5), S. 122 ff.

¹⁴ Vgl. M. Kaiser (Anm. 3), S. 167 ff.

DDR-Kultur. Auf dem Plenum, das aufgrund seiner rigiden Eingriffe auch als „Kahlschlag-Plenum“ bezeichnet wird,¹⁵ wurde eine allgegenwärtige Bedrohung durch den Westen beschworen. Insbesondere der kulturelle Einfluss der Bundesrepublik und anderer kapitalistischer Staaten sei verantwortlich für vermeintlich „dekadente“ Erscheinungen in der DDR-Kultur. Die Kritik zielte gegen Intellektuelle und Literaten, namentlich vor allem Wolf Biermann, Stefan Heym und Robert Havemann; in erster Linie wurden jedoch zahlreiche Filmemacher öffentlich angegriffen und für ihre nicht linientreuen Filme gerügt. Insgesamt wurden zwölf Spielfilme nach dem Plenum verboten oder während der Produktion gestoppt. Der kulturelle „Kahlschlag“ hatte gravierende Folgen für das Filmwesen der DDR, von denen sich die DEFA nie mehr vollständig erholte.¹⁶

Die Auseinandersetzung um „Deutschland – Endstation Ost“ veranschaulicht, dass sich die kulturpolitische Situation in der DDR bereits im Vorfeld des 11. Plenums deutlich verschlechtert hatte. Im Frühjahr 1965 kamen alle Ambitionen zum Erliegen, Buyens' Film doch noch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der ursprünglich vorgesehene Start in den DDR-Kinos kam nicht zu Stande. Abgesehen von einigen Berichten im Anschluss an die Vorführung im Rahmen des Leipziger Festivals¹⁷ gab es keine Rezensionen oder Artikel über den Film. In der Fachzeitschrift „film-wissenschaftliche Mitteilungen“ erschien im Frühjahr 1965 zwar noch ein ausführliches Interview mit Buyens, in dem er über die Arbeit an seinem Film und seine persönlichen Motive berichtete – die Ausgabe der Zeitschrift wurde jedoch nach dem 11. Plenum aus dem Verkehr gezogen.¹⁸ Auch einstige Befürworter des Projektes wie Werner Lamberz oder Inge Kleinert unternahmen

¹⁵ Vgl. ausführlich Günter Agde (Hrsg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 2000.

¹⁶ Vgl. Dagmar Schittly, Zwischen Regie und Regime. Die Filmpolitik der SED im Spiegel der DEFA-Produktionen, Berlin 2002, S. 127–163.

¹⁷ Vgl. Klaus Lippert, Zwischen Capitol und Börse. Zum Abschluss der VII. Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche, in: Film Spiegel, (1964) 25, S. 2.

¹⁸ Vgl. Heinz Baumert/Brigitta Hansen, Die DDR, mit den Augen eines Ausländers gesehen. Gespräch mit Frans Buyens, in: film-wissenschaftliche Mitteilungen, (1965) 2, S. 515–526.

anscheinend keine Versuche mehr, sich weiter für den Film einzusetzen. Abgesehen von einigen Vorführungen in geschlossenen Veranstaltungen war „Deutschland – Endstation Ost“ in der DDR nicht mehr zu sehen.

Fazit

Anhand von „Deutschland – Endstation Ost“ lässt sich die kulturpolitische Situation in der DDR nach dem Mauerbau sehr gut nachvollziehen. *Einerseits* zeigt sich, dass es kurzzeitig ein Umfeld gab, in dem Kunstwerke entstehen konnten, die sich um einen alternativen, weniger dogmatischen Blick auf das Leben in der DDR bemühten, ohne dabei den Machtanspruch der SED grundsätzlich in Frage zu stellen. Frans Buyens plädierte mit seinem Film nachdrücklich für den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Er ließ jedoch auch kritische Stimmen zu Wort kommen, die ein widersprüchliches Bild auf die tatsächliche Entwicklung der DDR-Gesellschaft warfen. *Andererseits* zeigt die Art und Weise, wie mit dem fertigen Film umgegangen wurde, dass die Handlungsspielräume der Künstler nach wie vor sehr begrenzt waren. Denn obwohl „Deutschland – Endstation Ost“ zunächst politische Unterstützung fand, konnte er schlussendlich nie öffentlich in den Kinos der DDR gezeigt werden. Bezeichnend ist, dass Buyens keinen regimekritischen Film gedreht hatte, im Gegenteil: Er zeichnete ein positives Bild vom Leben in der DDR. Sein Plädoyer für den weiteren Aufbau des Sozialismus thematisierte lediglich unterschiedliche Meinungen – das reichte aus, um ihn ins Archiv zu verbannen.

Buyens' Film fiel einer kulturpolitischen Entwicklung zum Opfer, die Ansätze einer kritisch-künstlerischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR im Keim erstickte. Greift man den Vergleich zum Wetter auf, dann schien in der SED-Kulturpolitik nach dem 13. August 1961 zwar gelegentlich die Sonne, die dunklen Regenwolken verzogen sich jedoch nie. Künstler, die auf einen länger anhaltenden „Frühling“ hofften, wurden bitter enttäuscht: Mit dem 11. Plenum ereignete sich in der DDR ein kulturpolitisches Gewitter, das einen frostigen Dauerregen nach sich zog, wie man ihn selbst in England nicht alle Tage erlebt.

Mauerbau und Staatssicherheit

Auf einer Dienstbesprechung der Leitungsebene des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)¹ sprach Erich Mielke am 11. August

Daniela Münkel

Dr. phil. habil., geb. 1962; Projektleiterin in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und apl. Professorin an der Leibniz-Universität Hannover; BStU, 10106 Berlin. daniela.muenkel@bstu.bund.de

1961 den viel, aber nicht alles sagenden Satz: „Wenn in den nächsten Tagen entscheidende Maßnahmen beschlossen werden, muss jegliche Feindtätigkeit verhindert werden.“² Ohne den genauen Zeitpunkt und konkrete Maßnahmen zu benennen, skizzierte der Minister anschließend die Aufgaben, die das MfS bei dieser Operation zu übernehmen habe. Das MfS müsse den Gesamtüberblick über die Lage haben. Mit der Aktion werde eine neue Phase der „tschekistischen Arbeit“ beginnen; nun würde sich zeigen „ob wir alles wissen und ob wir überall verankert sind. Jetzt müssen wir beweisen, ob wir die Politik der Partei verstehen und richtig durchzuführen in der Lage sind.“³ Auch einen Namen bekam die Aktion zwei Tage vor dem Mauerbau: „Rose“ lautete das Codewort.

Dass Mielke auch noch rund 30 Stunden vor Beginn der Grenzschießung in Berlin nicht offen vor den führenden MfS-Kadern sprach, gehörte in das Konzept der absoluten Geheimhaltung der Aktion. Nicht einmal die gesamte Führungsriege der SED war über das Vorhaben zu diesem Zeitpunkt informiert. Neben Walter Ulbricht, der die Federführung nicht aus der Hand gab, waren nur Erich Mielke, Innenminister Karl Maron, Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, Verkehrsminister Erwin Kramer, Willi Stoph sowie Paul Verner (1. Parteisekretär Berlin) und Alois Pisnik (1. Parteisekretär Magdeburg) involviert.⁴ Als Leiter des unmittelbar vor dem 13. August gebildeten Zentralen Einsatzstabes fungierte Erich Honecker. Erst am 12. August zwischen 21 und 22 Uhr wurden die übrigen Mitglieder des Ministerrats und des Staatsrats von

Ulbricht persönlich über die bevorstehende Grenzschießung in Kenntnis gesetzt. Um ein Uhr in der Nacht zum 13. August 1961 wurde die Aktion ausgelöst.

Über die Rolle der Staatsicherheit bei der Durchführung der Aktion „Rose“ und ihre Einschätzung der Lage in den folgenden Tagen und Wochen wusste man bislang wenig. Die bisherige Forschung stützte sich überwiegend auf den gut dokumentierten SED-internen Informationsstrang, in dem sich vor allem die Bevölkerungsstimmung abbildet.⁵ Bisher unbekannt und nun erstmals publizierte Dokumente der „Zentralen Informationsgruppe“ (ZIG)⁶ des MfS geben weiteren Aufschluss über die Rolle der Staatssicherheit beim Mauerbau, über Stimmungen und Reaktionen der Bevölkerung in Ost-Berlin und der gesamten DDR sowie über die Erkenntnisse des DDR-Geheimdienstes über die Reaktionen und Entscheidungsprozesse der Westalliierten sowie der Berliner und Bonner Politik.⁷

Über die Aktion „Rose“ und die „Reaktion auf die Maßnahmen zur Sicherung der

¹ Teilnehmer waren die Leiter aller operativen Dienst-einheiten und der Bezirksverwaltungen des MfS.

² BStU, MfS, ZAIG 4900, Bl. 1–9, hier: Bl. 3.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971), Berlin 2002, S. 448.

⁵ Vgl. u. a. Elke Stadelmann-Wenz, Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära, Paderborn 2009, S. 39 ff.; Patrick Major, „Mit Panzern kann man nicht für Frieden sein“. Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, (1995), S. 208–221; ders., Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39 (1999), S. 325–354; Armin Mitter/Stefan Wölle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 297 ff.

⁶ Zur ZIG, später umbenannt in Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), und der Entwicklung des Berichtswesens des MfS vgl. ausführlich Roger Engelmann/Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Berlin 2009, S. 17 ff.

⁷ Diese neuen 17 Berichte und alle übrigen geheimen Berichte der ZIG des Jahres 1961 an die Staats- und Parteiführung sind jetzt vollständig veröffentlicht in: Daniela Münkel (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi 1961. Mit 6 Abbildungen und einer CD-ROM, Göttingen 2011.

DDR“ wurden bis zum 16. August zwölf Berichte verfasst, davon allein fünf noch am 13. und vier am 14. August (s. die *Abbildung*). Von da an wurde (bis zum 3. September) zu diesem Thema nur noch einmal täglich berichtet. Wichtigste externe Adressaten der Berichte waren – neben sowjetischen Verbindungsoffizieren – der Zentrale Einsatzstab, der unter der Leitung von Honecker stand und für die Umsetzung der Abriegelungsmaßnahmen zuständig war. Ulbricht steht nur selten im Verteiler, ihm dürften die Berichte aber von Honecker oder Mielke, dem oftmals mehrere Exemplare zur Verfügung standen, zugänglich gemacht worden sein. MfS-intern gingen die Berichte – außer an Mielke – in der Regel an seinen Stellvertreter Bruno Beater, an einen internen Einsatzstab unter der Leitung des späteren Ministerstellvertreters Alfred Scholz und häufig auch an die Auswertungsabteilung VII des Stasi-Auslandsspionagebereichs (HV A) oder später direkt an ihren Chef, Markus Wolf.

13. August 1961

„Nach vorliegenden Meldungen wurden die bewaffneten Kräfte entsprechend dem Zeitplan zum Einsatz gebracht. Sie befinden sich im Marsch zu den laut Plan vorgesehenen Einsatzorten. Bisher keine Vorkommnisse. Stimmung normal.“ Mit diesem Satz beginnt der erste Bericht des MfS am frühen Morgen des 13. August 1961. Bei der Aktion hielt sich die Staatssicherheit – entsprechend ihren Aufgaben als Kontroll- und Sicherungsorgan – zumeist im Hintergrund. Wie die Dokumente belegen, musste sie aber auch direkt in das Geschehen eingreifen, um Versäumnisse anderer Stellen auszugleichen.

Eine ernste Panne gleich in der Nacht der Grenzschießung machte ein direktes Eingreifen des MfS erforderlich: „Der Gesamtverlauf der Aktion ist bisher zufriedenstellend, bis auf den Einsatz der Transportpolizei, die wegen falscher Einsatzzeit (X+4) ausfiel“,⁸ heißt es im ersten Bericht vom frühen Morgen des 13. August. Im zweiten Bericht des Tages – wenige Stunden später – schob das MfS die Information hinterher: „Der Einsatz der Trapo erfolgte auf mehreren Bahnhöfen später als der Einsatz des MfS. Wodurch die Maßnahmen in den meisten Fällen vom MfS allein

⁸ Information 413/61.

Abbildung: Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit vom 13. August 1961

BSTU
0344

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 13. 8. 61

Gefertigt: 6 Exempl.
3 Blatt
6. Exemplar

Nr. 413, 61

1. Minister
2. Einsatzstab
3. Gen. Beater
4. Freunde
5. HV A VII
6. Ablage

3. EINZEL-INFORMATION
 über
 die Durchführung der Aktion "Rose"

Das vorliegende Material gestattet noch keine umfassende Einschätzung der Stimmung der Bevölkerung der DDR. Während aus dem demokratischen Berlin bereits eine größere Zahl Stellungnahmen vorliegt, sind aus den Bezirken der DDR bisher nur wenig Reaktionen bekannt.

Wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, sind die Maßnahmen der Regierung der DDR von vielen Bürgern begrüßt worden. Derartige Äußerungen kamen vor allem aus verschiedenen Betrieben des demokratischen Berlin, in denen heute gearbeitet wird. Wiederholt wird unterstrichen, es sei Zeit, daß diese Maßnahmen getroffen worden seien. Teilweise wird in diesem Zusammenhang erklärt, diese Schritte hätten schon eher erfolgen sollen. Besonders begrüßt wird, daß durch die durchgeführten Aktionen den Grenzgängern und Schiefern das Handwerk gelegt wird.

Die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen ist unterschiedlich. Es gibt eine Reihe von Beispielen aus Berliner Betrieben, in denen die Einsatzbereitschaft reibungslos und schnell hergestellt wurde und in denen die Kampfgruppen-Mitglieder ohne Aufforderung an den vereinbarten Sammelplätzen erschienen. Dagegen gab es in

- 2 -

V 00 00 10

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 31066, Bl. 344.

durchgeführt wurden.“⁹ Diese Formulierung ist fast schon unterkühlt, denn die Unterbrechung des U-, S- und Fernbahnverkehrs war eine der zentralen Maßnahmen zur Sperrung der Grenze. Als die Einheiten der Transportpolizei nach fünf Uhr endlich an ihren Einsatzorten eintrafen, war diese Arbeit im Wesentlichen bereits getan. Zwölf S- und U-Bahnlinien zwischen Ost- und West-Berlin waren gekappt, 48 S-Bahnhöfe gesperrt und 13 U-Bahnhöfe ganz geschlossen worden.¹⁰

Die Staatssicherheit hob jedoch nicht nur ihre Fähigkeit hervor, Versäumnisse anderer Sicherheitsorgane zu kompensieren, sondern

⁹ Information 414/61.

¹⁰ Vgl. Bernd Eisenfeld/Roger Engelmann, 13. 8. 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung, Berlin 2001, S. 49.

empfahl sich auch als übergeordnete Kontrollinstanz, die in jeder Situation den Überblick behielt und die richtigen Entscheidungen traf. So wusste sie zu berichten: „Gegen 3.00 Uhr kam es im Raum Mahlow auf Westberliner Boden zu einer Konzentration von Bürgern aus der DDR, die sich in Westberlin aufgehalten hatten und zunächst von der VP [Volkspolizei] an der Rückkehr in die DDR gehindert wurden. Lage wurde durch entsprechende Anweisungen des MfS, diese Personen sofort in die DDR einzulassen, normalisiert.“¹¹

Ein besonders heikler Punkt im Vollzug der Aktion „Rose“ war der Einsatz der sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Operativ spielten die Feierabendkämpfer der SED zwar keine entscheidende Rolle, dafür war aber ihre propagandistische Funktion von eminenter Bedeutung, sollten sie doch die Beteiligung der Bevölkerung an der Sicherung der DDR durch den „antifaschistischen Schutzwall“ symbolisieren. Bereits am 13. August vermerkte das MfS jedoch „Mängel in der Benachrichtigung der Kampfgruppenmitglieder“.¹² Tatsächlich waren in Berlin – wie man aus anderen Dokumenten weiß – sieben Stunden nach Auslösung des Alarms erst 13 Prozent der Kampfgruppenmitglieder einsatzbereit.¹³ Die Grenzschließung war zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossen. In scharfem Kontrast mit der späteren Heroisierung der Rolle der Kampfgruppen durch die offizielle Propaganda stellte die Stasi bei ihnen schon nach drei Tagen Einsatz eine „verschlechterte Stimmung“ fest. Es gebe Klagen, dass „dringende persönliche Wünsche einzelner“ nicht berücksichtigt würden.¹⁴ Forderungen nach einer Reduzierung der Mannschaften wurden laut, „ein Viertel der Kräfte“ würden ausreichen.

Charakteristisch für viele Berichte des MfS zum Mauerbau ist die Kombination von DDR-Inlandsinformationen mit Meldungen aus dem Westen, die zumeist von der HV A stammten. Das ist insofern eine Besonderheit, als in der gewohnten MfS-Berichterstattung Inlands- und Auslandsinformationen in aller Regel scharf getrennt waren. Die Berichte der HV A wurden von der ZIG an die politische Führung

nur weitergereicht. In der besonderen sicherheitspolitischen Situation nach der Grenzsperrung, als die innenpolitische Situation und die Reaktion des Westens nicht zu trennen waren, ging das MfS von dieser Praxis ab. Die meisten Berichte weisen eine thematische Dreiteilung auf: westliche Reaktionen, gegnerische Tätigkeit (unter dieser Rubrik sind Meldungen aus dem Westen und dem Osten gemischt) sowie Bevölkerungsstimmung in der DDR.

Reaktionen des Westens

Sehr zeitnah hat das MfS über die interne Meinungsbildung sowohl bei den Westalliierten als auch in der West-Berliner und Bonner Politik informiert, was angesichts der weltpolitisch heiklen Situation nicht nur für die DDR-Führung, sondern auch für die Sowjets von eminenter Bedeutung war. In den Berichten werden zum einen die offiziellen Verlautbarungen westdeutscher, britischer, amerikanischer oder französischer Politiker sowie ein Teil der Berichterstattung der Westmedien zusammengefasst. Zum anderen werden Informationen aus wie es heißt „internen“ oder „verlässlichen“ Quellen, also von Agenten beschafftes Material, präsentiert. Nach einer sehr kurzen Phase der Unsicherheit wusste die Staatssicherheit schon nach wenigen Tagen, dass massivere westliche Gegenmaßnahmen nicht zu erwarten waren.

Am 13. August schrieb die Stasi noch: „In der ersten offiziellen Reaktion führender politischer Kreise Bonns, Westberlins und der Westmächte wird von schärfsten Protesten gegen die Maßnahmen der DDR und von sogenannten Gegenmaßnahmen gesprochen, jedoch zugleich vor ‚Unbesonnenheit‘ gewarnt.“¹⁵ Auch in „führenden Westberliner CDU-Kreisen“ herrsche, so das MfS, „eine gewisse Unsicherheit. Man glaube einerseits nicht mehr daran, dass die ‚Berlinkrise‘ mit friedlichen Mitteln beigelegt werden kann. (...) Andererseits glaube man nicht daran, dass die USA in ihrer Politik in der Westberlinfrage bis zum äußersten gehen würden.“ Ein „Offizier des Bundesnachrichtendienstes“ wird von einer „zuverlässigen Quelle“ mit der Aussage zitiert, „die Amerikaner in Westberlin müssten jetzt zeigen, was ihre Versprechen wert sind. Man müsse jetzt auf alles vorbereitet sein.“¹⁶

¹¹ Information 413/61.

¹² Information 415/61.

¹³ Vgl. u. a. B. Eisenfeld/R. Engelmann (Anm. 10), S. 51.

¹⁴ Information 436/61.

¹⁵ Information 417/61.

¹⁶ Information 416/61.

Im Laufe des 14. August wurde die Berichterstattung entspannter. Jetzt stellte das MfS die Bereitschaft der Westmächte in Frage, Forderungen der Bundesregierung und des Berliner Senats nach entschlossenen Gegenmaßnahmen und Rückgängigmachung der Grenzschießung nachzukommen. Mitarbeiter des britischen Geheimdienstes hätten die Auffassung geäußert, „dass man sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden müsse. Einen Krieg würden die Westmächte auf Grund der Maßnahmen der DDR keinesfalls riskieren.“¹⁷ In einem weiteren Bericht wurde die Information nachgeschoben, dass der amerikanische Stadtkommandant von Berlin, Albert Watson, bereits am 13. August bei führenden CDU-Politikern (u. a. Ernst Lemmer und Franz Amrehn) mit einer zynischen Äußerung für Empörung gesorgt hatte: Bei der Grenzschießung – so Watson laut MfS – handle es sich „nur um eine Verkehrsbehinderung innerhalb Berlins“, „von der die Freiheit der Bevölkerung Westberlins nicht betroffen werde“.¹⁸ Das MfS vermutete, dass in diesem Zusammenhang „möglicherweise auch die verschiedenen widersprüchlichen Meldungen über den Grad der Einsatzbereitschaft der amerikanischen Streitkräfte in Westberlin zu sehen“¹⁹ seien.

Bald verdichteten sich in den Berichten der Staatssicherheit die Hinweise, dass mit keiner für die DDR in irgendeiner Form bedrohlichen Situation zu rechnen sei. Dass das MfS „Entwarnung“ geben konnte, lag nicht zuletzt an Top-Meldungen aus „führenden Westberliner SPD-Kreisen“. Bereits am 15. August wusste die Staatssicherheit zu berichten, „Brandt habe sich mit den westlichen Kommandanten darüber geeinigt, dass alles unternommen werden soll, um von Westberlin aus keinerlei Anlass für weitere Komplikationen zu geben“²⁰. Aus gleicher Quelle meldete das MfS am 17. August, „dass Brandt erstmalig seit längerer Zeit zum Sitz der westlichen Militärkommandanten bestellt und ihm dabei klargemacht wurde, wer in Westberlin zu bestimmen hat. Brandt sei noch einmal darauf hingewiesen worden, dass die Westmächte ‚nur ihre Rechte‘ in Westberlin verteidigen würden.“²¹

¹⁷ Information 421/61.

¹⁸ Information 423/61.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

Ulbricht hatte den Beginn der Aktion „Rose“ nicht zufällig auf die Nacht von einem Samstag auf Sonntag gelegt. Als die Kunde von der Grenzschießung die Runde machte, waren die meisten „Werkstätigen“ zuhause. Ein von den Betriebsbelegschaften ausgehender Aufruhr wie am 17. Juni 1953 war an diesem Tag auszuschließen. Noch saß das „Juni-Trauma“ beim SED-Chef tief. Laut Erinnerungen des sowjetischen Diplomaten Julij A. Kwizinski hatte er einige Wochen zuvor gegenüber Botschafter Michail G. Perwuchin geäußert, „man müsse mit Massenaufläufen, offenen Versuchen des Ungehorsams, Schlägereien und vielleicht sogar mit Schießereien“²² rechnen. Es lag auf der Hand, dass die Staatssicherheit die Stimmung der Bevölkerung und aufkeimende Proteste besonders sorgfältig beobachtete.²³

Am Morgen des 13. August meldete das MfS zunächst: „Nach der bisherigen Übersicht ist die Lage an den Grenzübergängen als ruhig einzuschätzen. Es ist sogar auffällig, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch keine oder kaum neugierige Passanten sich von den eingeleiteten Maßnahmen überzeugten.“²⁴ Diese „abwartende Haltung“ der Bevölkerung würde von Erkenntnissen aus (abgehörten) Telefonaten bestätigt. Doch schon wenige Stunden später musste die Geheimpolizei berichten: „An einer Reihe von Grenzübergängen zwischen dem demokratischen Berlin und Westberlin gab es Ansammlungen von ca. 50 bis 100 Personen, die sich teilweise negativ über die von der Regierung der DDR getroffenen Maßnahmen äußerten. Vielfach wird dabei erklärt, dass der Westen diese Schritte nicht hinnehmen werde. Deshalb würden die Maßnahmen der DDR nur kurze Zeit aufrechterhalten werden können.“²⁵ Um 9.30 Uhr

²² Julij A. Kwizinski, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1995, S. 180.

²³ Vgl. dazu allgemein Ilko-Sascha Kowalczyk, Die innere Staatsgründung. Von der gescheiterten Revolution zur verhinderten Revolution 1961, in: Torsten Diedrich/ders., Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, Berlin 2005, S. 341–378; B. Eisenfeld/R. Engelmann (Anm. 10), S. 73ff; E. Stadelmann-Wenz (Anm. 5), S. 105ff; P. Major, Stimmung (Anm. 5).

²⁴ Information 414/61.

²⁵ Information 415/61.

sammelte sich auf dem Bahnhof Friedrichstraße eine Traube von 20 bis 30 Personen, die versuchte, auf den Bahnsteig A zu gelangen, der seit den frühen Morgenstunden für Ost-Berliner nicht mehr zugänglich war.

Einen besonderen Unruheherd bildeten die sogenannten Grenzgänger – Ost-Berliner, die bisher in West-Berlin arbeiteten und die jetzt nicht mehr zu ihren Arbeitsstellen gelangen konnten.^{P²⁶} Bereits am Morgen des 13. August entstand vor dem Rathaus Pankow eine „Zusammenrottung von Westgängern“, die, obwohl es Sonntag war, „Auskunft über neue Arbeitsverhältnisse im demokratischen Berlin forderten“.^{P²⁷} Auch Protesthandlungen, die sich bereits in den frühen Morgenstunden ereignet hatten, wurden jetzt von der Staatssicherheit gemeldet. So hatte der Tankwart der Tankstelle Grünau (im äußersten Süden des Ostberliner Bezirks Treptow) „einem Mitarbeiter der Sicherheitsorgane“ den Verkauf von Benzin mit den Worten verweigert, „wenn alle streiken, streike er auch“, denn: „Die Schließung der Grenzen nach Westberlin richte sich gegen die Arbeiter.“^{P²⁸} Aus dem östlich von Berlin gelegenen Kreis Strausberg wurde das „Anschmieren von Hetzlosungen“ und die Festnahme von Jugendlichen gemeldet, „die gegenüber Angehörigen der Grenzpolizei provokatorisch auftraten“.^{P²⁹}

Im letzten noch am 13. August verfassten Bericht stellte die Staatssicherheit fest, „die Maßnahmen der Regierung“ würden „in allen Bevölkerungskreisen lebhaft diskutiert“, und versuchte, die Stimmung zu bilanzieren. Es sei zwar nicht möglich, „das Verhältnis zwischen positiven und negativen Stimmen umfassend einzuschätzen“, doch „aufgrund der bisher vorliegenden Informationen“ würden „die positiven Stellungnahmen weit überwiegen“.^{P³⁰} Diese rituelle Feststellung einer zustimmenden Haltung der Bevölkerungsmehrheit zur Politik der Führung ist typisch für MfS-Stimmungsberichte und dürfte nur selten empirisch fundiert gewesen sein. Ebenso typisch für diese Textgattung ist, dass zu-

erst die „positiven Stimmen“ wiedergegeben werden. Es werde begrüßt, dass der „Republikflucht ein Riegel vorgeschoben“ und den „Grenzgängern und Schiebern das Handwerk gelegt“^{P³¹} worden sei. Die Maßnahmen seien „ein Schlag gegen die Agententätigkeit und gegen die von Westberlin ausgehende Unterminierung der DDR“. Hier wurden offensichtlich die Äußerungen von Funktionären und SED-Mitgliedern wiedergegeben, die auf Geheiß der Ost-Berliner Parteileitungen den ganzen Tag zu „Agitationseinsätzen“ ausgeströmt waren, um an den Hauptbrennpunkten die Stimmung zu beeinflussen. Wie so oft dienten dem Regime die eigenen Inszenierungen als Beleg für einen Konsens, den es in Wirklichkeit nicht gab.

Doch ungeachtet dieses obligatorischen, diktaturimmanenten Selbstbetrugs nehmen die „negativen“ Äußerungen in der MfS-Berichterstattung einen deutlich breiteren Raum ein. An erster Stelle stehen „Vergleiche mit der Situation am 17. Juni 1953“, die in Berlin etwa in „Ansammlungen“ an S- und U-Bahnhöfen und an „mehreren Grenzübergängen“ angestellt wurden.^{P³²} Es fiel auch der Begriff „KZ“. Das scheint kein Einzelfall gewesen zu sein; in einem Bericht des Folgetages heißt es, „Provokateure“ würden „in einer Reihe von Fällen die Maßnahmen der DDR mit faschistischen Maßnahmen vergleichen“. Vielfach wurde auch geäußert, durch diesen Schritt werde „die Spaltung vertieft“. Auch der Ruf nach freien Wahlen wurde immer wieder laut. Vereinzelt kam es zu „Auforderungen an Arbeiter, am Montag den Betrieben fernzubleiben“.

Wie stark die Befürchtungen waren, dass es zu Streiks kommen könnte, zeigt die Berichterstattung des 14. August, bei der vor allem die Ost-Berliner Großbetriebe unter verstärkter Beobachtung standen.^{P³³} Die Staatssicherheit stellte umgehend fest, „dass Beschäftigte volkseigener Betriebe zu Beginn der Arbeitsaufnahme unentschuldigt fehlten“. Beim VEB Bergmann-Borsig waren nur 60 Prozent der Belegschaft erschienen. Zwar konnte das MfS Entwarnung geben: Es ermittelte, dass „die fehlenden Arbeitskräfte aus den Randgebieten Berlins, vorwiegend aus dem Kreis

^{P²⁶} Zur Grenzgängerproblematik vgl. allgemein Frank Roggenbuch, *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008.

^{P²⁷} Information 416/61.

^{P²⁸} Information 415/61.

^{P²⁹} Information 416/61.

^{P³⁰} Information 417/61.

^{P³¹} Information 414/61.

^{P³²} Information 417/61.

^{P³³} Information 421b/61.

Oranienburg“, stammten und wegen Schwierigkeiten im S-Bahnverkehr und verschärfter Kontrollen (als Begleiterscheinungen der Grenzschießung) nicht pünktlich zur Arbeit erschienen waren. Gleichwohl blieb es in den Betrieben nicht durchgängig ruhig. Im Betonwerk Berlin-Grünau versuchten Arbeiter gleich zu Schichtbeginn „eine Resolution gegen den Regierungsbeschluss zu verfassen“. Im Ost-Berliner VEB Kühlautomat wurde der Parteisekretär nach einer Diskussion, „bei der er positiv aufklärend auftrat“, niedergeschlagen. Im Oranienburger VEB Holzbau streikten Arbeiter gar mit der Forderung nach „Rückgängigmachung der Maßnahmen um Berlin“.

Das MfS kam schon am Tag nach der Grenzsperrung nicht umhin zu bilanzieren: „Allgemein ist festzustellen, dass bei negativen Erscheinungen in der DDR und im demokratischen Berlin die Jugendlichen eine besondere Rolle spielen.“^{f34} Viele ostdeutsche Jugendliche orientierten sich an der westlichen Freizeitkultur und konnten, zumindest wenn sie in Ost-Berlin und im Berliner Umland wohnten, bei ihren Besuchen in West-Berlin daran teilhaben. Als dieser Weg versperrt war, reagierten sie vielfach wütend. Aus dem nördlich von West-Berlin liegenden Hennigsdorf berichtete die Staatssicherheit schon am 14. August, Jugendliche hätten gedroht, „sie würden einen Grenzdurchbruch unternehmen, wenn sie nicht mehr nach Westberlin gelassen werden“.^{f35} Andere beließen es nicht bei Drohungen. Unter denjenigen, welche die Flucht durch die in den ersten Tagen noch keineswegs hermetisch abgesperrte Grenze wagten, waren viele Jugendliche. Vor allem das Schwimmen durch die Berliner Grenzgewässer war anfangs noch ein aussichtsreicher Fluchtweg. Am 17. August meldete die Staatssicherheit gleich mehrere solcher Fluchten durch die Spree und den Teltowkanal. Sie war in diesem Zusammenhang auch beunruhigt, dass „ein verstärkter Ankauf von Sporttaucherausrüstungen erfolgt“.^{f36}

Großes Kopfzerbrechen bereitete den MfS-Verantwortlichen auch die Tatsache, dass die Flucht mithilfe von falschen oder gefälschten West-Berliner Personalausweisen zunächst

^{f34} Ebd.

^{f35} Ebd.

^{f36} Information 440/61.

offenbar nicht besonders schwierig war.^{f37} Bei einer stichprobenmäßigen Überprüfung von sieben Personen, die am 15. August von fünf bis sieben Uhr den Ostsektor am Übergang Brunnenstraße mit einem West-Berliner Ausweis verlassen hatten, erwies sich, dass vier von ihnen auf diese Weise geflohen waren „und bei der Befragung nach dem Aufenthalt falsche Angaben machten“.^{f38} Das „Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs“, zu dieser Zeit noch für die Passkontrolle zuständig, war offenbar überfordert. Wenig später wurde dieses Aufgabenfeld wie viele andere, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit dem Mauerbau standen, vom MfS übernommen.

Schlussbemerkungen

Die Berichte des MfS an die Parteiführung während des Mauerbaus und danach verdeutlichen, dass die DDR-Führung nicht nur umfassend und schnell über die Reaktionen im eigenen Land, sondern auch über offizielle und interne Stimmen in westalliierten Stellen, der Bundesregierung, im Berliner Senat und bei West-Berliner Parteien informiert war. Letzteres versetzte die DDR-Machthaber in die Lage, abzuschätzen, dass sie ihre Pläne zur weiteren Grenzabdichtung ohne größere Risiken verfolgen konnte.

Auch die Rolle des MfS während und nach dem Mauerbau nimmt schärfere Konturen an: Der Staatssicherheit gelang es, Versäumnisse und Mängel anderer Organe zu identifizieren und zu kompensieren. Offenbar sah die MfS-Führung, namentlich Erich Mielke, den Mauerbau als Chance, die Stellung der Staatssicherheit im Herrschaftsgefüge des SED-Staates weiter auszubauen. Nicht zuletzt durch ihre spezifischen Mittel der Informationsbeschaffung besaß die Geheimpolizei tatsächlich eine Art Gesamtüberblick. Sie benannte Entwicklungen, die im Hinblick auf die Herrschaftssicherung und die Stabilität der DDR Probleme aufwarfen, und versuchte dies – wie sich bald zeigen sollte – teilweise in eigene Kompetenzerweiterungen und eine personelle Expansion umzumünzen.

^{f37} Vgl. Marion Detjen, Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, München 2005, S. 95 ff.

^{f38} Information 414/61.

Dirk Schindelbeck

Die Mauer und ihre Bilder

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Berliner Mauer haben sich kaum ein Dutzend Bilder unserem kollektiven Gedächtnis eingebrannt. Zu dem

Dirk Schindelbeck

Dr. phil., geb. 1952; Publizist und Dozent an der

PH Freiburg/Br.

dirk.schindelbeck@t-online.de

kleinen Kanon gehören das Plakat mit dem Ulbricht-Porträt und -Zitat „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten ...“, das von bewaffneten DDR-Organen abgeriegelte Brandenburger Tor, dramatische, mittels verknoteter Bettlaken erfolgte Fluchten aus hoch gelegenen Fenstern an der Bernauer Straße, an Laternenmasten sich hochziehende Menschen, die ihren Freunden und Verwandten im Ostsektor zuwinken, zugemauerte U-Bahn-Stationen, sich gegenüberstehende Panzer der US-Army und der Roten Armee an der Friedrichstraße und natürlich das weltberühmt gewordene Foto des Grenzsoldaten Conrad Schumann, der mit einem kühnen Satz über den Stacheldraht den „Sprung in die Freiheit“ wagte. Mitte Juli 1962 kamen die erschütternden Bilder vom qualvollen Sterben Peter Fechtters hinzu.

Wenn wir diesen Kanon Revue passieren lassen, nach einem gemeinsamen Nenner suchend für das, was er beschreibt, so fällt auf, dass alle Bilder emotional hoch aufgeladen sind. Auf seine Weise hat jedes den Rang eines „Zeugen der Anklage“. Gleichwohl wird niemand behaupten können, es handle sich um manipulierte Dokumente – dennoch ist die von ihnen ausgehende propagandistische Wirkung überaus stark. Der Versuch, diese Qualität zu analysieren, hat davon auszugehen, dass sie das Ergebnis eines sich über 50 Jahre hinziehenden Kommunikationsprozesses sind, an dem mindestens drei konstituierende Faktoren beteiligt waren: die Sender (Produzenten, Moderatoren, Medien), die Bilder selbst (Botschaft, „Format“, Design) und die Rezipienten (Selbstverständnis, Mentalität, Sehgewohnheiten).

Bislang ist im Rahmen ikonografischer Analysen zwar mehrfach auf einige Fotos

und deren Botschaft eingegangen, aber der Kommunikationsprozess selbst mit seinen komplexen Entstehungs-, Verbreitungs- und Rezeptionsbedingungen ist noch kaum in den Blick genommen worden.¹

Sender und Moderatoren

Bekanntlich tat „der Westen“ politisch gegen den Mauerbau „nichts“ – eines dafür umso ausgiebiger: Er dokumentierte ihn. Zahllose Fotografen und Kameraleute aus aller Welt, Presseagenturen, Beauftragte des Berliner Senats, Mitarbeiter von Verlagen, Privatleute – sie alle sorgten dafür, dass sich schon innerhalb weniger Tage ein riesiger Fundus an Bildmaterial anhäufte. Wie war damit umzugehen im Hinblick auf Auswahl, Moderation, Kommentierung?

Mit den Absperrungsmaßnahmen vom 13. August 1961 war die Ära des deutsch-deutschen Propagandagrabenkampfes definitiv zu Ende gegangen. Was von nun an geschah, ereignete sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Das hatte Auswirkungen auf das Verhältnis von Wort und Bild. Was zuvor im innerdeutschen Schlagabtausch noch vielfach über das Wort erfolgen konnte – wovon der bis Anfang 1962 andauernde „Phonkrieg“ über die Mauer mit Lautsprecherattacken („Eure Schande wird um die Welt gehen!“) noch ein mattes Nachspiel gab – war nun zunehmend auf das Bild als Medium verwiesen.

So verschieden die Absender auch waren, die fortan Kommunikationspolitik betrieben, angefangen vom Gesamtdeutschen Ministerium Ernst Lemmers über den Berliner Senat, informelle Gruppierungen wie das Kuratorium Unteilbares Deutschland, die gesamte Presselandschaft bis hin zu einzelnen

¹ Vgl. Wanderausstellung und Katalog des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (21. 5. 2009 bis Sommer 2011), Köln 2009, insbesondere den Beitrag von Elena Demke, Mauerbilder – Ikonen im Kalten Krieg, S. 109–119. Eine semiotische Analyse derselben Fotos unternahm schon Gunter Holzweißig, Bilder im Westen, Sprachregelung im Osten. Die Darstellung des Mauerbaus in den deutschen Medien, in: Unsere Medien – unsere Republik, Heft 2:1961: Getrennte Lebenswege, hrsg. vom Adolf Grimme-Institut in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hochschulverband, Marl 1992, S. 20ff.

Verlagen² – über die politisch-moralische Bewertung des Bildmaterials bestand Einigkeit. Die Titel verschiedener umlaufender Broschüren der frühen 1960er Jahre sprechen für sich: „Ulbrichts Mauer“, „Stacheldraht um Berlin“, „Mauer der Schande“, „Verbrechen am Stacheldraht“.

Dennoch sind einige der Moderatoren aus der Frühphase der „Mauerkommunikation“ heute vergessen. Zu ihnen gehörten Schriftsteller wie Wolfgang Paul, Arno Scholz und Wolfdietrich Schnurre. Letzterer ist herauszuheben, weil seine beiden Bild-Text-Bände („Die Mauer des 13. August“, Dezember 1961, sowie „Eine Stadt wird geteilt“, Mai 1962) sehr persönlich gehaltene Auseinandersetzungen mit dem Thema bieten. Schnurre konnte gar nicht anders als diese welthistorische Zäsur mit eigenen Worten zu verarbeiten. Indem er das tat, begriff er, wie einsam er war: Kaum einer seiner Kollegen fühlte sich herausgefordert, ebenfalls seine Stimme dagegen zu erheben. Schnurre zog die Konsequenz und trat 1962 aus Protest gegen das kollektive Schweigen des PEN-Clubs zum Mauerbau aus dem Verband aus. In „Die Mauer des 13. August“ stellt er die Stadt wie seinen eigenen, an Abschürfung leidenden Körper dar: „Ein Berlin mit Würgemalen am schienengeäderten Hals.“³ Schnurres Bildbände sind deswegen aufschlussreich, weil sich in ihnen der Bildkanon, so wie wir ihn kennen, noch nicht verfestigt hat beziehungsweise haben konnte.⁴ Dafür macht er seiner Empörung Luft und lässt es – ebenso wie Arno Scholz in seinem Buch „Stacheldraht um Berlin“ – nicht an so manchem bitteren Kommentar fehlen, sei dies der häufige Verweis auf das „Ulbricht-KZ“ oder die bewusste Wiedergabe von Fotos möglichst zynisch blickender Grenzer.

Auch die Bundesregierung war von einer souveränen Bildpolitik in dieser Phase noch

² Z. B. bonner berichte, Bund der Vertriebenen, Kuratorium Unteilbares Deutschland, hinzu kamen Verlage wie arani, Hohwacht oder Bechtle, die sich des Themas besonders annahmen.

³ Ein halbes Jahr später – die erste gerade schulterhohe Mauer aus Hohlblocksteinen ist fertig gestellt – legte Schnurre in „Eine Stadt wird geteilt“ das Protokoll dieser „Krankheitsgeschichte“ nieder.

⁴ Die beiden „berühmtesten“ Fotos (Conrad Schumanns gelungene Flucht am 15.8.1961 sowie Peter Fechtters tödlich verlaufener Fluchtversuch am 17.8.1962) tauchen in diesen Büchern noch nicht auf.

weit entfernt. So stand auf der bereits im September 1961 vom Gesamtdeutschen Ministerium produzierten und in großer Auflage verteilten Broschüre „Sperrmaßnahmen gegen Recht und Menschlichkeit“ auf dem Titelcover die „Eilmeldung“ aus dem Nachrichtenticker zu lesen, „starke kommandos der kommunistischen volkspolizei“ hätten die Sektorengrenzen abgeriegelt. Auf dem dazugestellten Foto waren aber gar keine Volkspolizisten zu sehen, sondern Betriebskampfgruppen in relativ entspannter Haltung – eigentlich das typische Propagandamotiv der Ostseite. In der zweiten, „durchgesehenen und erweiterten“ Auflage von 1963 wurde das Bild ausgetauscht und durch eines ersetzt, das den Gewaltaspekt durch ein gepanzertes Fahrzeug im Brandenburger Tor deutlich unterstrich.

Die Unsicherheit betraf nicht nur die Frage nach dem Verhältnis von Bild und Text, sondern forderte eine grundsätzliche Entscheidung: Brauchen Mauerfotos überhaupt einen Kommentar? Ist nicht jede Bildunterschrift schon ein Zuviel an Deutung, die Widerspruch herausfordert und die beabsichtigte Wirkung eher schwächt? Einer der ersten, der diese Meinung vertrat, war der Schriftsteller Kurt Ihlenfeld. In seinem „Berliner Tagebuch“ schrieb er unter dem 5. Juli 1962: „Allein schon der leider hier üblich gewordene Ausdruck ‚Schandmauer‘ schießt übers Ziel hinaus ... Lasse man doch die Mauer auch sprachlich in ihrer brutalen Nacktheit wirken.“⁵

Zu derselben Einsicht war zu dieser Zeit auch der Berliner Senat gekommen, als er eine aufwendig produzierte Kassette herausgab, die als Dokumentationsmaterial für den politischen Unterricht in der Erwachsenenbildung gedacht war. Neben diversen Büchern, etlichen Broschüren und Zeitungsausgaben (auch des „Neues Deutschland“) enthielt sie „absichtlich nicht in eine Reihe gestellte“ Dias und Fotos: „Das vorliegende Studienmaterial soll Ihrer Gruppe dabei behilflich sein, die Berlin-Situation richtig zu erkennen. Sie sollen die Möglichkeit haben, sich aus einer Fülle von Dokumenten selbst eine Stellungnahme zu erarbeiten. Sie werden feststellen, daß das Material ohne eigene Arbeit gar nicht verwendbar ist (...). Es war unser Bemühen, ein Höchstmaß an Objektivität zu wahren. Politische Propaganda kann

⁵ Rudolf Hartung (Hrsg.), Hier schreibt Berlin, München 1963, S. 25.

im Zusammenhang mit den Absperrmaßnahmen des 13. August der Stellung Berlins nur schaden.“ Interessant ist, dass die „eigene Arbeit“ des Rezipienten betont wird und das entscheidende Stichwort „Propaganda“ fällt: Jeder auch nur noch so leise Verdacht, es handele sich um einen subtilen Beeinflussungsversuch, soll- te im Keim erstickt werden.

Daher konnte es dem Senat nur recht sein, nicht der (alleinige) Absender solcher Botschaften zu bleiben. Ab Sommer 1962 „übernahm“ eine private Initiative die Bildpolitik im Hinblick auf die Mauer: die Arbeitsgemeinschaft 13. August (später Haus am Checkpoint Charlie) des Gründers der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) Rainer Hildebrandt. Auch er verfolgte – wie der Senat – schon früh eine Kommunikationsstrategie des „die Mauer spricht selbst“. Erst heute, sieben Jahre nach dessen Tod, wird deutlich, wie sehr Hildebrandt unsere Wahrnehmung von der Mauer über Jahrzehnte hinweg bestimmt hat. Bei seinem Projekt stand er von Anfang an vor der Frage, ob „das Unrecht an der Mauer“ überhaupt ausstellbar sei. Durch den intensiven Kontakt mit geflohenen Grenzsoldaten⁶ reifte in ihm die Einsicht, dass von den Bildern und Objekten seiner Ausstellung keinesfalls eine provokative, sondern eine deeskalierende Wirkung ausgehen müsse. Bereits in der frühen Broschüre „Die Mauer. The Wall. Le Mure“ von 1964 wird der ehemalige Grenzsoldat Michael Mara zitiert: „Es können unter den Grenzposten und Offizieren noch viel mehr Verbündete gewonnen werden. Es muß an der Grenze ein solches Maß an Gewaltlosigkeit geschaffen werden, daß sich die Mauer gegen ihren Erbauer kehrt!“⁷ Diese Politik wurde in dem weit über eine Million Mal verkauften Ausstellungskatalog „Es geschah an der Mauer“⁸ konsequent weiterverfolgt – etwa in der Kampagne „Durchschaut die Uniform!“

⁶ Vgl. Kontrollpunkt Kohlhasenbrück. Die Geschichte einer Grenzkompagnie des Ringes um West-Berlin (Text: Rainer Hildebrandt, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1963, S. 116.

⁷ Die Mauer/The Wall/Le Mur, Berlin o. O. (ca. 1964).

⁸ Die erste Auflage des Katalogs zu den Ausstellungen der Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V. (fünfsprachig) erschien 1966 (112 S.). Mit der 18. Auflage 1992 (128 S.) wurde die Marke von einer Million verkaufter Exemplare überschritten. Der Katalog wurde immer wieder angepasst, überarbeitet und ergänzt, zuletzt durch das Kapitel „Der 9. November – die siegreiche Revolution“.

Natürlich hatte Hildebrandt Tribut an die sich Mitte der 1960er Jahre abzeichnende Phase der Entspannungspolitik zu leisten. Das war am nachlassenden Interesse der Medien am Thema Mauer deutlich zu spüren. Besucher kamen ja nicht in das Museum, um sich Dutzende von Bildern von erschossenen Flüchtlingen anzusehen, sondern um Zeichen der Hoffnung mit nach Hause zu nehmen. Einerseits war Hildebrandt somit gefordert, die Mauer als „Bauwerk der Unmenschlichkeit“ angemessen darzustellen und sie nicht zu verniedlichen – andererseits eben auch Hoffnungszeichen⁹ genügend Raum zu geben. Der Vergleich verschiedener Auflagen des Ausstellungskataloges „Es geschah an der Mauer“ bestätigt das. Nicht nur wurde das in der 1966er Ausgabe noch bestehende Unterkapitel „Mord“ durch „Tote, die Symbole wurden“ ersetzt, auch die Zahl der abgebildeten Maueropfer sank deutlich. Das Foto des toten Klaus Brüske etwa, am 18. April 1962 beim Versuch, mit einem LKW die Mauer zu durchbrechen erschossen, wurde ebenso weggelassen wie die Doppelseite mit fünf Fotos aus dem Lebenslauf des ersten dokumentierten Maueropfers Günter Litfin (24. August 1961).

Bildbotschaften

Um die Botschaft vom „Bauwerk der Unmenschlichkeit“ dennoch sinnfällig zu machen, waren Bilddokumente unverzichtbar, die Menschen in unmittelbarem, schicksalhaftem Kontakt mit ihr zeigten, tragisch an ihr scheiterten oder sie heldenhaft überwandten. So begann sich der Fokus zwangsläufig auf „den Mauerspringer“ Conrad Schumann und „das Maueropfer“ Peter Fechter zu konzentrieren und geradezu zu verengen. Jahrzehntelang haben diese beiden Fotos, als Stellvertreter aller gelungenen oder misslungenen Fluchten, unser Bild von der Mauer bestimmt.¹⁰ Welche

⁹ Da ab Mitte der 1960er Jahre erfolgreiche Fluchten – die zudem noch dokumentiert und somit ausstellungsfähig waren – in Berlin sehr rar geworden waren und inzwischen meist nur noch mithilfe immer komplizierterer technischer Geräte gelangen, nahmen diese sogenannten Fluchtmobile (Mini-U-Boote, Sessellifte, Flugzeuge, Ballons) immer mehr Raum in der Ausstellung ein und wurden zu den größten Attraktionen.

¹⁰ Bis Ende der 1970er Jahre war die Wahrnehmung der Mauer durchweg schwarzweiß. Das änderte sich in den 1980er Jahren durch Hildebrandts Projekt „Überwindung der Mauer durch Bemalung der Mauer“. Erst in jüngster Zeit wird die Mauer auch als Architekturphänomen wahrgenommen. Vgl. z.B. Leo Schmidt

Bedeutung gerade diese beiden „Fälle“ für unsere kollektive Erinnerung haben, offenbart sich in der Tatsache, dass sie Anlass zur Errichtung von Denkmälern wurden.

Ihre Wirkungsmacht berührt noch heute, so, als spräche „die Mauer selbst“. Dennoch täusche man sich nicht: Ein Foto bleibt immer Kunstprodukt – es ist stets nur Zeichen von etwas, nicht die Wirklichkeit selbst. Zudem gibt das „stehende Bild“ zwangsläufig nur einen Ausschnitt einer komplexeren Wirklichkeit wieder. Was bewegte Bilder nicht vermögen, erreicht es dafür mit Leichtigkeit: Es rafft, konzentriert, pointiert und regt die Phantasie der Rezipienten an, sich ein „Davor“ und „Danach“ auszumalen.

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Flucht Conrad Schumanns in beiden vorliegenden Formaten vergleicht. Weltberühmt wurde allein das Standfoto, das bereits am 16. August in der „Bild“-Zeitung erschien und schon kurz darauf durch die Weltpresse ging. Aufgenommen hatte es der Volontär der Bildagentur Contipress Peter Leibing. Die kurze Filmsequenz des Kameramanns Dieter Hofmann, die es sogar als Berlin-Souvenir zum Daumenkino verarbeitet gibt, fällt dagegen deutlich ab. Hier wirkt Schumann geradezu hüftsteif, von seiner Vitalität und Eleganz im Standfoto ist kaum etwas zu spüren.¹¹

Für die überlegene Wirkungsästhetik des Fotos von Leibing gibt es plausible Gründe. Zum einen bot die Aufnahmeposition direkt gegenüber der Stacheldrahtabspernung, auf die er sein Objektiv scharf eingestellt hatte, die ideale Voraussetzung. Zum anderen wurde „das Objekt“ optimal getroffen, da Schumann den Stacheldraht des verhassten Systems noch im Sprung niedertrat. Symbolhaltiger hätte kein Foto sein können. Das Ergebnis war kein Zufall, sondern offenbarte große Professionalität. Als Sportfotograf hatte Leibing beim Springderby in Hamburg Gelegenheit gehabt, ein springendes Pferd so ins Bild zu bringen, dass es exakt über dem Hindernis zu stehen

et al. (Hrsg.), Die Berliner Mauer. Vom Sperrwall zum Denkmal (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz), Bd. 76/1, Berlin 2009.

¹¹ Vgl. auch Stefan Küpper, Der Sprung seines Lebens, in: Augsburgs Allgemeine vom 6.5.2010, online: www.augsburger-allgemeine.de/panorama/Der-Sprung-seines-Lebens-id7791041.html (11.7.2011); dort auch das Foto.

kam.¹² Davon konnte er jetzt profitieren – und im richtigen Sekundenbruchteil auf den Auslöser drücken. Zur nachhaltigen Wirkung des Fotos gehörte auch seine ihm „eingeschriebene“ Botschaft. Sie lautet: Weil dieser Soldat die Unrechtmäßigkeit des Systems, dem er dienen sollte, verabscheute, ergriff er die Chance zur Flucht, spontan und unter Lebensgefahr.¹³

Die dahinter liegende Realität war komplexer. Als Unteroffizier war Schumann der Vorgesetzte zweier Soldaten, die mit ihm zusammen an diesem Grenzabschnitt eingesetzt waren. Er allein hatte scharfe Munition in seiner Kalaschnikow; ihre Magazine waren leer. Er allein durfte an den Stacheldraht herantreten. Zudem gab es zu dieser Zeit, nach allem, was wir wissen, noch keinen „Schießbefehl“; auf das Problem von „Republikfluchten“, die zugleich Fahnenfluchten waren, war das SED-Regime noch nicht eingestellt. Von dieser Seite aus drohte Schumann keine Gefahr. Das größte Risiko war der Stacheldraht selbst, denn er hätte hängenbleiben können. Also konzentrierte er sich darauf, einen günstigen Augenblick zur Flucht abpassen. Beobachter auf der Westseite berichteten, er habe stundenlang nervös geraucht, sodass sich viele fragten: „Springt der?“ Die nonverbale Kommunikation „über den Stacheldraht hinweg“¹⁴ funktionierte deutlich besser als diejenige zwischen ihm und seinen Kameraden. Schumann konnte gar nicht anders als in die Kamera „hineinzuspringen“: So entstand das perfekte Bild.

Es mag pietätlos erscheinen, doch auch die Dokumentation von Peter Fechtens qualvollem Sterben ist zu den „perfekten Bildern“ zu rechnen. Dennoch ist auch hier die außerordentliche „Prägekraft des Visuellen“ (Christoph Hamann) nicht von der Hand zu weisen. Sie wurden zu Kronzeugen dafür, dass die

¹² Vgl. Na, springt der? Interview mit Peter Leibing, in: Junge Freiheit vom 10.8.2001.

¹³ Welche Langzeitwirkung dieses Foto weltweit hatte, wurde 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt offenbar, an der in West-Berlin auch Ronald Reagan teilnahm. Es war der persönliche Wunsch des ehemaligen Hollywood-Schauspielers, Conrad Schumann, der durch seinen Sprung in James-Bond-Manier gezeigt hatte, was er vom „Reich des Bösen“ hielt, auf der Ehrentribüne zu sehen.

¹⁴ In Jochen Voigts Fernseh-Dokumentation „Sprung in die Freiheit – eine Flucht, die nie zu Ende ging“ (WDR 1998) erklärt Schumann im Interview, er habe sich „durch Handzeichen mit der West-Berliner Bevölkerung“ über seine Fluchtabsicht „verständigt“.

Abbildung 1: PSK-Flugblatt (1960er Jahre)

Wer zur NVA **muß**



und in den Westen **will**,

hat die besten Chancen

- 1 beim Kommando Grenze**
Scharf beobachten –
schnell entschließen – mutig springen!
- 2 bei der Bereitschaftspolizei
um Westberlin**
Wenn die Mauer schon von Schnee und
Wind umfällt, kommt man auch rüber!
- 3 bei der Marine**
Sie besteht mehr aus Schlickrutschern
als aus Schiffen. Eines Tages oder
Nachts hast Du das Ruder in der Hand.

KOMITEE FREIER NVA-ANGEHÖRIGER

Archiv des Autors.

Mauer nichts anderes war als das „Bauwerk der Unmenschlichkeit“. Sie gipfelten in jenem Bild, das die Bergung des Erschossenen durch vier Uniformierte zeigt – wobei der Gesichtsausdruck des Gefreiten Lindenlaub den ganzen Schrecken des Herganges widerspiegelt.

Auch hier gab es – wie im Falle Schumanns – im Vorfeld Kommunikation „über die Mauer hinweg“. Das bestätigte der Fotograf Wolfgang Bera, der die Fotos machte, nachdem er Schüsse gehört hatte: „Ich rannte zum Ruinengrundstück an der Zimmerstraße. Nichts zu sehen. Ich wollte schon wieder gehen, da sah ich im 4. Stock im Haus gleich auf der Ostseite eine alte Frau. Sie zeigte mit dem Finger auf die Mauer neben mir. Zog die Gardine schnell wieder zu. Ich verstand sofort. Da musste einer liegen. Ich kletterte an der Mauer hoch. Die war damals noch aus Ziegeln gemauert. Obendrauf Moniereisen mit Stacheldraht. Da sah ich ihn: Ein junger Mann, direkt unter mir. Er fiel von der Seite

auf den Rücken. Mit einer Hand hielt ich meine Leica M2 hoch und drückte ab. Ich rannte zu den Amis am Checkpoint Charlie, bat um Hilfe: Auf Alliierte durfte ja nicht geschossen werden. Doch der GI sagte: ‚Nicht unser Bier.‘ Scheinbar endlos viel Zeit verging. Ich holte eine Leiter, ein Teleobjektiv. Konnte noch fotografieren, wie die vier Grenzer den Toten wegschleppten.“¹⁵

Erstmals hatte ein Kameraauge hinter die dunkle, die Ostseite der Mauer geblickt. Und es waren neben dem Opfer selbst auch die für das Geschehen (mit-)verantwortlichen Grenzer im Bild, mitsamt ihren hilflos wirkenden Gesten: eine konzentrierte Anklage. Christoph Hamann hat detailliert herausgearbeitet, welche Professionalität in diesem Foto steckt. In seiner Komposition erinnert es an die Tradition christlicher Ikonographie, welche die Kreuzabnahme und Bergung des Leichnams Jesu Christi darstellen, etwa bei Rubens, Raffael, Rembrandt und vielen anderen.¹⁶ Indessen: Fechter hatte seinen Fluchtversuch nicht allein unternommen, sondern zusammen mit seinem Freund Helmut Kulbeik. Ihm gelang es, die Mauer zu überklettern, Fechter nicht. Kulbeik, der ein Schumann hätte sein können, ist vergessen, die Erinnerung an Fechter begleitet uns bis auf den Tag. Wenn die Mauer „selbst sprach“, brauchte sie einsame Helden oder einsame Opfer.

Es mag deutlich geworden sein, welch hoher Anteil ästhetischen Kategorien im Wahrnehmungsprozess zukommt. Bis heute glauben viele, dass diese Bilder die „ganze“ Wahrheit zeigen und nichts als sie. Ein Blick auf die innerdeutsche Auseinandersetzung nach dem 13. August 1961 fördert andere Facetten zutage. In den Kampagnen der Psychologischen Kampfführung der Bundeswehr (PSK) etwa, zwischen 1961 und 1972 abgeschirmt vor den Augen der westdeutschen Öffentlichkeit und mit großer Intensität gegen die DDR betrieben, war die Mauer keineswegs dieses Monstrum.¹⁷

¹⁵ Interview mit Wolfgang Bera, in: Bild vom 4.3.1997.

¹⁶ Dort auch das Foto: Christoph Hamann, Schnappschuss und Ikone. Das Foto von Peter Fechtlers Fluchtversuch 1962, in: Zeithistorische Forschungen, 2 (2005) 2, online: www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208419/default.aspx (9.6.2011).

¹⁷ Vgl. Dirk Schindelbeck, Flugblattschlachten an den Zonengrenze. Propaganda als politisches Mittel im innerdeutschen Konflikt, in: Forum Schul-

Freilich war hier auch nicht die Weltöffentlichkeit der Adressat, sondern die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR. Auf Millionen von Flugblättern, per Wetterballon in die DDR geschickt – bis zu 80 Tonnen im Jahr – schrumpfte das „Bauwerk der Unmenschlichkeit“ zum Mäuerlein oder, um mit Wolfdietrich Schnurre zu sprechen, zum „Brombeergestrüpp“: „Wenn die Mauer schon von Schnee und Wind umfällt“, so ein Text, sei der eigene „große Sprung“ nach Schumann-Muster doch für jeden halbwegs durchtrainierten Soldaten nur eine kleine sportliche Herausforderung (Abbildung 1). Der in der Westpresse zum todesmutigen Helden Verklärte gab hier also nur den Vorturner ab. Genüsslich wurden immer wieder Namen von geflüchteten Kameraden samt Diensteinheit ausbreitet, so etwa auf einem Propagandakissen mit der Auflistung von 36 allein 1964 geflüchteten Grenzern neben dem Schumann-Foto. Darüber die provokative Verhöhnung der NVA als „Nach Vorn Abgehauen“: Das war nichts anderes als Zeretzungspropaganda (Abbildung 2).

Adressaten und Rezipienten

Implizite Propaganda, welche die Weltöffentlichkeit gewinnen will, arbeitet anders. Sie versucht Bilder, deren augenscheinliche Unmittelbarkeit und Authentizität sie in den Rang unbestechlicher Zeugen eines Geschehens erhebt, so zum Sprechen zu bringen, dass die Empfänger deren „eingeschriebene“ Botschaft ausdeuten (wie es 1961 schon der Berliner Senat erkannt hatte). Den letzten Schritt im Kommunikationsprozess leisten also die Rezipienten. Sie erst setzen – gewissermaßen in ihrem Kopf – die „richtige“ Bildunterschrift unter das Foto, wobei ihnen dessen artifizieller Charakter nicht bewusst ist.¹⁸ Gleichwohl konnte man gewiss sein, dass, wann immer das „Bauwerk der Unmenschlichkeit“ über solche Bilder beschworen wurde, Menschen, die in demokratischen Systemen sozialisiert wor-

stiftung. Zeitschrift für die katholischen Freien Schulen der Erzdiözese Freiburg, Heft 49, (2008), S. 94–116.

¹⁸ Insofern arbeiteten diese Bilder schon nach dem Prinzip der „Visuellen Kommunikation“, wie sie von Werner Kroeber-Riehl in den 1970er Jahren für die Werbewirtschaft entwickelt und etwa in der Kampagne der visuell „geöffneten Horizonte“ („Wir machen den Weg frei!“) für die Volksbanken/Raiffeisenbanken umgesetzt wurde.

Abbildung 2: Propagandakissen



Quelle: E. Demke (Text-Anm. 1).

den waren, es automatisch auch als Bauwerk der Unrechtmäßigkeit wahrnahmen. Schließlich wurden elementare Menschenrechte wie Selbstbestimmung und Freizügigkeit mit Füßen getreten. Unversehens war aus der emotionalen eine politische Qualität erwachsen – und ein propagandistischer Effekt.

Diese weltweite Wirkung der Mauerbilder brachte das SED-Regime in Rage. Vor allem gegen den immer mitschwingenden Vorwurf der Unrechtmäßigkeit wehrte es sich vehement. Wie jedermann das Recht habe, seine Haustür zu verschließen, so habe auch ein Staat das Recht auf Sicherung seiner Grenzen. Wer diese verletze, sei dafür selbst verantwortlich. In Wahrheit habe die Mauer („Sie steht ganz ruhig da!“), welche den Kriegsplänen der Bonner Kriegstreiber einen Riegel vorgeschoben habe, den Weltfrieden gerettet. Deswegen gebühre ihr der Ehrenname „antifaschistischer Schutzwall“.¹⁹

¹⁹ Als Erfinder der Formel „Antifaschistischer Schutzwall“ gilt ZK-Mitglied Horst Sindermann, der im Auftrag des SED-Politbüros im Herbst 1961 eine ideologische Begründung für den Mauerbau zu erarbeiten hatte. Zur Rechtfertigung erklärte Sindermann im Mai 1990 dem „Spiegel“: „Wir wollten nicht ausbluten, wir wollten die antifaschistisch-demokratische Ordnung, die es in der DDR gab, erhalten. Insofern halte ich meinen Begriff auch heute noch für richtig.“ Zit. nach: Siegfried Prokop, Die Berliner Mauer (1961–1989). Fakten, Hintergründe, Probleme, Werder/Havel 2009, S. 56.

Abbildung 3: Warum Mauer, wie lange Mauer? (1965)

Von Ihnen
Selbst
hängtes
ab

„Die westdeutschen Militaristen versuchen, diese Politik der Verständigung mit der antikommunistischen Hetze zu torpedieren. Möge doch einmal jeder gründlich darüber nachdenken, wem der Antikommunismus nützt und wem er schadet.

Viele können sich noch entsinnen, daß auch Hitler und Goebbels mit derselben Methode des Antikommunismus gearbeitet haben, um die Bevölkerung vor ihren Kriegskarren zu spannen. Das heißt, der Antikommunismus ist nichts anderes als eine Barriere gegen den Frieden und gegen soziale Sicherheit. Und diese Barriere ist tausendmal unangenehmer als die Mauer in Berlin.

Deshalb ist es richtig, anstatt sich die Mauer in Berlin anzusehen, nach Bonn zu fahren und sich dort die Minister anzusehen, die die Spaltung Deutschlands zementieren, die atomare Aufrüstung betreiben und die Notstandsgesetze durchpeitschen wollen.

Wir mußten an unserer Staatsgrenze Sicherheitsmaßnahmen durchführen, eben weil es die Bürger Westdeutschlands unterlassen haben, im eigenen Lande den Frieden gegen die Ostlandritter und die wichtige Staatsfunktionen beherrschenden Nazis zu sichern. Die Frage der Beziehungen der Familien hüben und drüben hängt davon ab, was die westdeutschen Bürger tun, damit endlich in

Westdeutschland friedliche demokratische Verhältnisse herrschen. Davon hängt alles ab!“

Walter Ulbricht schlug in diesem Zusammenhang mehrfach die Bildung gemeinsamer Kommissionen aus Vertretern beider deutscher Staaten und einer Freien, entmilitarisierten Stadt Westberlin vor. Diese Kommissionen könnten z. B. Regelungen für die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Reiseverkehrs und des Gütertransportes, der Wirtschaftsbeziehungen, der Volksbildung, der Kultur, des Gesundheitswesens, der Rechtsbeziehungen und anderen wichtigen Lebensfragen erarbeiten.

Alles das wären gute Schritte zur Versachlichung und Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen, zu Entspannung und Verständigung, um allmählich die deutsche Spaltung zu überwinden. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten verbinden uns hierbei gewichtige gemeinsame Interessen. Sorgen Sie also mit dafür, wenn Sie ehrliche Verhandlungen mit dem Ziel einer Verständigung wollen. Erheben Sie offen Ihre Stimme und treten Sie konsequent für gleichberechtigte Verhandlungen mit der DDR ein! Wer sonst soll denn der Vernunft und dem guten Willen in Westdeutschland und Westberlin zum Durchbruch verhelfen, wenn nicht Sie selbst mit allen Kräften dazu beitragen!

Es erhebt sich die Frage: Will der Senat Passierscheine und Verwandtenbesuche in der Hauptstadt der DDR oder will er die Fortsetzung des kalten Krieges? Eines schließt das andere aus. Darum muß er den Unruhestiftern das Handwerk legen und die Attentäter und Mörder ihrer gerechten Strafe zuführen. (Lemmer, der Schutzpatron der Westberliner Spionageorganisationen)

Quelle:



o. O. und o. J.



Der Mauer um die Wette gedenken

Als die gebetsmühlenartige Wiederholung dieser Argumentation nicht verfiel, rüstete man entsprechende, für Westbesucher produzierte Broschüren massiv mit Bildmaterial auf (*Abbildung 3*).^{F20} Es entstand ein peinlicher Wettlauf um die grausamer zugerichteten „Maueropfer“. Was sich auf Ostseite aufbieten ließ, waren aber ausschließlich Angehörige der (bewaffneten!) Grenztruppen, die von eigenen Kameraden oder bei Schusswechseln mit der West-Berliner Polizei zu Tode gekommen waren. Eine „eingeschriebene“ Botschaft hatten diese Fotos ebenfalls nicht. In weitschweifigen, von der Staatssicherheit gedrechselten Bildunterschriften sollte glaubhaft gemacht werden, dass gedungene „Meuchelmörder“ hinter diesen „Attentaten“ steckten.^{F21}

Das kam allzu offensichtlich als Propaganda daher. Ein genauerer Blick auf die Details zeigt, dass man noch immer mit den schon zu Stalins Zeiten praktizierten Tricks (Inszenierungen, Montagen, Fälschungen) arbeitete. Dies galt sogar für das Foto, das eine hohe Bedeutung für die Binnenpropaganda der DDR erlangte, indem es vier Betriebskampfgruppenmitglieder als lebenden Schutzwall vor dem Brandenburger Tor zeigte. Schon die Art und Weise, in welcher die Helden passgenau vor die vier Säulen drapiert worden waren, offenbarte, dass es ein gestelltes Foto war. Als beim Berlin-Jubiläum 1987 die Erinnerung daran sinnfällig gemacht werden sollte, wurde es vor einer Pappkulisserie des Brandenburger Tores nachgestellt. Die pompöse Inszenierung war freilich ein Notbehelf. Das Originalfoto war seit Jahren für den Wiederabdruck gesperrt. Die alten Kämpfer gab es nicht mehr. Nicht in der DDR. Alle vier waren geflohen.^{F22}

^{F20} Die Broschüre „Was ich von der Mauer wissen muss“ (etwa 1962) kommt noch ganz ohne Bildmaterial aus, im Gegensatz zu „Warum Mauer, wie lange Mauer?“ von 1965.

^{F21} Die Behauptungen in den Bildunterschriften haben sich allesamt als Fälschungen erwiesen. Am 18.4.1962 war Jörgen Schmidtchen „von einem fahnenflüchtigen NVA-Offiziersschüler erschossen“, am 23.5. Peter Göring „von einem Querschläger aus der Waffe eines West-Berliner Polizisten tödlich getroffen“; vgl. Hans-Hermann Hertle, *Die Berliner Mauer/The Berlin Wall. Monument des Kalten Krieges*, Bonn (bpb) 2009, S. 109. Gleiches galt für Reinhold Huhn oder Egon Schultz.

^{F22} Vgl. Volker Koop, *Armee oder Freizeitclub? Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR*, Bonn 1997, S. 351, Bildanhang, Bild Nr. 14.

In Deutschland vollzieht sich seit einigen Jahren ein regelrechter Geschichtsboom: Städte reinszenieren und rekonstruieren aufwändig (wie Frankfurt am Main) ihre versunkenen Altstadtviertel oder bauen (wie Potsdam) ihre zerstörten Stadtschlösser wieder auf. Jeden zweiten Tag eröffnet ein neues Museum, wobei der Anteil privater Museen ständig steigt. Fast jeder Mensch ist wohl schon einmal über einen Mittelaltermarkt geschlendert, und viele mögen zudem einen der zahlreichen Histotainment-Parks besucht haben, in denen *immer* Mittelalter oder Römerzeit ist. Auch die jüngere Geschichte erfreut sich immer größerer Beliebtheit: An der Berliner Museumsinsel bietet ein privates DDR-Museum die „DDR zum Anfassen“ an, und wer von Trabis und FKK genug hat, kann sich ein paar Straßenzüge weiter in der Stasi-Kneipe „Zur Firma“ stärken.

Sybille Frank

Dr. phil., geb. 1972; wissenschaftliche Mitarbeiterin im LOEWE-Schwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ an der Technischen Universität Darmstadt, Bleichstraße 2, 64283 Darmstadt. frank@stadtforschung.tu-darmstadt.de

Schon dieser kurze Aufriss zeigt, dass sich um das historische Erbe, um „Heritage“, inzwischen eine erlebnisorientierte Heritage-Industrie rankt. Von ihr profitieren nicht nur kommunale, nationale und internationale öffentliche, sondern in zunehmendem Maße auch unterschiedlichste private Akteurinnen und Akteure. Historische Stoffe, begriffen als ein für die Gegenwart relevantes und daher erhaltenswertes Erbe, haben und machen in Deutschland Konjunktur.

Bis vor kurzem dominierte hierzulande eine fachwissenschaftlich geprägte Form der Vergangenheitsbetrachtung, die das materielle historische Objekt, das durch Vitrinen geschützte „Original“, und eine quellenbasierte, textzentrierte Vermittlung historischer „Fakten“ in ihr Zentrum stellte. Der amerikanische Geograph David Lowenthal hat diese westeuropäisch-modern geprägte Form

der Vergangenheitsbetrachtung als „History“ bezeichnet.[¶] Seit dem Umbruch zu „Heritage“ als neuer dominanter Vergangenheitsbetrachtungsform aber werden historische Stoffe, oft unter Zuhilfenahme von Rekonstruktionen und Mitmachangeboten, von einem sich immer weiter auffächernden Anbieterspektrum zunehmend als personalisierte, erlebnis- und emotionsorientierte, sich mit dem Alltag der Menschen eng verknüpfende, sinnstiftende Narrationen von der Vergangenheit präsentiert.

Dem Heritage-Boom steht eine große Zögerlichkeit der deutschen Politik und Wissenschaft gegenüber, sich mit den neuen, hierzulande oft vorschnell als „kommerziell“, „populistisch“ oder „disneyhaft“ verpönten, touristisch jedoch enorm erfolgreichen, erlebnisorientierten Geschichtsvermittlungangeboten zu beschäftigen.[¶] Wie wichtig eine solche Auseinandersetzung allerdings wäre, da es in Deutschland längst zu einer „marktförmigen Strukturierung der Erinnerungskulturen“[¶] gekommen ist, illustriert besonders eindrucksvoll das Beispiel des seit dem Fall der Mauer heftig als Erinnerungsort umkämpften Checkpoint Charlie.

Vom Checkpoint zum Scheckpoint

Der Checkpoint Charlie wurde im September 1961 von den in Berlin stationierten britischen, französischen und amerikanischen Truppen eröffnet. Er war für den innerberliner Grenzverkehr von Diplomatinen und Diplomaten, Mitgliedern der Alliierten Streitkräfte und ausländischen Touristinnen und Touristen reserviert. Allerdings wurden nur letztere am Checkpoint Charlie kontrol-

¶ David Lowenthal, „History“ und „Heritage“. Widerstreitende und konvergente Formen der Vergangenheitsbetrachtung, in: Rosemarie Beier (Hrsg.), *Geschichtskultur in der Zweiten Moderne*, Frankfurt/M. 2000, S. 71–94.

¶ Für einen strukturierten Überblick über die Stationen der im angloamerikanischen Raum lebhaft geführten Heritage-Debatte vgl. Sybille Frank, *Der Mauer um die Wette gedenken. Die Formation einer Heritage-Industrie am Berliner Checkpoint Charlie*, Frankfurt/M.-New York 2009, S. 25–149.

¶ Claus Leggewie/Erik Meyer, *Visualisierung und Virtualisierung von Erinnerung. Geschichtspolitik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, in: *zeitenblicke*, 3 (2004) 1, online: www.zeitenblicke.de/2004/01/leggewie/Leggewie.pdf (24. 6. 2011).

liert, da Diplomaten sowie Mitarbeiter der Alliierten Streitkräfte in Berlin Freizügigkeit genossen.

Bis zum Fall der Mauer entwickelte sich der Checkpoint Charlie zum berühmtesten Grenzübergang der Stadt. Bereits im Oktober 1961 wurde er fast zum Schauplatz einer „heißen“ Konfrontation im Kalten Krieg, als sich hier amerikanische und sowjetische Panzer mit laufenden Motoren gefechtsbereit gegenüberstanden. Ein Jahr später verblutete der 18-jährige Peter Fechter in der Nähe des Checkpoint Charlie bei einem gescheiterten Fluchtversuch. Zugleich konnte es der Kontrollpunkt wegen mehr als 1200 geglückter Fluchten zur Berühmtheit bringen, denn viele DDR-Bürgerinnen und -bürger nutzten seinen Sonderstatus, um den Grenzübergang, als Diplomaten oder Soldaten verkleidet, unkontrolliert zu passieren. 1963 eröffnete auf der westlichen Seite des Kontrollpunkts das Museum Haus am Checkpoint Charlie seine Türen. Es dokumentierte die Geschichte der Mauer sowie Fluchtschicksale und entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit zu einem der meistbesuchten Museen West-Berlins. Nicht zuletzt war der Checkpoint Charlie auch deshalb international bekannt, weil er für ausländische Touristinnen und Touristen das Nadelöhr für ihre Einreise nach Ost-Berlin darstellte.

Mit dem Fall der Mauer wurde der Kontrollpunkt über Nacht obsolet. Bereits im Juni 1990 wurden die Grenzanlagen abgetragen; das plötzlich in der neuen Mitte der bald wiedervereinigten Stadt gelegene Gelände wurde zu einem attraktiven Anlageprojekt. Als Bewerberin trat die Central European Development Corporation (CEDC) auf, eine auf Immobilienprojekte in Osteuropa spezialisierte internationale Investmentgesellschaft, die am Checkpoint Charlie ein American Business Center errichten wollte. Bereits im Oktober 1991 wurde der Grundstein gelegt. Doch geriet die Investorin aufgrund des Überangebots von Büroflächen in Berlin bald in finanzielle Nöte. Als die CEDC im Jahr 2003 in die Insolvenz und der Checkpoint Charlie in den Besitz einer Bankaktiengesellschaft überging, waren nur drei der geplanten fünf Gebäude errichtet worden.

Angesichts der verbliebenen Brachen und der steigenden touristischen Nachfrage nach

Abbildung 1: Plymouth Rock



Foto: Avishai Teicher, gemeinfrei unter <http://de.wikipedia.org/wiki/156>.

Zeugnissen der Berliner Teilungsgeschichte versuchten in den folgenden Jahren unterschiedliche Anbieter, den demontierten früheren Grenzübergang in den Stand des Erinnerungswürdigen zu erheben. Diese Versuche werden im Folgenden vorgestellt. Dabei wird gezeigt, dass der Checkpoint Charlie, international betrachtet, als typische Heritage-Industriestätte gelten kann. Dies belegt ein kurzer Exkurs zu einer ihrer Pioniereinrichtungen, der Plimoth Plantation an der Ostküste der USA. In der Nähe des heutigen Plymouth war einst die „Mayflower“ angelandet.

Checkpoint Charlie als typische Heritage-Stätte

Bereits im 18. Jahrhundert war in Plymouth die Stelle, an der 1620 die erste Pilgerin ihren Fuß auf amerikanischen Boden gesetzt hatte, mit einer Gravur versehen worden (*Abbildung 1*). Der so markierte Plymouth Rock wurde 1920 mit einem kunstvoll gestalteten Portikus überbaut, der den Fels weithin sichtbar machen sollte. Um auch die Lebenswelt der Pilgerinnen und Pilger anschaulich werden zu lassen, wurde in den 1940er Jahren ganz in der Nähe die Plimoth Plantation eröffnet. Sie bestand aus einem Museum, das Fundstücke der Ausgrabungsstätte des alten Pilgerdorfs präsentierte, und Plimoth Village, einer Rekonstruktion des Dorfes, das mit epochengerecht kostümierten Schauspielerinnen und Schauspielern belebt war. Diese sollten den Besucherinnen und Besuchern

Abbildung 2: Ehemaliger Mauerverlauf



© Sybille Frank.

vergangene Lebensweisen in Form kleiner Szenen näher bringen und zur Interaktion mit der Stätte auffordern. Die amerikanische Anthropologin Barbara Kirshenblatt-Gimblett hat den Mehrwert einer solchen Verknüpfung von topographisch genau markierten historischen Schauplätzen und künstlerischen Symbolen („*exhibition as knowledge*“) mit museal präsentierten Originalen und räumlichen Rekonstruktionen („*exhibition as museum display*“) sowie der Aufführung von Kultur als Heritage („*exhibition as performance*“¹⁴) wie folgt erklärt: „The ‚actual‘ must be exhibited alongside the ‚virtual‘ in a show of truth.“¹⁵

Die hier vorgestellte Kombination ähnelt der am Checkpoint Charlie aufzufindenden auf frappierende Weise. Wie am Plymouth Rock findet sich am Checkpoint Charlie mit einer im Auftrag des Berliner Senats 1997 im Asphalt verlegten Doppelpflastersteinreihe eine topographisch genaue Markierung des ehemaligen Mauerverlaufs, also des „Themas“, das für die internationale Bekanntheit des Ortes sorgte (*Abbildung 2*).

Eine im Jahr darauf eingeweihte Leuchtkasteninstallation mit den Porträts eines amerikanischen und eines sowjetischen Soldaten zeugt, wie der Portikus in Plymouth, vom Wunsch des Senats, die Mauermarkierung auf Höhe des früheren Grenzübergangs mit

¹⁴ Barbara Kirshenblatt-Gimblett, *Destination Culture. Tourism, Museums, and Heritage*, Berkeley–Los Angeles–London 1998, S. 149.

¹⁵ Ebd., S. 195.

Abbildung 3: „Pilgerfrau“, Touristin



Quelle: www.picasaweb.google.com (18. 10. 2008).

einem weithin erkennbaren zeitgenössischen Symbol anzureichern. Das bereits erwähnte Museum Haus am Checkpoint Charlie stiftete dem ehemaligen Kontrollpunkt im Jahr 2000 eine Rekonstruktion der 1990 demontierten Kontrollbaracke. Zusammen mit einer Kopie des mittlerweile im Museum ausgestellten berühmten Schildes „You are leaving the American Sector“ dient sie, wie in Plymouth das rekonstruierte Plimoth Village, dazu, den früheren Grenzübergang auch räumlich erneut erlebbar zu machen (*Abbildungen 3 und 4*).

Seit 2004 finden sich am früheren Checkpoint Charlie zudem täglich als Grenzsoldaten kostümierte Schauspielstudierende ein, die vor der Kontrollbarackenkopie posieren und sich gegen Bezahlung mit Touristinnen und Touristen fotografieren lassen, Original-Grenzstempel in Pässe drücken oder auch „Bananenkontrollen“ in Kofferräumen durchführen. Diese Aktion lässt sich als Versuch interpretieren, den bisher durch rekonstruierte Artefakte gekennzeichneten ehemaligen Grenzübergang anhand kleinerer Szenen und Interaktionen um die Erfahrung der sozialen Dimension der Berliner Teilungsgeschichte zu bereichern.

Die Initiativen des Senats („exhibition as knowledge“), des Museum Haus am Checkpoint Charlie („exhibition as museum dis-

Abbildung 4: „Grenzbeamte“, Touristin



© Sybille Frank.

play“) und der Schauspielstudierenden („exhibition as performance“¹⁶) lassen sich also als Angebote verstehen, deren Zusammenspiel Heritage-Stätten weltweit charakterisiert.

Checkpoint Charlie als außergewöhnliche Heritage-Stätte

Und doch ist der Checkpoint Charlie ein ganz besonderer Fall. Denn international betrachtet treten bei der Planung und Gestaltung von Heritage-Stätten nationale oder lokale Regierungen üblicher Weise als Struktur vorgebende Akteurinnen auf, die Heritage als ökonomisches Entwicklungsmodell, politisches Herrschaftsinstrument oder als Medium kultureller Verständigung nutzen und hierzu hoch regulierte Allianzen mit privaten Akteuren schmieden. Am 1992 privatisierten Checkpoint Charlie allerdings gibt es keine eine solche Struktur vorgebende öffentliche Akteurin. Entsprechend zeigt sein Beispiel

¹⁶ Ebd.

die Entstehung einer Heritage-Industrie abseits geregelter Verfahren. Als ein Ort, der in Reaktion auf die touristische Nachfrage in zahlreichen unverbundenen, zudem miteinander konkurrierenden Einzelaktionen entwickelt wurde, markiert der Checkpoint Charlie ein Handlungsfeld unterschiedlicher privater und öffentlicher Erinnerungsanbieter, die um die Deutungshoheit über den Ort und die mit ihm verbundenen Profite ringen.

Wohin ein solches Steuerungsdefizit führt, illustriert die Konstruktion des Checkpoint Charlie als Opfer-Ort. Dieser Prozess wurde ab 2004 maßgeblich von Alexandra Hildebrandt, der Chefin des 2002 privatisierten Museums Haus am Checkpoint Charlie vorangetrieben, das den Schrecken der Mauer und die Unüberwindbarkeit der Grenze thematisierte. Dass die Schauspielstudierenden mit ihrem Angebot den Grenzübergang – und damit die Durchlässigkeit der Grenze – betonen, stellte für Hildebrandt, ebenso wie die Präsenz zahlreicher fliegender Händlerinnen, die am Checkpoint Charlie DDR-Devotionalien feilboten, eine „Verhöhnung der Opfer“¹⁷ der Teilung und ein „Vergehen an der Geschichte“¹⁸ dar. Um der Geschichtsinterpretation des Museums auch räumlich Ausdruck zu verleihen, eröffnete sie daher im Oktober 2004 auf den von ihr für einige Monate gepachteten Brachen des einstigen American Business Centers ein privates Maueropfermahnmal. Es bestand aus der Rekonstruktion eines etwa 200 Meter langen Teilstücks der Mauer und 1065 im ehemaligen Todesstreifen angesiedelten schwarzen Holzkreuzen. Jedes der übermannshohen Kreuze symbolisierte ein Todesopfer des DDR-Grenzregimes, dessen Namen, Lebensdaten und gegebenenfalls Foto es trug.

Obwohl Hildebrandt vom Bezirk Mitte lediglich eine „temporäre Kunstaktion“ genehmigt worden war, erklärte die Museumschefin nach der Einweihung des Mahnmals, ihre Installation stehenlassen zu wollen. Ihr Argument lautete, dass das bisherige „offizielle“ Mauergedenken am von Bund und Land

¹⁷ Alexandra Hildebrandt, zit. nach: Veronika Nickel, Checkpoint Charlie. Wieder eine Baracke verhüllt, in: die tageszeitung vom 4.6.2004.

¹⁸ Pressemitteilung des Museums Haus am Checkpoint Charlie, zit. nach: Felix Müller, Ein Gespenst geht um am Checkpoint Charlie, in: Berliner Morgenpost vom 3.6.2004.

in den 1990er Jahren an der Grenze zwischen den Bezirken Mitte (Ost) und Wedding (West) errichteten Gedenkort Bernauer Straße, wo sich viele dramatische Fluchtgeschichten abgespielt hatten, zu verkopft und für Touristinnen und Touristen nur schwer zu erreichen sei. Demgegenüber sei der Checkpoint Charlie ein international bekanntes Symbol der Weltenteilung, und so sei es nur folgerichtig, an diesem zentral gelegenen touristischen Ort auch der Opfer dieser Weltenteilung zu gedenken.

Laut Hildebrandt sollten also nicht die Touristinnen und Touristen zu den Gedenkortorten, sondern vielmehr das Gedenken an die touristischen Aufenthaltsorte reisen. Dort sollten die Kreuze die Symbolik der Mauer und ihrer Opfer unmittelbar und drastisch vermitteln und Emotionen auslösen. Im Gegensatz zum – in der Tradition der „History“ stehenden – fachwissenschaftlich geprägten Angebot des Gedenkortorts Bernauer Straße, der eine abgeschlossene künstlerische Rekonstruktion der Berliner Mauer, ein Mauer-Dokumentationszentrum sowie eine Gedenkkapelle aufwies, wurde das Mauermahnmal am Checkpoint Charlie als erlebnisorientierte Heritage-Stätte präsentiert, die sich in erster Linie an den Erwartungen internationaler Besucherinnen und Besucher orientierte.

Authentizität als Kampfbegriff

In Berlin stieß die Thematisierung kaum vergangenen menschlichen Leids in einem touristischen Kontext durch eine private Anbieterin, ebenso wie die Rekonstruktion der Mauer, auf ein höchst kritisches Echo. Dabei schälte sich „Authentizität“ als zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen der öffentlichen Gedenkstätte und dem privaten Mahnmal heraus.

Die britischen Heritage-Forscher John Tunbridge und Gregory Ashworth haben gezeigt, dass unterschiedliche Auslegungen des Begriffs eines der häufigsten Szenarien für Konflikte um die Präsentation einer Vergangenheit als Heritage darstellen.¹⁹ Historikerinnen

¹⁹ Vgl. John E. Tunbridge/Gregory J. Ashworth, *Disonant Heritage. The Management of the Past as a Resource in Conflict*, Chichester-New York-Brisbane 1996.

und Kustodinnen verstanden unter „Authentizität“ gewöhnlich eine fixe Wahrheit, die „Echtheit“ eines historischen Originals, das Authentizität „besitze“ und somit einen Wert an sich habe. Demgegenüber definierten Heritage-Planerinnen und Tourismusanbieterinnen Authentizität den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten entsprechend. Für diese gilt all das als authentisch, was den Erwartungen entspricht: Menschen, die einen Ort gezielt aufsuchen, bringen üblicherweise ein vorgefertigtes Bild von diesem Ort mit, das sie sich zuvor über unterschiedliche Medien angeeignet haben. Besucherinnen und Besucher des Checkpoint Charlie erwarten beispielsweise, vor Ort Relikte des berühmten Kontrollpunkts und der Mauer zu finden. Originale sind dabei nicht unbedingt notwendig, denn als Träger einer historischen Information oder auch Impression, einer authentischen Erfahrung, vermag eine gute Kopie ebenso gut zu taugen wie ein „Original“.

Laut Tunbridge und Ashworth durchmischen sich beide Auffassungen von Authentizität in der Praxis sehr häufig, was die Forscher nicht nur auf die Akteursvielfalt, sondern auch auf die besondere Organisationsstruktur der Heritage-Industrie zurückführen: „(D)ie verwendeten Materialien, das heißt Museen, denkmalgeschützte Gebäude, historische Stadtbilder und so weiter, stehen unter der Obhut von Personen oder Institutionen, die ein angebotszentriertes Verständnis ihrer Arbeit haben, während die Produzentinnen von Heritage ein nachfragerorientiertes Verständnis aufweisen.“¹⁰ Trete ein Konflikt um konkurrierende Definitionen von Authentizität auf, so äußere dieser sich meist in Form wechselseitiger Vorwürfe des Elitismus bzw. der Trivialisierung – so zum Beispiel, wenn touristische Anbieter mit einer nachfrageorientierten Auffassung von Authentizität Heritage kommodifizierten und in diesem Zusammenhang „Themenparks“ entstünden, die von Produzentinnen mit einer angebotsorientierten, quellenbasierten Auffassung von Authentizität üblicherweise als „unauthentisch“ oder „disneyhaft“ abgelehnt werden.

Diese Konstellation spiegelt auch die Debatte um den Checkpoint Charlie wider. Sie illustriert den Moment, in dem das Recht der bisher mit der Aufgabe der Geschichtspfle-

ge befassten Regierungsvertreterinnen und -vertreter, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Denkmalexpertinnen und -experten auf Authentifizierung von einer privaten Anbieterin herausgefordert wurde. Da die Einflussmöglichkeiten der politischen Akteure auf den privatisierten Checkpoint Charlie begrenzt waren, musste die ins Wanken geratene soziale Ordnung auf dem Feld der Geschichtspflege nun *diskursiv* wiederhergestellt und dieses Recht mit Hilfe des Disneyfizierungs-Vorwurfs *kulturell* verteidigt werden.

Während in Berlin eine breite Koalition aus Opferverbänden und Tourismusanbietern Hildebrandts Mahnmal dafür lobte, dass angesichts der drastischen Symbolik des Todesstreifens mit den Kreuzen am Checkpoint Charlie „selbst ein Tourist aus Japan sofort begreift, was die Mauer für Berlin bedeutete“,¹¹ verurteilte eine nicht minder breite Koalition aus Regierungsvertreterinnen, Kulturfunktionären, Denkmalexpertinnen und Kuratoren den Checkpoint Charlie als einen durch „Kunstbausteine“ charakterisierten und daher „disneyfizierten“ Ort: Der Standort der Mauerrekonstruktion sei, so hieß es, nicht authentisch, da leicht verschoben, die verwendeten originalen Mauersegmente hätten nie am Checkpoint Charlie gestanden, der frühere Grenzübergang sei niemals ein Ort des Massensterbens gewesen, und die emotionalisierte Darstellungsform sei insgesamt ungeeignet, Lehren aus der Geschichte zu vermitteln.¹²

Diese Argumentation führte jedoch in ein Dilemma. Denn angesichts des längst vollzogenen Abrisses der Mauer musste auch das „offizielle“ Mauergedenken an den meisten Orten der Stadt ohne historische Substanz auskommen. Überdies war auch der Mauergedenkstätte am Gedenkort Bernauer Straße von ihren Kritikerinnen und Kritikern stets ein Authentizitätsdefizit attestiert worden: Die von „Mauerspechten“ skelettierten dortigen Mauerreste waren einer umfassenden Betonsanierung unterzogen worden. Auch diese Gedenkstätte zeigte keine „authentische“, sondern eine künstlerisch überhöhte

¹¹ So der Direktor der Stasiopfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, zit. nach: Thomas Loy, Botschaft mit Kreuzen, in: Der Tagespiegel vom 2. 11. 2004.

¹² Für eine ausführliche Schilderung und Analyse der Debatte vgl. S. Frank (Anm. 2), S. 259–305.

¹⁰ Ebd., S. 11 (Übs. der Autorin).

Rekonstruktion des Todesstreifens, und auch an der Bernauer Straße hatte nie ein Sterben hunderter Maueropfer stattgefunden.

In dieser misslichen Lage entwickelte der Senat ein modernisiertes Authentizitätskonzept, das auch ohne historische Relikte auskommt. Es kann als „am Ort des Geschehens angesiedelt“ titulierte werden. Es schrieb einem Ort eine spezifische, sich jeweils aus dem dortigen historischen Geschehen ableitende Thematik zu, für die dann nur dieser Ort Authentizität beanspruchen konnte. Dieser Sichtweise zufolge sollte am demonitierten Checkpoint Charlie allein die Thematisierung des Einsatzes der Alliierten für Berlin als authentisch gelten. Legitimer Ort des Maueropfergedenkens zu sein, wurde allein der Bernauer Straße zuerkannt – auch wenn das international wohl berühmteste Maueropfer, Peter Fechter, am Alliierten-Kontrollpunkt gestorben war. Hier lautete die vom historischen Geschehen abgeleitete Begründung, dass die Bernauer Straße, lokal betrachtet, Schauplatz besonders vieler dramatischer und einiger tödlicher Fluchten gewesen sei.

In die erbitterte Konkurrenz der (auf der Relevanz der lokalen Perspektive beharrenden) öffentlichen und der (international ausgerichteten) privaten Mauergedenkstätte kam erst 2005 erneut Bewegung, als die Bankaktiengesellschaft, auf deren Grundstück das touristisch enorm erfolgreiche private Mahnmal stand, Räumungsklage gegen die Museumschefin einreichte. Hildebrandts Appelle an die Öffentlichkeit, für den Erhalt ihres Mahnmals einzutreten, verhallten in Berlin, für das der „Ausländerübergang“ stets ein „fremder Ort“ gewesen war, weitgehend ungehört. Nur kurz von einigen ehemaligen Stasi-Häftlingen aufgehalten, die sich aus Protest gegen die mangelnde Würdigung der Opfer der SED-Diktatur in Berlin an die Kreuze angekettet hatten, konnten die Bagger ihre Arbeit pünktlich verrichten.

Und doch hatte das private Mahnmal ein unerwartet langes Nachleben: 2005 empfahl ein fraktionsübergreifender Antrag des Deutschen Bundestages das Brandenburger Tor als Gedenkort an die Mauer und ihre Opfer. Die Abgeordneten argumentierten, dass das (für die Berlinerinnen und Berliner über Jahre nicht zugängliche) Brandenburger Tor, im Gegensatz zur Bernauer Straße, ein internati-

onal bekanntes Mediensymbol der Teilungsgeschichte und daher am besten dazu geeignet sei, bei Touristinnen und Touristen sowie Nachgeborenen „authentische Gefühle“ hervorzurufen. Damit standen sich das vom Senat verfochtene Modell des authentischen „Ortes des Geschehens“ und das ursprünglich von Hildebrandt propagierte, nun vom Bund sekundierte Modell des „Ortes der (inter)nationalen Aufmerksamkeit“ erneut gegenüber.

Wie reagierte der Senat auf diese schwierige Situation? Und was wurde aus dem Checkpoint Charlie?

Checkpoint Gallery: der Bauzaun als Manifest

Heute befindet sich am Checkpoint Charlie die Checkpoint Gallery, eine vom Regierenden Bürgermeister von Berlin beauftragte, 2006 eröffnete Open-Air-Ausstellung, welche die bis heute brachliegenden privatisierten Gelände des einstigen American Business Centers umstellt. Sie widmet sich drei Themen: Erstens präsentiert sie die geglückten und gescheiterten Fluchten über den Checkpoint Charlie, womit sie das Museum Haus am Checkpoint Charlie seines Privilegs auf die Darstellung der Fluchtschicksale am ehemaligen Kontrollpunkt beraubt. Zweitens führt die Gallery die Bedeutung des ehemaligen Grenzübergangs als Symbol der internationalen Blockkonfrontation im Kalten Krieg vor und somit die Geschichtsinterpretation des Senats ein. Und drittens präsentiert die Gallery das Themenspektrum aller weiteren, abseits der touristischen Routen gelegenen Berliner Gedenkorte an die Mauer. Auf diese Weise findet sich das vom Senat verfochtene Konzept des „Ortes des Geschehens“ am Checkpoint Charlie letztlich mit dem Konzept des „Ortes der internationalen Aufmerksamkeit“ amalgamiert: Die internationale Bekanntheit des früheren Kontrollpunkts wird nun dazu genutzt, vor Ort über die dezentral gelegenen Mauergedenkorte, die je spezifische, an „authentischen Orten“ platzierte Themen adressieren, zu informieren und somit auch das lokale Authentizitätskonzept zu bewerben.

Die Probleme, die durch die Privatisierung und die mangelnde politische Steuerung der Entwicklungen am Checkpoint Charlie her-

vorgerufen wurden, sind allerdings unge- löst geblieben. Zum einen sehen sich heu- tige Besucherinnen und Besucher mit einer schier unüberschaubaren Dichte von konkurrierenden Informationen, Interpretationen und Angeboten konfrontiert. Zum anderen ist der Disneyifizierungsvorwurf nach wie vor schnell zur Hand, wenn es da- rum geht, sich gegen erlebnisorientierte Ge- schichtsvermittlungsangebote privater Akteure abzugrenzen.

Doch stehen die Touristinnen und Touris- ten vor der Tür, und das, was hierzulande als „disneyhaft“ gilt, ist zum Beispiel für Men- schen aus den USA oder Japan in der Regel ein höchst attraktives Angebot. Wenn sich die öffentliche Hand der von Heritage-Touristin- nen nachgefragten Themen nicht annimmt, so tun dies private Anbieter, wie der eingangs erwähnte Fall des privaten DDR-Museums an der Berliner Museumsinsel zeigt. Entspre- chend illustriert das Beispiel des Checkpoint Charlie, dass historische Ereignisse von inter- nationalem Rang in einem globalisierten, von Reisetätigkeit geprägten Zeitalter von Gesell-

schaften bereits kurz nach diesen Ereignissen in Heritage verwandelt werden müssen – so sensibel dieser Prozess angesichts bestehen- der Zeitzeuginnenschaften auch sein mag. Die lokal unwillkommene, aber von Touris- tinnen und Touristen unbeirrt in Eigenregie vorgenommene Umgestaltung des „Ground Zero“ in New York zu einer globalen Herita- ge-Stätte ist hierfür nur ein weiteres berühm- tes Beispiel.

Umso wichtiger wäre es also für die Politik nicht nur in Berlin, die Ökonomisierung und Globalisierung von Vergangenheitsbezügen im Kontext einer sich internationalisierenden Heritage-Industrie zu akzeptieren, zu steu- ern und stadtentwicklungspolitisch nutz- bar zu machen. Und umso wichtiger wäre es für die Wissenschaft, diese Prozesse vorur- teilsfrei zu untersuchen und professionell zu moderieren. Ein erster Schritt in diese Rich- tung wird in Berlin bereits getan: Um sich im Wettbewerb um das Gedenken an die Mau- er einen festen Platz zu sichern, wird der Ge- denkort Bernauer Straße inzwischen zu einer „Erlebnislandschaft“ umgebaut.



<p>Vom Bau der Mauer bis zu ihrem Fall: Persönliche Geschichten und harte Fakten im DIN-A6-Format. 248 Seiten mit zahlreichen, z.T. unbekanntenen Fotos. Autor: Hans-Hermann Hertle.</p>	<p>Hier bestellen: www.bpb.de/publikationen Bestellnummern: 2.051 (deutsch), 2.050 (englisch)</p>	
--	--	---

Jetzt neu:

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 35–36/2011 · 29. August 2011

60 Jahre Bundesverfassungsgericht

Rosemarie Will

Der Menschenwürdebegriff des BVerfG

Udo Di Fabio

Normative Grundlagen der Rechtsprechung

Hans Vorländer

Verfassungsgerichtsbarkeit zwischen Recht und Politik

Uwe Kranenpohl

Das „Beratungsgeheimnis“ des BVerfG

Gary S. Schaal

Verfassungsgericht als Motor für gesellschaftliche Integration?

Eva Kocher

Spannungsfeld zwischen nationaler und europäischer Gerichtsbarkeit

Uwe Wesel

Rechtsordnungen im Wandel der Zeit

Winfried Hassemer

Strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturvergangenheit

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
22. Juli 2011

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhresenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo

Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de

Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- Günter Kunert*
3–7 **Im Rückspiegel**
Der Sonntag hatte so schön begonnen. Wunderbares Wetter verlockte zu einer Spritztour. Im Radio hörte man dann, im amtlichen Ton verlesen: Heute Nacht haben unsere Sicherungskräfte den Schutz der Grenze übernommen.
- Hope M. Harrison*
8–15 **Walter Ulbrichts „dringender Wunsch“**
Um den Flüchtlingsstrom einzudämmen und seine Macht zu festigen, drängte Ulbricht jahrelang die Sowjetunion, der Schließung der Grenze in Berlin zuzustimmen. Die sowjetischen Machthaber widersetzten sich bis Ende Juli 1961.
- Gerhard Wettig*
16–21 **Chruschtschow, Ulbricht und die Berliner Mauer**
Im November 1958 leitete Chruschtschow mit dem Berlin-Ultimatum die längste Krise des Kalten Krieges ein. Die Grenzschießung in Berlin, die er nie gewollt hatte und die zur dauernden Mauer wurde, blieb das einzige Ergebnis seines Bemühens.
- Hans-Hermann Hertle*
22–28 **„Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten“**
Der Schießbefehl war der entscheidende Eckpfeiler des DDR-Grenzregimes. Die SED-Führung hegte keinen Zweifel daran, dass nur so eine abschreckende Wirkung zu erzielen war, um die massenhafte Flucht der Bevölkerung zu unterbinden.
- Andreas Kötzing*
28–33 **Ein Hauch von Frühling**
Nach dem Mauerbau war die SED-Kulturpolitik von größeren Freiräumen geprägt. Der Umgang mit dem Dokumentarfilm „Deutschland – Endstation Ost“ zeigt indes, dass diese Freiräume bereits vor dem 11. Plenum eingeschränkt wurden.
- Daniela Münkel*
34–39 **Mauerbau und Staatssicherheit**
Das MfS berichtete über die Grenzschießung sowie über Reaktionen der Bevölkerung und der Westalliierten. Neue Dokumente geben Aufschluss über die Rolle des MfS beim Mauerbau und die Lage in der DDR.
- Dirk Schindelbeck*
40–47 **Die Mauer und ihre Bilder**
Mit der Errichtung der Berliner Mauer haben sich kaum ein Dutzend Bilder unserem kollektiven Gedächtnis eingebrannt. Es handelt sich nicht um manipulierte Dokumente – dennoch ist die propagandistische Wirkung überaus stark.
- Sybille Frank*
47–54 **Der Mauer um die Wette gedenken**
Historische Stätten haben und machen in Deutschland Konjunktur, wobei der Anteil privater Angebote steigt. Die Vorgänge am Checkpoint Charlie sind ein Beispiel für die Entstehung einer Heritage-Industrie abseits geregelter Verfahren.